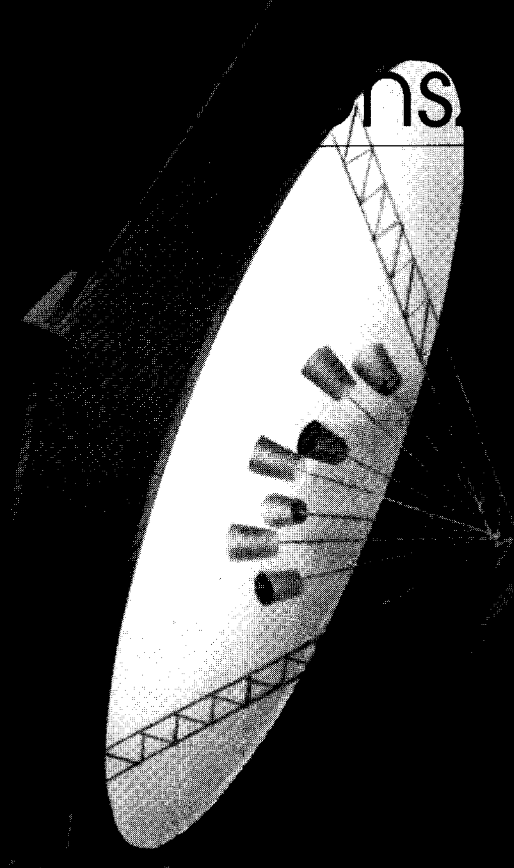




Weltinformationsordnung

im Satellitenzeitalter

Kindheit im Rinnstein.

Informationen zum Thema »Straßenkinder« bekommen Sie von terre des hommes Bundesrepublik Deutschland e. V., Postfach 41 26, 49031 Osnabrück. Schreiben Sie uns. Sonderkonto Nr. 222, BfG:Osnabrück.

terre des hommes

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-79020 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU: Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Uwe Jungfer, Michael Knüfer, Georg Lutz, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Ute Sikora, Jörg Später, Frank Sträter, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Copyright bei der Redaktion und den AutorInnen.

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod)
Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 194:
19.11.1993

Anzeigenschluß für Nr. 194:
(Druckfertige Vorlagen) 28.11.1993

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland:
DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38.- DM).

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Dieser Ausgabe ist die 10. Beilage internationalistischer Zeitschriften zum Thema Anti-Rassismus beigeheftet.

Dieser Ausgabe der blätter des iz3w liegt ein Prospekt von „Lettre International", einer Teilauflage außerdem die Bücher- und Materialliste '93 des iz3w bei.

Spenden:
Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf Kto. 124 96 06 Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00). Kto.-Inhaber: Stadtkasse, Verw.-Zweck: Durchlaufspende zugunsten Aktion Dritte Welt. Diese Spenden beinhalten kein Abonnement!

Inhaltsverzeichnis:

Schwerpunkt 195
Soziale Bewegungen in Westasien

Der Zusammenbruch des sozialistischen Staatssystems ist auch für Westasien nicht ohne Auswirkungen geblieben. So sahen sich die klassischen Linksparteien gleichfalls in ihren Grundfesten erschüttert. Die "soziale Frage", traditioneller Wirkungsbereich der Linken, wird zunehmend die Domäne islamistischer Kräfte. Aber auch Neue Soziale Bewegungen ohne das "klassische" linke Theoriegerüst, zu nennen ist v.a. die Frauenbewegung, treten als Widerstandsbewegungen gegen Unterdrückung und Ausbeutung zunehmend in den Vordergrund. Der konkrete Blick auf die sozialen Kämpfe bestimmter Bewegungen, Interessensgruppen und Organisationen soll dazu beitragen, alte ideologiegeprägte Wahrnehmungsmuster des Internationalismus zu überprüfen.

Anregungen und Skripte an: 'blätter des iz3w', Postfach 5328, 79020 Freiburg.

Das Osloer Abkommen

Keine Anerkennung der nationalen Rechte der Palästinenser

Die Vereinbarung von Oslo, die von den Repräsentanten der PLO und des Staates Israel mit Großbuchstaben unterschrieben wurde, hat mit einem Federstrich die Formel von Madrid ihres Inhalts beraubt. Der Vertrag hat die PLO zu einem anerkannten Partner im Friedensprozeß gemacht, sie in die Lage versetzt dem amerikanisch-israelischen Autonomieplan zuzustimmen und hat sie in die Verantwortung genommen für die Umsetzung und Durchführung dieses Autonomieplanes.
Der größte Teil des politischen und militärischen Establishments in Israel - einschließlich der Armee und des staatlichen Geheimdienstes - war in den vergangenen neun Monaten nicht in die Geheimverhandlungen von Oslo eingeweiht. Ebenso überraschend kam die Nachricht von dem Abkommen und seiner Unterzeichnung für die Mitglieder der PLO-Führungsgremien in Tunis und für die nationale Führung der Palästinenser in den besetzten Gebieten.



Der historische Augenblick...

Die Einzelheiten der beiden Teile des Abkommens fügen sich zum Bild einer absurden Situation: Im Vertrag von Oslo ist festgehalten, daß die PLO unmittelbar nach der Unterzeichnung beginnt von ihrem Sitz in Jericho aus im Gaza-Streifen und in Jericho zu regieren. Und daß sie dafür alle Machtbefugnisse, die sie für die Selbstregierung braucht, von der israelischen Zivilverwaltung übertragen bekommt, einschließlich der Verantwortung für die innere Sicherheit. Ausgenommen ist aber die Verantwortung für Außenbeziehungen und äußere Sicherheit. Im übrigen Teil der Westbank wird hingegen nicht die vollständige Machtbefugnis für innere Angelegenheiten in palästinensischen Händen liegen.

Vier Monate nach dem Beginn der PLO-Herrschaft im Gaza-Streifen und in Jericho, also im Januar 1994, wird die 'vorläufige Umsetzung der Autonomie' im 'übrigen Teil der Westbank' beginnen, wobei ein Teil der Machtbefugnisse weiterhin in israelischer Hand bleibt. Die Vereinbarung von Oslo soll für einen Zeitraum von fünf Jahren gelten, über eine endgültige Lösung wird man zwei Jahre nach der offiziellen Unterzeichnung der Prinzipienerklärung sprechen.

Die israelische Zustimmung zur gegenseitigen Anerkennung zwischen Israel und der PLO wird davon abhängig gemacht, daß die PLO erklärt, daß Israel ein Existenzrecht hat, daß die PLO alle Formen der Gewalt verurteilt und die Intifada beendet. Außerdem muß die PLO den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates Nr.242 und 338 zustimmen und alle anderen UN-Resolutionen zur Palästinafrage ablehnen, einschließlich derjenigen, die sich auf das Recht auf Rückkehr (für die Flüchtlinge und Ausgewiesenen von 1948) beziehen sowie verschiedene Resolutionen, die Israel verurteilen für Handlungen wie zum Beispiel die Annektion von Jerusalem u.s.w.. Die PLO soll außerdem diejenigen Bestimmungen in ihrer Charta streichen, die sich 'gegen Israel' richten.

Dies ist keine Anerkennung der PLO, sondern eines Schattens ihrer selbst

Was Israels Anerkennung der PLO betrifft, so bedeuten die Worte 'Anerkennung der PLO als Repräsentantin des palästinensischen Volkes ...' und die ausdrückliche Bereitschaft Israels mit der PLO zu sprechen keine Anerkennung der Institution, die bis heute beansprucht hat, das gesamte palästinensische Volk zu repräsentieren. Sie beinhaltet auch nicht, daß Israel die Ziele anerkennt, zu deren Erreichung die PLO gegründet wurde.

Die Anerkennung des Autonomieplanes durch die PLO und ihre Bereitschaft, ihren bürokratischen Apparat nach Jericho zu verlegen, um die Selbstverwaltung zu übernehmen, während im wesentlichen die israelische Okkupation unangetastet bleibt, bedeutet einen radikalen Bruch mit allem,

was bisher das Wesen der PLO ausmachte. Die wesentliche Aufgabe der PLO bestand bisher darin, sich um die Lösung der nationalen Frage der Palästinenser zu bemühen - indem sie das Recht auf Selbstbestimmung verlangte und die Errichtung eines unabhängigen Staates. Und zwar für die Gesamtheit des palästinensischen Volkes, unabhängig davon, ob die Palästinenser sich in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten aufhalten, in den Flüchtlingslagern Syriens, Libanons, Jordaniens oder in der Diaspora (bis vor einigen Jahren erhob die PLO auch den Anspruch, die arabisch-palästinensischen Bürger des Staates Israel zu repräsentieren - dazu legten sie noch bis vor kurzem ein Lippenbekenntnis ab). Indem die PLO den Autonomieplan akzeptiert, streicht sie das Palästinaproblem von der Tagesordnung - und treibt so den letzten Nagel in den Sarg der nationalen Befreiungsbewegung. Sie spaltet die nationale Frage Palästinas auf in lokale Probleme der Palästinenser in Libanon, in Syrien, in Jordanien u.s.w.. Ganz ähnlich wie die nationale Frage Kurdistans als ein lokales irakisches, iranisches, türkisches u.s.w. Problem behandelt wird.

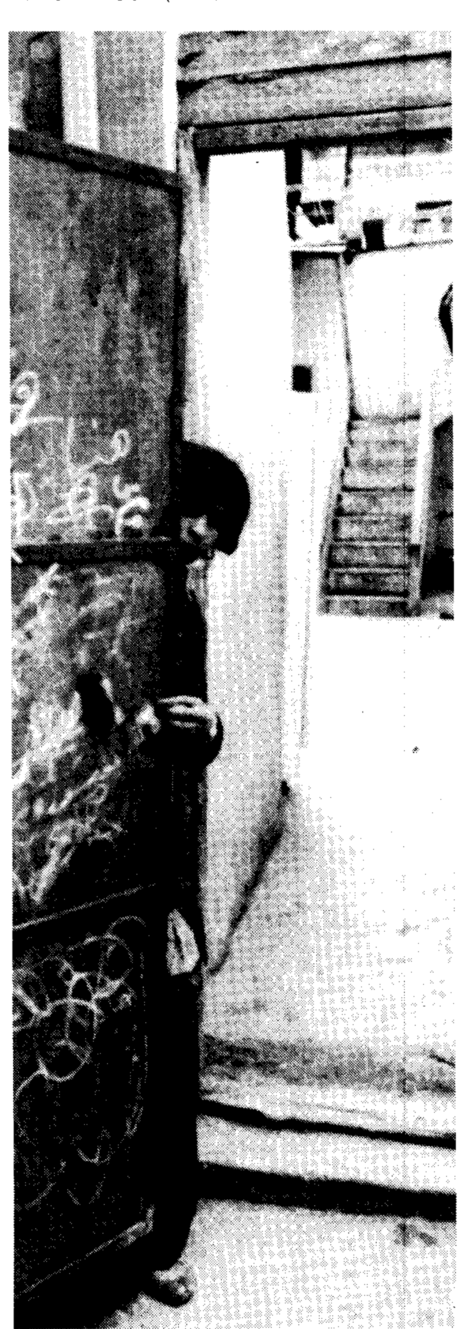
So ist es Israel schließlich gelungen, den Widerstandsgeist der PLO zu brechen, und Israel kann es sich nun leisten, die Organisation anzuerkennen. Außenminister Shimon Peres brachte das auf den Punkt, als er auf die Frage, warum die israelische Regierung ihre Haltung geändert habe und jetzt Verhandlungen mit der PLO führe, mit folgenden Worten antwortete (in der israelischen Fernsehsendung 'Moked' am 1.September): "Sie haben sich geändert, nicht wir. Wir verhandeln nicht mit der PLO, sondern mit einem Schatten ihrer selbst."

Peres beschreibt die absurde Situation richtig: Die PLO erkennt den zionistischen Staat Israel an, ohne von Israel zu verlangen, daß es sein Wesen und seine Eigendefinition verändert, mit der es die Entrechtung des palästinensischen Volkes rechtfertigt. Im Gegensatz dazu erklärt sich die PLO bereit, auf ihr eigenes wesentliches Ziel zu verzichten, das im Kampf gegen den zionistischen Staat und im Kampf für nationale Befreiung und Unabhängigkeit bestand - ohne diese Ziele erreicht zu haben. Jedoch gibt es viele, die in diesem Handel einen historischen Kompromiß erblicken, dem sich beide Seiten verschrieben haben.

Nicht nur ist der Widerstandsgeist der PLO gebrochen, das Abkommen von Oslo wurde auch zu einem Zeitpunkt geschlossen, wo die Organisation sich in einem Prozeß organisatorischer und politischer Auflösung befindet. Sie hat sich jetzt in eine Übergangsregierung für die palästinensischen Bewohner des Gaza- Streifens und Jerichos verwandelt und zu einem gewissen Grad in einen Geschäftsführer für die übrigen Palästinenser in den besetzten Gebieten.

In diesem Zusammenhang ist die Evolution interessant, die in den letzten Jahren der Begriff 'Recht auf Rückkehr' durchgemacht hat, egal ob er vom israelischen oder vom palästinensischen Establishment in den Mund genommen wurde. Zunächst war es ein Begriff, der sich auf das Recht aller Vertriebenen des Krieges von 1948 bezog, in ihre Heimat zurückzukehren. Später entwickelte er sich zu einem Begriff, der sich nur auf diejenigen bezog, denen verwehrt wurde in die Gebiete zurückzukehren, die 1967 besetzt worden waren. Israel sperrt sich genauso gegen die Anerkennung des Rechts auf Rückkehr in die Gebiete innerhalb der Grenzen nach 1967 wie es sich immer geweigert hat, das Recht auf Rückkehr in die Gebiete innerhalb der Grenzen von 1948 anzuerkennen.

Nach den Bestimmungen des Abkommens von Oslo (wie sie Peres in der Fernsehsendung Moked am 1. September wiedergegeben hat), ist Israel bereit, bis zu 200.000 Palästinenser in die Gebiete zurückkehren zu lassen, in denen die Selbstverwaltung in Kraft tritt. Das soll nach dem Prinzip des Familiennachzugs geschehen (am Tag darauf distanzierten sich Regierungssprecher bereits von dieser Ankündigung und sprachen nur noch von 5.000 Menschen).


Für die meisten Palästinenser der Diaspora bleiben die Tore zu den künftig selbstverwalteten Gebieten verschlossen

Israel wehrt sich im Falle jener 800.000, die sich wieder in den 1967 besetzten Gebieten niederlassen wollen, gegen eine Rückkehr, weil sie ihren Anspruch auf Rückkehr mit dem 'Recht auf Rückkehr' untermauern. Dieser Begriff setzt voraus, daß man die Existenz einer Heimat der Palästinenser oder eines Teils davon anerkennt. D.h. daß die Palästinenser nationale Rechte und nicht nur persönliche Rechte auf dieses Land haben, und also auch das Recht haben, dorthin zurückzukehren.

Ein Autonomieplan der nicht zur Unabhängigkeit führt

Die PLO, die sich dem israelischen Diktat gebeugt hat, ist mehr oder weniger ein Instrument zur Legitimation und zur Verwaltung des Übergangszustands geworden - ohne daß notwendig die Unabhängigkeit das schlußendliche Ziel der Autonomie sein muß. Der Journalist Danny Rubinstein bestätigt dies in seinem Artikel in Ha'aretz vom 30. August, wenn er schreibt:"Auch wenn die Umsetzung der Vereinbarungen in Gaza und Jericho reibungslos funktioniert, was dann? Aus dem Hoffnungsschimmer, den die Formel Gaza und Jericho zuerst gezeigt hat, ist schon wieder eine Sackgasse geworden. Die Palästinenser, die sich gegen die Formel wenden, haben Recht, wenn sie sagen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Anfang in Gaza und Jericho auch schon das Ende sein wird."

Indem sie die Vereinbarung von Oslo akzeptiert hat, hat die PLO ihre Niederlage in allen kontroversen Punkten eingestanden, in denen die palästinensische Delegation bei den Washingtoner Gesprächen ihre Position bis zum letzten Moment aufrecht erhalten hatte. Der Grund, der die Delegation veranlaßt hatte, an diesen Forderungen stur festzuhalten war, daß jedes Zugeständnis jede Chance auf auch nur einen Hauch von Unabhängigkeit zunichte gemacht hätte und zur Errichtung eines Klientenstaates nach dem Vorbild der Bantustans Südafrikas geführt hätte.

Zu diesen kontroversen Punkten, in denen die PLO nachgegeben hat, zählt die Ausklammerung Jerusalems bzw. dessen, was von Israel als 'Jerusalem' bezeichnet wird (etwa 30% der Westbank), außerdem die Frage der Siedlungen und ihrer jüdischen Bürger. Sogar bezüglich des Rückzugs der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen, wo die Herrschaft der PLO angeblich fast uneingeschränkt sein soll, hat Peres

erklärt: "Die israelische Armee wird sich aus den arabischen Gemeinden im Gaza-Streifen auf Sicherheitszonen innerhalb des Gaza-Streifens und entlang der internationalen Grenze von 1967 zurückziehen. Sowohl in Gaza als auch in der Westbank wird die israelische Armee auch weiterhin die jüdischen Siedlungen schützen und wird für die Verteidigung 'jedes Juden zuständig sein, der sich auf den Straßen oder an jedem anderen Ort der Gebiete bewegt'." (Peres in der oben genannten Fernsehsendung Moked). Mit anderen Worten, die Autonomie ist personell und nicht territorial. Die Besatzungsarmee wird überall dort sein, wo sie gebraucht wird. Und die Siedlungen und die Zufahrtsstraßen werden unter israelischer Kontrolle stehen.

Es ist nicht ersichtlich, wie das Kräftegleichgewicht zwischen Israelis und Palästinensern sich während der Interimsperiode in solch einer Weise ändern soll, daß Israel unter Druck gesetzt wird, die Okkupation aufzugeben und einen unabhängigen palästinensischen Staat zuzulassen. Im Gegenteil, die Intifada war es, die Israels Bereitschaft möglich gemacht hat, irgend einer Art politischer Vereinbarung zuzustimmen, das heißt der Autonomie. Aber ab jetzt werden die gleichen Bedingungen, die zur Einführung der Autonomie und zu ihrem 'Erfolg' geführt haben, die Verhandlungsmacht der Palästinenser schwächen, wenn die Zeit endgültiger Entscheidungen gekommen ist.



Die schwere Bürde Gaza wollten selbst einige Likud-Politiker loswerden Foto: Georg Stein

Die Gründe für die dramatische Wende von Oslo

Der erste Faktor, der zum letztlichen Verlassen der USA-Rabin-Schiene des Friedensprozesses führte, war die Patt-Situation in den Friedensgesprächen zwischen Israel und der palästinensischen Delegation, spätestens seit der Ausweisung von mehr als 400 palästinensischer Aktivisten (im Dezember 1992). Obwohl Rabin der Ernennung von Faisal Husseini zum Vorsitzenden der palästinensischen Delegation zugestimmt hatte, verlor die Delegation bei den Palästinensern in den besetzten Gebieten weiter an Ansehen. Die Palästinenser hatten von Anfang an die Delegation als ein Gremium betrachtet das teilweise von einem äußeren 'Element' eingesetzt worden war (das heißt aufgrund einer Übereinkunft zwischen Israel und den Amerikanern). Hinzu kam, daß die Enttäuschung über einige Positionen, die die Delegation einnahm, zu einer schwerwiegenden Erosion ihrer Autorität führte. Es zeichnete sich ab, daß der Ruf der linken Fronten nach einem breiten nationalen Dialog von anderen Parteien und weiten Bereichen der palästinensischen Öffentlichkeit positiv aufgenommen wurde. Man verlangte nach der Demokratisierung der PLO, nach einem Ende der Ein-Mann-Herrschaft von Arafat und der Einrichtung einer kollektiven Führung. Man diskutierte grundsätzlich über die Friedensgespräche und die Zukunft der Intifada. So lange diese Stimmung 'auf der Straße' Palästinas herrschte, konnte die Delegation Israel keine Zugeständnisse in wichtigen Fragen wie zum Beispiel Jerusalem und den Siedlungen machen. Hinzu kam, daß Arafat selbst die Delegation aufforderte keine Zugeständnisse zu machen.

Arafats Stellung als Führer des palästinensischen Lagers begann zu wanken. Seine Autorität über die Palästinenser innerhalb der besetzten Gebiete, auch die in Fatah organisierten Palästinenser, begann ernstlich zu erodieren, ebenso seine Autorität gegenüber den tausenden von Kämpfern in den Lagern in Libanon, Syrien, Jordanien, Jemen, Libyien u.s.w.. Wie oben ausgeführt, hat dies in den vergangenen Monaten zu einer beschleunigten organisatorischen und politischen Desintegration innerhalb der PLO geführt. Die militärischen Arme der Fatah - wie zum Beispiel der im Libanon und in der Gegend von Nablus- haben Arafat in der Öffentlichkeit heftig kritisiert. Die PLO hat Botschaften und Zeitschriften geschlossen bzw. eingestellt und soziale Einrichtungen in den besetzten Gebieten zugemacht mit dem Argument, es fehle an finanziellen Mitteln.

Rabin mußte sich also schnell zwischen dem toten Pferd (der Delegation) und dem halbtoten Pferd (der PLO) entscheiden - und er wählte das letztere, um ein palästinensisches Gegenüber für die Unterzeichnung des Autonomieabkommens zu haben.

Der zweite Faktor, der zu Rabins politischer Richtungsänderung führte und der mit dem ersten zusammenhängt, ist die Intifada. Der Widerstand gegen die Okkupation im Gaza-Streifen ließ nicht nach. Trotz einer verstärkten Militärpräsenz in den letzten fünf Monaten (man wollte Widerstandsaktivisten, die 'gesuchten Männer' fangen), trotz der Zerstörung von dutzenden von Häusern mit Panzerabwehrraketen und trotz einer dramatischen Steigerung der Zahl der von israelischen Soldaten getöteten Kinder (siehe den B'Tselem Report vom Juli 1993).

Das Gefühl, daß Gaza eine schwere Bürde ist, die man loswerden sollte, wird heute von vielen Israelis geteilt, einschließlich einer Reihe von Knesset-Abgeordneten des Likud, sogar dem ehemaligen Verteidigungsminister Moshe Arens. In der Westbank hat die Intifada tatsächlich nachgelassen, aber die Soldaten der israelischen Armee und die Siedler werden weiterhin durch Guerillaeinheiten bedroht. Israelische Militärführer haben wiederholt betont, daß die Intifada nicht zu Ende ist. Sie könnte jederzeit wieder aufflammen und sie kann mit militärischen Mitteln nicht völlig unterdrückt werden. Hamas wird stärker aufgrund der Verzweiflung, die die fortdauernde Besetzung und Unterdrückung produziert.

Peres hat neulich seine Besorgnis darüber in einer Kabinettssitzung zum Ausdruck gebracht. Er erklärte enthusiastisch, warum er die PLO anerkennen wolle und fragte:



Israel setzt auf eine Zusammenarbeit mit der PLO bei der Niederhaltung der Opposition, z.B. von Hamas (hier ein Hamas- Plakat)

"Warum sollten wir nicht mit ihnen sprechen? Wenn wir nicht mit ihnen sprechen, müssen wir mit Hamas sprechen". Minister der israelischen Regierung und Knesset-Abgeordnete werden nicht müde zu erklären, daß der Sinn des Abkommens darin bestehe, den 'Terrorismus' zu unterdrücken.

Die Rolle der PLO als Polizei in den besetzen Gebieten

Dies überträgt der PLO die Aufgabe, die Intifada endgültig zu unterdrücken, genauso wie die Opposition gegen den Autonomieplan. Wie Rabin gegenüber dem politischen Rat der Arbeitspartei ausführte (Yediot Aharonot vom 3.9.93): "Ich hoffe, daß wir einen Partner finden, der die Verantwortung für die inneren Probleme in Gaza übernimmt und der sie so löst, daß es keine Probleme mit Berufungsanträgen an den Obersten Gerichtshof gibt, keine Probleme mit B'Tselem und keine Probleme mit allen möglichen enttäuschten Israelis".

Dieses Ziel verfolgen sowohl Israel als auch die PLO und es gibt Anzeichen dafür, daß diese Art der Kollaboration schon in der Vergangenheit stattgefunden hat. Der General der Reserve Uri Or, der dem Auswärtigen Ausschuß und dem Sicherheitsausschuß der Knesset angehört, sagte in einem Interview im israelischen Armee-Sender am 1. September bezüglich der Wichtigkeit des Abkommens mit der PLO: "Zum ersten Mal ist eine Situation geschaffen worden, in der es jemanden anderen gibt, der Israels Interesse an Sicherheit und Ruhe teilt, so daß wirklich Sicherheit und Ruhe geschaffen werden können. Basam Abu Shariff, einer der Berater von Arafat beeilte sich, dies zu bestätigen: "Wir werden im Kampf gegen den Terrorismus kooperieren" (in einem Interview des israelischen Fernsehens vom 3.9.93).

Die israelischen Medien haben weitere Details über die Art dieser Zusammenarbeit bei der Niederhaltung der Opposition geliefert (sie nennen die Opposition Hamas): In großen Schlagzeilen auf der ersten Seite von Yediot Aharonot vom 2.September wurde der Washingtoner Journalist Shimon Shiffer zitiert: "Die Shabak und die PLO werden zusammenarbeiten, um für Sicherheit im Gaza zu sorgen." In dem Artikel heißt es weiter: "Bei Kontakten zwischen israelischen Offizieren und Persönlichkeiten der PLO wurde beschlossen, ein gemeinsames Komitee von Shabak und PLO-Offizieren zu bilden, das eine Kooperation beider Institutionen in Bereichen wie der inneren Sicherheit im Gaza-Streifen ermöglichen soll. Denn man nimmt an, daß Hamas versuchen wird, den Friedensprozeß zu sabotieren, wenn die Autonomie einmal in die Praxis umgesetzt ist.

Laut dem Artikel hat Polizeiminister Moshe Shahal in einer Versammlung von Polizeireportern erklärt, er selbst sei den Repräsentanten gegenübergesessen. Er habe die israelische Polizei in Diskussionen über die Struktur der palästinensischen Polizei repräsentiert, in denen es um die Frage ging, wer an der Spitze dieser Polizei stehen solle und welches die Polizeioffiziere sein sollten.

Dr. Riad Malki, der der Volksfront nahesteht, deutete an, wie diese Polizeiaufgabe der PLO bereits in die Praxis umgesetzt wird, als er beschrieb, daß "Israel massenweise Einreisegenehmigungen für junge Männer ausstellt, die in der Polizei dienen sollen. Ihnen wird erlaubt, die Brücke über den Jordan zu überqueren und an einer Ausbildung an israelischen Waffen teilzunehmen, die ihnen die zukünftige palästinensische Polizei zur Verfügung stellt. Eine solche Aufforderung an bewaffneten Übungen teilzunehmen, war bislang ein Verbrechen, für das immer noch viele palästinensische Gefangene in israelischen Gefängnissen sitzen". Er fügte sogar hinzu: "Der Zeitpunkt, wo die Menschenrechte der Palästinenser von Palästinensern selbst verletzt werden, nähert sich rasch."

Ich möchte mit einem Zitat von Haim Bar'am schließen, einem der wenigen mutigen und ehrlichen Journalisten unseres Landes (Kol Ha'ir vom 3.9.93): "Die konsequente Linke hat immer Gespräche mit der PLO verlangt, weil sie viele Jahre vor Peres und seinen Kollegen begriffen hat, daß es nur mit den legitimen Führern der palästinensischen Befreiungsbewegung möglich ist, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Slogan 'man schließt Frieden mit Feinden', den Peres und Shahal jetzt deklamieren, wurde in unseren Laboratorien erfunden. Ist der Arafat von heute es wert, in den alten Termini beschrieben zu werden? Kann er sein Volk zum Friedenstanz mit Israel bewegen unter den derzeitigen erniedrigenden Bedingungen, die das Resultat des amerikanisch-saudiarabischen Diktats und des finanziellen Bankrotts sind? - Im wahrsten Sinne dieses Wortes? Das erscheint unwahrscheinlich.

Wenn Arafat zu dem Schluß kommt, daß er keine andere Wahl hat, als Mustafa Dudin[1] nachzuahmen, dann wird das palästinensische Volk eine neue PLO gründen und die ganze Geschichte von Legitimierung und Gesprächen und der Notwendigkeit ein geeignetes psychologisches Klima für den Friedensprozeß zu schaffen, wird von vorne losgehen. Wenn hingegen Arafat sich weigert, sich zu ergeben und darauf besteht, weiterhin einen souveränen Staat neben Israel anzustreben, dann ist das eine Herausforderung an die wirkliche Linke, noch einmal für den Kampf für den Frieden zu mobilisieren, einschließlich der geteilten Souveränität über Jerusalem - und die merkwürdige Allianz mit Rabin und den meisten seiner Kollegen wird zusammenbrechen wie ein Kartenhaus...".

Tikva Honig-Parnass
leicht gekürzt aus: News From Within, Jerusalem, Sept.93. Übersetzung: CN

Anmerkung:
1) Der Gründer der 'Dorfliga', die die israelischen Sicherheitskräfte im Jahre 1982 zu etablieren versuchten, um eine Alternative zur nationalistischen Bewegung in den besetzten Gebieten zu bieten.

Bewegte Tage in den besetzten Gebieten

Sonntag 12 September

Ich weiß schon gar nicht mehr, wieviele Menschen ich heute nach ihrer Meinung zum Osloer Abkommen gefragt habe. Heute morgen war ich zu einer Feier in Tufah, einem Viertel von Gaza-City eingeladen. 18 Frauen erhielten eine Auszeichnung für ihre Näh- bzw. Stickkünste. Bei Kaffee und Mineralwasser kreisten die Gespräche ums Abkommen. "Ich war für Hamas, aber jetzt bin ich für die Fatah, weil ich das Abkommen unterstütze". Eine andere Frau antwortet: "Wieso denn, Du kannst doch für Hamas sein und trotzdem das Abkommen unterstützen? Laß es Dir gesagt sein, Hauptsache es bewegt sich was, es kann nicht schlimmer werden als es jetzt ist. Wir haben schon zu viel gelitten!"

Sie machen auch zynische Witze über die palästinensische Führung, die die Situation in den besetzten Gebieten nie richtig verstanden hätte. "Wenn Arafat die katastrophalen Zustände im Gazastreifen sieht, wird er den Israelis sagen, sie können ihn behalten. Selbst die Leute in der Westbank wissen nicht, wie wir hier leben."

Es gibt das Gerücht, daß morgen ein Ausgangsverbot verhängt wird. Ich mache mich auf den Weg, um noch einige wichtige Besorgungen zu erledigen. Die Läden sind überfüllt....kein Brot, keine Tomaten, keine Gurken? Was ist los? "Hamas, der Islamische Jihad, die Volksfront sowie die Demokratische Front haben zum Streik aufgerufen, während die Fatah zu Freudenskundgebungen aufrief. Wir erwarten Auseinandersetzungen. Möglicherweise verhängt das Militär eine längere Ausgangssperre".

Montag 13. September

Ich weiß nicht was in den anderen Lagern und Städten des Gazastreifens passiert ist, aber in Gaza-City glauben die Menschen an das Abkommen. Bis 15.00h war ein richtiger Streik. Die wenigen Leute, die sich mit dem Auto rauswagten, wurden mit Steinen beworfen, wie sich an den zerbrochenen Windschutzscheiben und den Steinen in den Straßen ablesen läßt. Aber das ist normal hier. Oder sollte ich in der Vergangenheitsform reden?

Aber nach drei Uhr wurde gefeiert. Überall Leute, auf den Autos, in den Autos. Keine organisierte Massendemonstration. Nur Pkws und Lkws voller Leute, Fahnen und Bilder und Fotos von Arafat. Ab und zu versuchten Militärs, den Verkehr zu regeln, wenn Straßenkreuzungen durch die begeisterten Leute blockiert waren, aber meist vergeblich... Sie wurden einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Heute morgen war die gesamte ausländische Presse in Gaza-City. Die meisten hielten sich im Marna-Haus auf. Sie wollten die Kämpfe zwischen den Fraktionen miterleben. Aber alles was sie zu sehen bekamen, war ein brennender Reifen in der Straße direkt vor ihrem Hotel. Zwölf Fotoapparate und ein brennender Autoreifen. Gegen mittag waren sie alle wieder weg, zurück nach Jerusalem, um die Feierlichkeiten im Orienthaus und in der "Amerikanischen Kolonie" zu dokumentieren. Sie können den Gazastreifen jederzeit wieder betreten und verlassen, während die meisten palästinensischen Arbeiter hier bleiben müssen. Hatim ist auch noch hier. Sie verweigern ihm einen neuen Passierschein, um in die Westbank zu gelangen, wo er sein Geschäft hat. "Mabruk ya Hatim...ich gratuliere Dir zu Deinem neuen Staat" scherze ich. "Wie bitte?" fragt er zurück. "Heute stehe ich bei den Israelis für meinen Passierschein Schlange, morgen muß ich doppelt so lange warten, weil ich eine israelische und eine palästinensische Erlaubnis brauche".

Mittwoch 15.September, auf dem Weg nach Jerusalem

Es hieß, der Kontrollpunkt Eretz würde wegen des jüdischen Neujahrsfestes um elf Uhr schließen. Als wir um neun Uhr ankommen, ist er bereits geschlossen. "Bitte, ya ajnabiyya..., hilf uns, Fremder, wir müssen ins Krankenhaus nach Al Quds (arabische Bezeichnung für Jerusalem d.Ü.)". Ich gehe an einer langen Schlange von Lastwagen und PKWs vorbei bis ich endlich einen Soldaten finde, der englisch spricht. "Wir müssen zum Krankenhaus, wir bringen Blutkonserven". "Ich habe hier die Blutkonserven, aber keine Papiere dafür", sagt der ältere Mann. "Was? ... Blut?", fragt der Soldat überrascht. "Ja, eine ganze Kiste voll. Yalla, dann geh' schon. Er will keine Papiere mehr sehen. "Tasrih al-damm ... eine Erlaubnis zum Bluttransport, hamdillah", seufzt eine der Frauen erleichtert. Auf nach Al Quds. In Jerusalem muß der Mann allen Mitfahrenden die Kiste zeigen. Er öffnet sie und alle berühren die gefrorenen Konserven. Es nimmt mich wunder, wie lange es noch dauern wird, bis es den Palästinensern möglich sein wird, Blutkonserven problemlos zu transportieren.

Freitag, den 17.September in Ramllah

Ramllah feiert das Abkommen nicht so wie die Leute in Gaza-City. Nur wenige Häuser und Autos sind mit einer Flagge drapiert. Auf dem Campus der Birzeit-Universität gibt's gar keine Fahnen. "Die Studenten sind wirklich gespalten, es steht 50:50 im Moment". Aber man kann Ramllah nicht mit Gaza-City vergleichen. Wie lange wird es dauern bis die Armee aus Ramllah und Umgebung abzieht? Das weiß niemand. Hanan ist traurig. Sie gehört keiner politischen Organisation an, hängt keiner bestimmten Ideologie an, wünscht eigentlich allen ein glückliches Leben. Obwohl es vieles gab, worüber sie sich beklagen könnte, war sie immer gutgelaunt. Jetzt ist sie traurig. "Ich schau' auf unsere Fahne und muß daran denken, wie viele Menschen getötet wurden und ins Gefängnis kamen, nur weil sie diese Flagge besaßen. Nun spür' ich den Tod in meinem Herzen, wenn ich die Fahne hier im Wind flattern seh'".

Es ist die Zeit des Abkommens. Fatah, die Volksfront, die Demokratische Front usw. haben sich darauf geeinigt sich nicht gegenseitig zu bekämpfen bzw. keine Kollaborateure zu töten. Gleichzeitig verkündet Mohammad Nazzal im Radio, daß es keine Absprache zwischen der Fatah und Hamas gäbe. Aber es gibt doch eine - in Gaza.

Samstag, den 18.September 1993

Zurück in Gaza-City. Wieder bin ich von dem riesigen Unterschied zwischen der Westbank und dem Gaza-Streifen überrascht. Wie sollen sich hier je die Lebensbedingungen verbessern. Legt mich nicht auf Prozentzahlen fest, aber 60% der staatlichen Schulen und 90% der Schulen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR), arbeiten in zwei Schichten. Alle Kinder erhalten somit nur die halbe Ausbildung, die sie eigentlich bräuchten. Wobei ich über die Zahl der Kinder pro Klassenzimmer gar nicht reden will. Und wie stet's mit der Wasserversorgung? Bei Israelis werden die etwas salzig schmeckenden Tomaten aus dem Gaza-Streifen immer beliebter. Denken sie oder irgendjemand sonst eigentlich darüber nach, warum sie salzig schmecken? Und dann das Abwassersystem, der Mangel an Spielplätzen, Kliniken, Kindergärten ... wo soll man beginnen? Plötzlich fällt mir die Najah Universität ein. Sie wurde vier, fünf Tage und Nächte vom Militär regelrecht belagert. Doch die Studenten und Angestellten weigerten sich, den Campus zu verlassen. Es gab weder genügend Wasser noch Brot, aber sie haben aufgrund ihrer Überzeugung durchgehalten. In dem Moment als der Belagerungszustand aufgehoben wurde, brachen zwanzig von ihnen völlig zusammen. Was wird geschehen, wenn die Belagerung der Westbank und des Gaza- Streifens wirklich endgültig aufgehoben wird?

Maja van der Velden
aus: Peace News, London, Oktober 1993

Kommt es zum Bruderkrieg?

Die Krise in der palästinensischen Befreiungsorganisation

Der folgende Beitrag stammt aus der Feder eines palästinensischen Autors, der in Berlin lebt. Mohammad Chawish arbeitet als Journalist und Literaturkritiker und veröffentlicht vorwiegend in der Tageszeitung al-Quds al-arabi (London) und anderen arabischen Zeitungen. Der Beitrag Chawishs gibt eine authentische palästinensische Reaktion auf das Gaza-Jericho Abkommen wieder.



Die Aufmärsche der Hamas-Anhänger täuschen leicht darüber hinweg, daß die Hamas-Führung mit Arafat ins Gespräch kommen möchte

Es ist möglich, daß man in naher Zukunft nicht mehr über ein Thema wie "die Krise der PLO" schreiben wird und zwar aus dem einfachen Grund, weil durch das jüngste Abkommen mit Israel die bloße Existenz dieser Organisation in Frage gestellt ist. Das brachte der palästinensische Dichter Mahmud Derwisch in aller Klarheit zum Ausdruck, der kurz vor der Unterzeichnung des Abkommens von seiner Mitgliedschaft im Exekutivrat[1] der PLO zurücktrat. Die PLO müsse sich auflösen, so Derwisch zur Begründung seines Rücktritts, da sie ihr Ziel und ihr zentrales Anliegen, die Befreiung Palästinas, von der Tagesordnung gestrichen habe.[2]

Über das Ausmaß der Opposition in den Reihen der Palästinenser gegen die Politik der PLO wird in der Medienöffentlichkeit zur Zeit hinweggesehen. Doch muß man feststellen, daß diese Opposition sich nicht nur unter den Flüchtlingen in der Diaspora formiert, die den derzeitigen Friedensprozeß als Aufgabe all der Rechte betrachten, für deren Durchsetzung sie eine erschreckend hohe Zahl an Opfern gebracht haben, sondern auch unter den Palästinensern in Gaza und der Westbank.

Die Opposition gegen das Abkommen

Nach der Unterzeichnung des Abkommens reichte ein Mitglied des Exekutivrates der PLO seinen Rücktritt ein, ein anderes Mitglied stellte seine Mitarbeit vorläufig ein. Auch Farouq Qaddumi, Direktor der politischen Abteilung der PLO und designierter Außenminister, erklärte seine Vorbehalte gegenüber dem Abkommen. Diese "innere Opposition" gegen das Abkommen ist meiner Ansicht nach nicht authentisch, denn sie formiert sich in enger Kooperation mit Arafat selbst. Der hat es sich zur Gewohnheit gemacht, bei allen weitgehenden Konzessionen führende Mitglieder seiner Organisation Fatah dazu zu bewegen, eine oppositionelle Haltung einzunehmen, um so auf der einen Seite die radikale Opposition zu spalten und auf der anderen Seite ein zusätzliches Druckmittel in den Verhandlungen mit der Gegenseite zu gewinnen. Es gibt dafür keinen besseren Beweis als das Verhalten Qaddumis selbst, der durch die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit als Außenminister seine Einwände praktisch aufgegeben hat und derzeit damit beschäftigt ist, in den arabischen Hauptstädten das Abkommen zu "erläutern", wobei er seine Meinungsänderung damit rechtfertigt, daß das Abkommen eben Realität geworden ist.

Die breite Ablehnung unter den Palästinensern wird eher durch die Koalition der "Zehn Organisationen" vertreten, die über gute Beziehungen zu Teheran und Damaskus verfügen. An diesem Bündnis sind kleine linke palästinensische Organisationen beteiligt, die wichtigsten Bündnispartner sind jedoch die Organisation "Hamas", der "Islamische Jihad", die beiden großen linken Organisationen PFLP und DFLP, außerdem die Fatah-Rebellen, die sich 1983 von der Organisation Fatah abgespalten haben. Dieses Bündnis bekundet seine Absicht, das israelisch-palästinensische Abkommen über eine begrenzte Autonomie und das Projekt "Gaza-Jericho zuerst" zu Fall zu bringen.

Nach meinem Dafürhalten vertritt diese Opposition zumindest zum Teil die Interessen der palästinensischen Diaspora, d.h. die der 1948 von Israel vertriebenen Palästinenser und deren Nachkommen. Zudem steht diese Opposition für die Kontinuität der

radikalen, gegen Imperialismus und Zionismus gerichteten Tradition, die die Rechtmäßigkeit der Existenz Israels nicht anerkennt, weil sie Israel als politischen und militärischen Stützpunkt des Westens in der arabischen Welt betrachtet.

Die Position von Hamas und der PFLP

Hamas beruft sich in ihrer Opposition gegen die Friedenspolitik der PLO auf das ideologische Prinzip des politischen Islam, das für "muslimische Gebiete" territoriale Konzessionen gegenüber Nichtmuslimen verbietet. In der Realität jedoch offenbart die Führung von Hamas mit ihrem traditionell-bourgeoisen Charakter die Tendenz, mit der Führung Arafats ins Geschäft zu kommen. Dies ging bis zu der kürzlich veröffentlichten Erklärung, daß sie die Errichtung eines palästinensischen Staates auf einem Teil des palästinensischen Territoriums nicht ablehne.

Hamas fordert als Preis für ihren Eintritt in die PLO 40 % der Sitze des Palästinensischen Nationalrates.[3] Dies ist ein Hinweis darauf, daß ihre Opposition doch nicht so prinzipiell ist, wie es nach außen hin scheint. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß sie sich in Zukunft mit der Autonomie abfindet und den Kompromiß mit Fatah sucht, um an der Macht beteiligt zu werden.

Um die Position der PFLP zu beurteilen, ist es von Nutzen, einen kurzen Blick auf die Geschichte ihrer Opposition zur Friedenspolitik der PLO-Führung zu werfen. 1977 hat die Volksfront ihre Opposition gegen eine "Lösung der Frage in unterschiedlichen Phasen" aufgegeben. Seit 1982 erhob die Volksfront regelmäßig gegen jede neue Konzession Arafats Einspruch, um später im Namen des Prinzips der Wahrung der palästinensischen nationalen Einheit wieder auf die Linie der Akzeptanz einzuscheren. Von daher verurteilte sie auch trotz ihrer Ablehnung der Arafatschen Politik (er unterzeichnete damals das Amman-Abkommen[4] mit König Hussein) die Abspaltung der Fatah-Rebellen um Abu Mousa 1983 schärfstens und lehnt jeden Versuch ab, eine Alternative zur PLO aufzubauen.

Ihre jetzige Ablehnung des Abkommens gründet sich darauf, daß es nicht mit den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrates übereinstimmt, die den Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates vorsehen. Diese Position vertritt in etwa auch die Demokratische Front unter dem Vorsitz von Naif Hawatmeh.

Will man die Erfolgsaussichten dieser Opposition beurteilen, so stößt man auf einander widersprechende Faktoren, die die Opposition teils begünstigen, sich teils zu ihrem Nachteil auswirken.

Erfolgsaussichten der Opposition

Zugunsten dieser Opposition wirkt, daß die jetzt vorgelegten Lösungsvorschläge für die Mehrheit der Palästinenser in der Diaspora absolut nichts beinhalten.(Den Bewohnern von Gaza und Westbank bringen sie im übrigen nicht einmal eine Ende der israelischen Siedlungspolitik). Das wiederum geht zumindest zum Teil auf das Konto der extremen Rechten in Israel. Die verfügt über so

George Habash, Chef der PFLP

Die Finanzkrise der PLO und die Auswirkungen auf die Diaspora

Seit dem Ausbruch des Golfkrieges Anfang 1991 hat die Palästinensische Befreiungsorganisation mit massiven finanziellen Problemen zu kämpfen. Diese sind u.a. das Ergebnis der Weigerung der Golfstaaten, der PLO die Steuern zu überweisen, welche die palästinensischen Migranten dort an die PLO zahlen. Es handelt sich um zusätzliche Steuern, die auf Beschluß der Arabischen Liga erhoben und automatisch von den Gehältern der Palästinenser in den arabischen Staaten abgezogen werden.

Nach Aussagen von Shafiq al-Hut, dem Vertreter der PLO im Libanon, haben selbst die Mitglieder des Palästinensischen Exekutivrates seit mehr als drei Monaten keine Gehälter bezogen (ich persönlich möchte das mit einem Fragezeichen versehen).[1] Die Einstellung der Finanzierung des politischen und militärischen Apparats der PLO im Libanon (besonders im Südlibanon) hat zu einer tiefen Verärgerung in den Reihen der Palästinenser im Libanon geführt. Zum Ausdruck brachte dies der militärische Führer von Fatah im Südlibanon, Mounir Miqdah, der Arafat zum Rücktritt aufforderte.[2] Es kam zu zahlreichen Protestdemonstrationen und Sitzstreiks, auch in Syrien. Vor allem Frauen und die Angehörigen der Gefallenen der Palästinensischen Revolution protestierten, denen die PLO die bisher gezahlten monatlichen Vergütungen jetzt ersatzlos gestrichen hat.[3] 55.000 Märtyrerfamilien erhielten bisher Zuwendungen der PLO. Die finanzielle Unterstützung für die besetzten Gebiete, die sich auf 300 Mio. Dollar jährlich belief, wurde auf 60 Mio. Dollar reduziert.

Die Auswirkungen der finanziellen Krise, die sich auf den gesamten Apparat der PLO erstreckt, werden nur schwerlich akzeptiert von der breiten Masse der Palästinenser, die seit Jahren ökonomisch an den bürokratischen und militärischen Apparat der PLO gebunden sind, in dem Korruption und Mißwirtschaft herrschen. Von daher häufen sich in Syrien und im Libanon die Vorwürfe gegen Arafat, mit dieser "Aushungerung" die Palästinenser in der Diaspora zur Integration in den "Gast"ländern und zur Befürwortung von Projekten zur Ansiedlung (Tawtin) in diesen zu zwingen.[4] Tawtin ist die einzige von Israel befürwortete Option für die Lösung des Problems der drei Millionen Palästinenser, die bzw. deren Eltern oder Großeltern 1948 vertrieben wurden und die in zahlreiche Länder fliehen mußten, deren wichtigste Jordanien, Syrien und der Libanon sind. Das Rückkehrrecht ist im Verständnis des zionistischen Staates auf Juden beschränkt; den Palästinensern bleibt nur die Wahl der Ansiedlung, die zahlreiche existenzielle Probleme für die Palästinenser in den "Gast"ländern in sich birgt. Dies gilt besonders für den Libanon, wo eine Ansiedlung der mehrheitlich sunnitischen Palästinenser eine Verschiebung des empfindlichen konfessionellen Proporzsystems mit sich brächte, auf dem der libanesische Staat basiert.

Mohammad Chawish

Anmerkungen:

1) Shafiq Al-Hut protestierte öffentlich gegen den Kurs Arafats und die faktische Selbstauflösung der PLO und stornierte seine Mitgliedschaft im Exekutivrat. L'Orient-Le Jour, 24.8.93.
) An-Nahar, 24.8.1993.
3) Al Hayat, 28.8.1993.
4) So erklärte z.B. Mounir Miqdah in An-Nahar vom 17.8.1993, daß die Krise der PLO hausgemacht sei, um die Palästinenser zur Annahme der denkbar schlechtesten Lösung zu zwingen.

großen Einfluß, daß die israelische Regierung keinen Spielraum für eine Lösung hat, mit der die unterzeichnenden arabischen Staaten und die PLO wenigstens das Gesicht wahren können. Sie erzwingt Kapitulationsverträge, die die am Friedensprozeß Beteiligten zu unterzeichnen haben und die zu einer Dominanz Israels in der Region führen, die bisher ohne Beispiel ist.

Auf der anderen Seite wirken verschiedene Faktoren **zuungunsten** der Opposition. Seit dem Zerfall der Sowjetunion und des sozialistischen Blocks hat sich das Kräfteverhältnis weltweit zugunsten der USA und ihrer Verbündeten verschoben. Die Opposition stützt sich auf das iranische und das syrische Regime, die (vor allem das letztgenannte) keine wirklich ablehnende Haltung gegen den Westen und den Zionismus vertreten. Aufgrund dieser Allianzen entbehrt der oppositionelle Diskurs, der sich gegen den "Kapitulationskurs" Arafats richtet, jeder Glaubwürdigkeit. Denn vor allem die palästinensische Bevölkerung in Syrien und im Libanon hat zahlreiche negative Erfahrungen mit dem syrischen Regime gemacht. Dazu zählen die Massaker, die das syrische Regime direkt oder mittels seiner Verbündeten an ihnen verübt hat - 1976 durch die Kataib-Milizen und in den Jahren nach der israelischen Invasion im Libanon durch die Amal-Bewegung. Schließlich ist das syrische Regime selbst an der "Kapitulationskonferenz" beteiligt, an der auch die PLO teilnimmt. Die Palästinenser wissen aus Erfahrung, daß die syrische Ablehnung eines politischen Kompromisses eine rein taktische ist und daß die Syrer dabei die palästinensische Opposition als Joker benutzen, um bei dem Verhandlungspoker mit Israel und dem Imperialismus eine Friedenslösung zu besseren Konditionen herauszuholen.

Eine strukturelle Schwäche des Bündnisses besteht in der fehlenden politisch-ideologischen Übereinstimmung zwischen den Beteiligten, die zwei grundsätzlich unterschiedlichen Richtungen angehören: dem politischen Islam auf der einen und der säkularen Linken auf der anderen Seite.



Die Palästinenser im Libanon haben ihre einschlägigen Erfahrungen mit der syrischen Führung

Der weitaus wichtigere Schwachpunkt des Oppositionsbündnisses besteht in seiner Unfähigkeit, eine Alternative zu präsentieren, die annähernd über die Glaubwürdigkeit der Arafatschen Realpolitik verfügt. Die Palästinenser, deren heroische Kämpfe gegen den Imperialismus, den Zionismus und gegen die arabischen Herrscher in traurigen Niederlagen endeten, lassen sich nicht mehr von einem simplen politischen Programm überzeugen, das einen bewaffneten Kampf in den Mittelpunkt stellt, für dessen Führung die palästinensische Revolution heute über keinerlei Grundlagen verfügt. Gegenüber dieser politischen Realität hat die Opposition außer einer negativischen Ablehnung der Verhandlungen und des Abkommens nichts zu bieten. Diese Ablehnung bedeutet unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nur die Fortsetzung des Leidens ohne eine klare Perspektive der Befreiung, die auf eine ungewisse Zukunft verschoben ist.

Drohender Bruderkrieg

Aus diesen Faktoren schließe ich, daß Arafat zumindest kurzfristig Erfolg haben wird und es der Opposition nicht gelingen wird, dieses Projekt zu Fall zu bringen. Trotzdem ist die Region weit entfernt von der Stabilität, die die westlichen Massenmedien so optimistisch in Aussicht stellen.

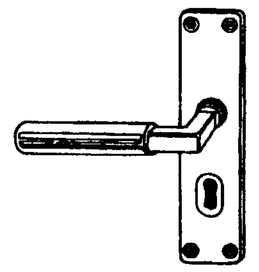
Die größte Gefahr, die der palästinensischen Sache jetzt droht, ist der Ausbruch eines innerpalästinensischen Konflikts, der sich zu einem Bürgerkrieg entwickeln kann (davon ist zur Zeit in der palästinensischen Oppositionspresse oft die Rede). Meiner Ansicht nach dürfen wir Palästinenser das um keinen Preis zulassen, selbst wenn wir uns kurzfristig der Führung der PLO unterwerfen und ihren wahrscheinlich repressiven politischen Kurs erdulden müssen, den sie nach ihrer bevorstehenden Transformation zur herrschenden Macht in den Gebieten einschlagen wird, in denen das Abkommen gilt.

Mohammad Chawish
Übersetzt aus dem Arabischen von Uzun Haci

klinkt Euch ein ...

In Querverbindungen von Entwicklungsfragen zu Bereichen wie Ökumene und Menschenrechte, Demokratie, Ökologie, Ökonomie und Kultur, Projekten und Partnern in der Zweidrittelwelt und hier

INKOTA-Brief 3/93 u.a. mit:
Beiträgen zur Entwicklungszusammenarbeit * Kritik zur DDR-Entwicklungshilfe in Mosambik & Nicaragua * Aktuellen Analysen zum Arbeitskampf im Osten Deutschlands * Exclusiv-Interview mit Ernesto Cardenal * Reiseeindrücken aus Rumänien * Streitbarem über Vernetzung und Koordinierung * Engagierter Fotografie * Service * RUNDBRIEF der Welt-Laden-Initiativen * INKOTA-CARD



Probeexemplar bestellen!



INKOTA - BRIEF
ZUM NORD-SÜD-KONFLIKT UND ZUR KONZILIAREN BEWEGUNG

zu beziehen über:
INKOTA-netzwerk, Georgenkirchstr. 70, 10249 Berlin

Jahresabo (4 Hefte à 56 Seiten) 17,50 DM (Reichsbahn-) bzw. 29,99 DM (Bundesbahngebiet)
Einzelheft 5 DM bzw. 7,50 DM.

Anmerkungen:

1) Der Exekutivrat (18 Mitglieder, vom Nationalrat gewählt) ist zuständig für die Realisierung der Beschlüsse des Nationalrates (=Palästinensisches Parlament, 421 Mitgl., höchstes Entscheidungsgremium) und fungiert faktisch (nicht offiziell) als Exilregierung. Nicht zu verwechseln mit dem Zentralrat, der die Verwirklichung der Beschlüsse des Nationalrates überwacht. Dieser wird ebenfalls vom Nationalrat gewählt und fungiert zwischen den im Abstand von mehreren Jahren stattfindenden Treffen des Nationalrates als Miniparlament. red.

2) Al Hayat, 21.8.1993.

3) siehe Anm. 1)

4) Im Amman-Abkommen vom 23. Februar 1985 vereinbarten König Hussein und Arafat bei einer internationalen Nahostkonferenz unter UNO-Schirmherrschaft eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation zu bilden. Desweiteren erklärten sie, eine Konförderation zwischen einem jordanischen und palästinensischen Staat anzustreben.

"Wir wissen nie, ob wir den Heimweg überleben"

Eine Reihe mysteriöser politischer Morde beschäftigt derzeit die Menschen in irakisch Kurdistan. An allen öffentlichen Treffpunkten wird über die Hintergründe und die Täter spekuliert. Von den Opfern weiß man, daß sie alle dem linken Spektrum angehörten. Einige von ihnen haben sich vermutlich zu sehr für das interessiert, was jenseits der Grenze zur Türkei vor sich geht.

Der junge Mann rasiert sich vor einen Spiegel. Jedesmal wenn er hineinschaut, sieht er nicht sein Gesicht, sondern Menschenmassen auf der Straße, Frauen mit Gewehren und Knüppeln in den Händen, Männer auf den Dächern des Gefängnisses, die das Victory - Zeichen machen; Rufe, Begeisterung, euphorische Massen scheinen ihm aus dem Spiegel entgegenzuschlagen. Dann ist da wieder ein müdes Gesicht zu sehen, aus dem der letzte Rasierschaum gewischt wird. Der Mann bindet die Krawatte und macht sich auf den Weg zur Arbeit...

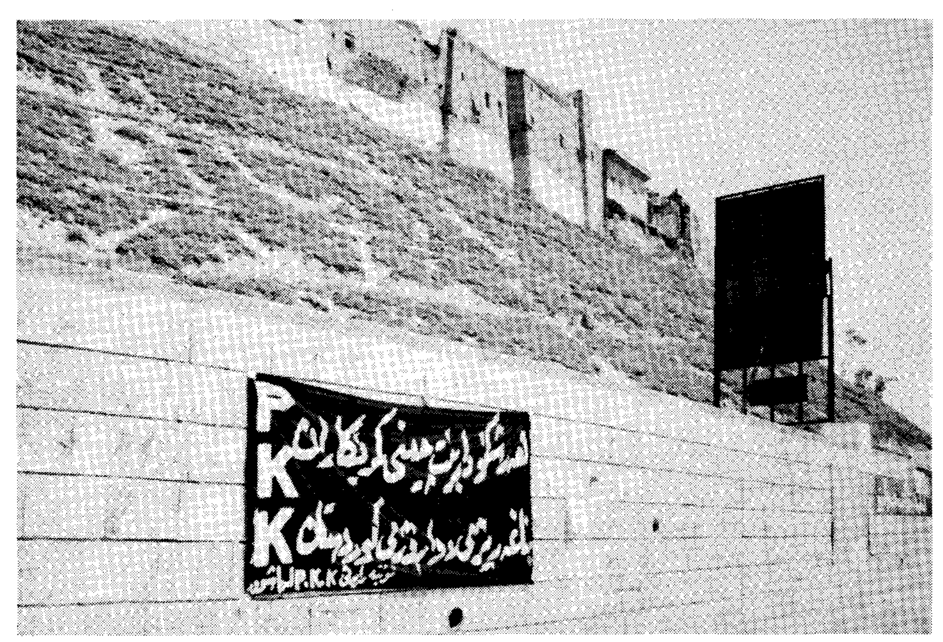
Die Anfangsszene eines Films, der, zumindest momentan, nicht gedreht werden kann. Er sollte die Entwicklung in der irakisch-kurdischen Provinzhauptstadt Duhok aufzeigen, vom Volksaufstand vor zwei Jahren, als die Bevölkerung der Stadt irakisches Heer und Polizei vertrieb, bis heute, zweieinhalb Jahre danach. Der Film wird nicht gedreht, weil Autor, Regisseur und Schauspieler Angst haben. Wenn er zustande käme, müßte darin von politischen Morden der letzten sechs Wochen die Rede sein. Von Rauf Kamil, der die Zeitung "Weg der Werktätigen" mitherausgab, der Marxist war und das abends bei Diskussionen im Lokal der Schriftstellervereinigung auch immer wieder sagte und - der sich dafür interessiert, was jenseits der türkischen Grenze vor sich ging und der mit seiner Meinung über den Krieg zwischen türkischen Streitkräften und PKK nie hinter dem Berg hielt. Rauf Kamil wurde Anfang Juni erschossen, auf dem Weg nach Hause, 25 Kugeln blieben in seinem Körper stecken. Seine Mörder sind noch nicht gefaßt.

Wer Renaz ermordet hatte, wußte man genauer. Ungefähr sechs Wochen nach dem Mord an Rauf Kamil wurde er ebenfalls erschossen. Er war ein Kader der "Kurdistan Toiler Party" in Duhok; außerdem als Freund der Kurden aus der Türkei bekannt. Viele Kurden aus "dem Norden" (der Türkei) waren zu ihm gekommen. Er hatte sie unterstützt und sich mit ihnen auseinandergesetzt, "nicht immer unkritisch aber sehr offen", sagen seine Parteifreunde. Er war einer derjenigen, die sich entschieden gegen eine Fusion der kleinen linken Partei mit einer der beiden großen irakisch kurdischen Parteien gewehrt hatte. Renaz wurde vor seinem Parteibüro von einer ganzen Gruppe Bewaffneter angegriffen, von denen zwei, Mitglieder der in der Region dominierenden "Demokratischen Partei Kurdistans" (PDK), nun festgenommen sind - ein Prozeß läßt auf sich warten.

Schlußszene des Films hätte das Schicksal Nezir Amers werden müssen. In Semel, einer Kreisstadt in der unmittelbaren Umgebung von Duhok wurde er am 25. August von einem roten Passat abgeholt, fünf Tage später lag seine Leiche am Straßenrand. Er war Mitglied in der marxistisch/leninistischen Organisation "Kommunistische Strömung".

In der Aufzählung "eindeutig politischer Morde" - so der Chef der Duhoker Security Police fehlen noch Richter Tahsin Naif, der Recherchen über Haschischanbau in der türkischen Grenzregion auch dann nicht einstellen wollte, als er von anonymen Anrufern dazu aufgefordert wurde. Bauern hatten zuvor ausgesagt, daß die Samen des angeblichen "persischen Sesams" aus der Türkei gekommen waren. In Zakho wurde mit gar nicht so leiser Stimme über Verwicklungen regionaler Stammesfürsten geredet, die sprichwörtlich gute Beziehungen zur Türkei haben. Richter Tahsin hatte keine Gelegenheit mehr, diesen Gerüchten nachzugehen.

Abu Nazir war ein altgedienter Kader der



PKK-Sprruchband zum 1.Mai in Arbil. Wäre in Duhok nie möglich

Kommunistischen Partei Irak, der nach dem Volksaufstand 1991 in Duhok das Parteibüro leitete. Er wurde ebenso nachts auf dem Heimweg erschossen wie Fransis Schabo, Duhoker Abgeordneter der "Assyrischen Demokratischen Bewegung" im kurdischen Regionalparlament. Abu Nazir war beides, Vertreter der Linken in Duhok und Christ aus dem gleichen Ort wie Fransis Schabo. Der hatte bis kurz vor seiner Ermordung einen Konflikt über Wiederbesiedlung christlicher Dörfer bis ins kurdische Regionalparlament getragen. Ehemals assyrische Dörfer waren direkt nach den Volksaufstand von Kurden besiedelt worden - aus dem Clan eines der führenden Parteipolitiker von Duhok - die nun die Dörfer nicht an ihre ehemaligen Bewohner zurückgeben wollen.

Die sechs Morde in knapp zwei Monaten beherrschen die Diskussionen in Teehäusern, Lokalen und anderen Orten öffentlicher Zusammenkünfte. Während einer Gedenkversammlung für Rauf Kamil redeten Vertreter aller politischen Parteien und schworen "alles in ihrer Kraft stehende zu tun". Das Vertrauen in sie ist bei der Bevölkerung allerdings eher gesunken. Vom Hauptgegener Irak ist in Gesprächen auf der Straße nie die Rede. Daß es sich hier um eine innerkurdische Angelegenheit handelt, ist wohl auch Konsens der öffentlichen Meinung.

Innerkurdisch? Da sind sich wiederum nicht alle Betroffenen sicher. Bekannt ist in der kurdischen Provinzhauptstadt, daß es zwei „türkische Büros" gibt, Adressen, von denen man weiß, daß dort "der türkische Geheimdienst anzutreffen ist". Diskussionen über Verbindungen zu lokalen Autoritäten und zu den Morden bewegen sich noch auf dem Gebiet der Spekulation. Von einer Partei in der Partei wird geredet, gemeint ist damit eine Gruppierung innerhalb der dominierenden PDK, die beste Verbindungen mit der Türkei haben soll. "Beweisen kannst du überhaupt nichts", meint einer der Parteifreunde Renaz'. "Aber reden müssen wir trotzdem."

Regisseur und Schauspieler wollen keinen Film ohne diesen letzten Schritt in der Entwicklung Duhoks nach der Befreiung 1991 drehen und trauen sich nicht, ihn aufzuzeigen und zu benennen, also wurde das Projekt gar nicht in Angriff genommen. Oppositionelle, parteiunabhängige Intellektuelle in Duhok fühlen sich als Freiwild. Abends nach Versammlungen wird der Heimweg sorgfältig organisiert - keiner soll alleine eine lange Strecke zurücklegen - und viele sind dabei, sich Ausreisepapiere zu besorgen. "Wir wollen nicht weg, aber für alle Fälle". "Wer soll uns hier schützen", meint ein Autor, der seinen Namen nicht genannt haben möchte. "Die Polizei, die nichts tut, um die ganze Mordserie aufzuklären? Ich habe heute mehr Angst als zur Zeit der Baathregierung, damals kannten wir unseren Gegner. Heute wissen wir nur, daß wir bedroht sind." "Ich gehe", meint auch ein anderer, enger Freund des ermordeten Rauf Kamil. "Hier können wir nichts mehr schreiben und sagen und wir wissen nie, ob wir den Heimweg am Abend überleben."

Niemand weiß, ob A.L. seinen Heimweg überlebt hat, seit vier Monaten ist er weder von seiner Familie noch von seinen Freunden gesehen worden. Langsam gibt seine Frau die Hoffnung auf. Sie ist nicht alleine, in Duhok wird von über 20 Verschwundenen in diesem Jahr geredet. Von den meisten heißt es, daß sie der PKK nahestanden oder mit deren irakisch-kurdischer Schwesternpartei PAK sympathisierten. Betroffene schweigen, über die PKK wird in der Provinz Duhok nur noch hinter vorgehaltener Hand geredet. Der türkisch/irakische Grenzübergang Habur, der einzige Zugang zur kurdisch verwalteten Region, liegt vor der Haustür und wird von der Türkei kontrolliert. An anderen Stellen der Grenze arbeiten Schmuggler, die über türkische Ausweispapiere verfügen - sie werden nicht, wie andere Schmuggler aus Duhok von den türkischen Soldaten auf der anderen Seite bedroht. Was haben sie für dieses Privileg zu bezahlen? Auch darüber schweigt man sich aus. Das Verhalten der Türkei ist einer der wichtigsten Überlebensfaktoren der kurdischen Region. Morde im politischen Niemandsland der kurdisch verwalteten Region gehen in keine Statistik ein und gelangen auch nur selten auf die Schreibtische von amnesty oder vergleichbaren Organisationen. Was bleibt ist Angst und Stillhalten - zwei Jahre nach der Befreiung.

"Duhoker Zustände" ist in oppositionellen Kreisen in den südlicheren kurdischen Großstädten Arbil und Sülaymania eher ein Schimpfwort. Im Gegensatz zur nördlichsten Provinzhauptstadt gibt es hier eine organisierte außerparlamentarische Linke, konnte auch die PKK offizielle Büros einrichten. In den vergangenen Wochen wird aber eher über ein Übergreifen der Duhoker Zustände diskutiert.

Die Wochenzeitung "Welat" (Das Land), die in arabisch und kurdisch erscheint und der PKK nahesteht, wurde im vergangenen August verboten. Der Gouverneur von Arbil, ein Mitglied der Barzani Familie und der PDK setzte diesen Schritt gegen die Opposition der zweiten großen kurdischen Partei "Patriotische Union Kurdistans" (PUK) durch. "Da hat sich die PDK zum Vollzieher türkischer Interessen gemacht", kommentiert ein Diplomat, der nicht genannt werden möchte. Auch auf dem 11.Parteitag der PDK in der zweiten Augusthälfte, ließ es der Vorsitzende Massoud Barzani an deutlichen Worten gegen den "Terrorismus der PKK" nicht fehlen. Unkenrufe von einer erneuten Konfrontation zwischen den beiden kurdischen Parteien werden vom PDK Hauptquartier dementiert. Solange sich die PKK an die Abmachung hielte, habe sie nichts zu befürchten, heißt es dort. Die Redaktionsleitung von "Welat" betont ihrerseits, daß sie zu Gesprächen bereit ist und die Auseinandersetzung um ihre Zeitung nicht eskalieren möchte. Während nun in Arbil ein Termin für diese Gespräche festgesetzt wird, hat die Bevölkerung im Norden Angst vor Provokationen. "Hier ist soviel passiert", meint ein junger Mann aus Zakho. "Was hindert die Türkei daran, zu erklären, daß hier Anarchie herrscht und über die Grenze zu kommen?"



Umstrittene Präsenz in Südkurdistan. PKK-Kämpferinnen im Lager Sale an der iranisch/irakischen Grenze

Raste Bawer
Übersetzung aus dem Englischen: Ernst Müller

"Sie hat Geld wie Heu..."

Die Islamische Liga Kurdistans auf dem Vormarsch

Auf den Straßen der Stadt ist in der flimmernden Mittagshitze kein Mensch zu sehen, doch die krächzende Stimme aus den Lautsprecher dringt auch durch verschlossene Türen. Es ist Freitags zwei Uhr und die Stimme kommt aus einer der vielen Moscheen. Sie erzählt von der Größe Allahs und verheißt den Gläubigen ewige Seligkeit und, was viel interessanter ist, Reis, Zucker und Mehl.

Aber nur dann, wenn sie zum Freitagsgebet erscheinen. Auch in dem Freitagsunterricht scheint der Grundsatz vom gesunden Geist im gesunden Körper zu gelten; neben Koransuren werden den Schülern Milch und Kekse serviert. Auf dem Markt kostet ein Sack Reis mittlerweile 100% mehr als vor drei Wochen, das Vierfache eines Lehrergehaltes. Kein Wunder, daß sich da immer mehr Menschen über die Allmächtigkeit Allahs Gedanken machen.

In Rania, einer Kleinstadt in der kurdisch verwalteten Region im Nordirak, knapp 30 km von der iranischen Grenze entfernt, liegt die große Moschee an der Hauptstraße, die Mehl- und Reissäcke, die sich im Vorhof stapeln sind von der Straße aus zu sehen. Da ist es nur normal, daß viele der Einwohner in den vergangene Wochen "erleuchtet" wurden.

Rania ist eine der Hochburgen der "Islamischen Liga Kurdistans" (ILK), eine andere ist Halabja, ebenfalls direkt an der iranischen Grenze gelegen. Ungefähr 60 Moscheen gibt es mittlerweile in der 45.000 Einwohnerstadt und ihrer unmittelbaren Umgebung. Ein großer Teil der Menschen, die heute in Halabja leben, waren 1988 nach den Giftgasangriffen auf die Stadt in den Iran geflohen. In den unterversorgten Flüchtlingslagern dort hatte die ILK das gleiche zu bieten wie heute in der kurdisch verwalteten Region: enorme finanzielle Möglichkeiten, mit denen sie Versorgungslücken schließen konnte. So konnte sie sich einen Teil ihrer Anhängerschaft schon in das wiederzubesiedelnde Halabja mitbringen. Nachdem sie jedoch im vergangenen Jahr den Sprung ins kurdische Regionalparlament auf Grund des schlechten Gesamtergebnisses nicht geschafft hatte (das Ergebnis in der Grenzregion hätte gereicht), rüstete die IKB auf. Heute ist die Stadt Halabja von bestens ausgestatteten Stützpunkten umgeben. Hinter Erdwällen ragen die Rohre von Artilleriegeschossen hervor, an Gerät fehlt es der ILK ganz sicher nicht. "Vor wenigen Wochen waren diese Stellungen noch in der Stadt" erklärt der Polizeidirektor von Halabja. "Dann gab es eine Regierungentscheidung, daß ihre Waffen in der Stadt nicht mehr geduldet sind, jetzt mußte die ILK ausziehen und hat die Stadt praktisch umzingelt."

Daß sie durchaus auch "handfest" werden kann, hat die ILK über die letzten Monate weg in Halabja hinreichend bewiesen. "Zwei Tage vor der Aufführung wurde ich zum Bürgermeister gerufen und mir wurde klargemacht, daß die Premiere unseres Stückes besser nicht stattfinden sollte. Die ILK hatte ihn bedroht." erzählt der Schauspieler Emir Pasa. Er hatte zusammen mit seinen Kollegen ein Stück des türkischen Satirikers Aziz Nesin vorbereitet, in dem auch ein Mullah vorkam. Als er es entgegen allen Drohungen doch aufführte, wurde die Bühne attackiert, just als der Mullah auftrat. In dem Buchladen an der Hauptstraße wird die Monatszeitschrift der kommunistischen Partei nur noch verschämt unter dem Ladentisch verkauft. Die KP stellt sogar einen Minister in der Regionalregierung, politische Schwierigkeiten dürfte es also nicht geben. Seit aber die ILK vor einige Monaten den Buchladen einer marxistischen Organisation in Halabja angezündet hat, fürchtet sich der Ladenbesitzer. Nicht nur gegen die extreme Linke, auch gegen die "westliche Präsenz" hatte sich die Aggression der IKB, die nach eigenen Aussagen "eine islamische Staatsordnung in Kurdistan" anstrebt, gerichtet. Eine deutsche Hilfsorganisation in Halabja hatte von einem der ILK nahestehenden Ärzte klipp und klar gesagt bekommen, daß "ihr hier absolut nicht gebraucht werdet." Die Wachen vor dem Krankenhaus wurden daraufhin verstärkt und die Deutschen, bei denen es sich zufällig auch noch um zwei Frauen handelte, blieben.

"Seit der Geldkrise hier bei uns haben es die Islamis nicht mehr nötig, zur Gewalt zu greifen oder einzuschüchtern", sagt einer der Ärzte aus dem Krankenhaus Halabja. "Die haben Geld wie Heu. Seit hier an der Grenze alles so teuer geworden ist, kann sich in Halabja keiner mehr die elementarsten Dinge leisten, wenn sie dann mit den Reissäcken winken, dann gehen die Leute eben zu ihnen."

"In unserer Gesellschaft hat der Islam traditionell keinen großen Einfluß. Der Islam wurde nachträglich aufgesetzt, er kam aus der arabischen Gesellschaft, die ganz andere Lebensbedingungen hatte als die kurdische. Bis heute spielt die Religion im gesellschaftlichen Leben keine besondere Rolle", meint Professor Sadi Berzenci von der Universität Hewler. Der Dekan der juristischen Fakultät, stammt selber aus einer Familie, die wichtige Scheichs hervorgebracht hat. Als einer der besten Kenner islamischer Ideologien und Strömungen im Irak warnt er trotz der oben zitierten Einschätzung davor, die ILK auf die leichte Schulter zu nehmen: "Dieser Tage befindet sich unsere Gesellschaft in einer ökonomischen Krise von einem Ausmaß, wie sie es nie zuvor erlebt hat. Viele Menschen sind bereit, sich an jeden vorhandenen Strohhalm zu klammern." In die gleiche Kerbe schlägt der Journalist und Autor Felaqqedin Kakai, Abgeordneter im kurdischen Regionalparlament: "Unsere Leute haben unter Saddam gelitten, der wurde von der UdSSR unterstützt, damals haben sie verstanden, daß aus dieser Ecke keine Gerechtigkeit für die Kurden kommt. Dann kam der Aufstand und es hat sich gezeigt, daß auch die kurdischen Parteien mit Hilfe der westlichen Alliierten die Krise nicht beheben konnten. Jetzt bietet sich als Alternative nur noch die ILK an. Deshalb ist sie gefährlich."

Ein Mitglied der marxistischen "Partei der Werktätigen" zieht Vergleiche zur palästinensischen Situation: "Ich möchte die ILK nicht mit der Hamas gleichsetzen, aber es gibt unübersehbare Parallelen und die liegen darin, daß es hier wie dort nicht möglich war, die Bedürfnisse der Bevölkerung nach dem Aufstand zu befriedigen. Unsere Selbstverwaltung hier kann das ökonomische Überleben der Menschen genausowenig sichern, wie die PLO das in den Intifadagebieten kann (das Interview fand vor dem Vertragsabschluß zwischen Arafat und Rabin statt, d.A.) So sind die Menschen durchaus bereit weiterzukämpfen, vor allem wenn sie auch noch entsprechend materiell unterstützt werden."

Anstatt auf die aufkommende Religiosität zu starren wie das Kaninchen auf die Schlange, meint er, ist eine Analyse des Scheiterns von Entwicklungskonzepten und der Selbstverwaltung angebracht. "Denn die islamische Bewegung hat hier zwei Vorteile, einmal ist ihr Konzept noch nicht ausprobiert und demnach auch noch nicht gescheitert, zum zweiten wird sie mit allen Mitteln ausgestattet, die zumindest vordergründig Lücken füllen können."

Die ILK hat sich Krankenhäuser und Schulen als Schwerpunkte ihrer Aktivität ausgesucht. "Bei uns versuchen sie die Belegschaft zu organisieren", berichtet die Röntgenärztin Dr. Ala aus Sülaymania. "Das Krankenhauspersonal verdient enorm wenig Geld, und sie geben denen, die sich ihnen anschließen, noch was dazu. Dann verfügen sie über Medikamente, die wir zum Teil im Krankenhaus nicht haben. Vertreter des iranischen Rotens Halbmondes haben mehrmals das Krankenhaus besucht und zusammen mit ihnen Medikamente angeboten. Ich kann nicht sagen, daß ihre Bemühungen erfolglos sind." Dr. Ala selber ist in der unabhängigen Frauenunion, einer linksgerichteten parteiunabhängigen Frauengruppe organisiert. Auch diese Gruppe versucht arbeitende Frauen, vor allem auf dem Gesundheitssektor zu mobilisieren. Neben der Tatsache, daß sie mit wesentlich weniger Mitteln ausgestattet sind, wurden sie und ihre Freundinnen selber Ziel islamischer Aggression. Mehrere Mitglieder der Frauenunion in Sülaymania und Halabja wurden von der ILK bedroht oder in einigen Fällen sogar angegriffen.

Auch in der kurdischen Hauptstadt Arbil ist die ILK mittlerweile ein Begriff, auch wenn ihre Aktivitäten dort wesentlich geringer sind als in der Grenzregion und der grenznahen Stadt Sülaymania." Der stellvertretende Innenminister kann über einige schwebende Verfahren gegen Mitglieder der ILK berichten: "Wir wissen, daß sie aktiv versuchen, die Lage zu destabilisieren und gegen unsere Regionalregierung vorzugehen. Da wo es zu Übergriffen gekommen ist, wie etwa gegen eine Zollstation in Arbil, haben wir die Leute festgenommen." Insgesamt wird aber versucht, die Auseinandersetzung mit der größten außerparlamentarischen Partei in der kurdisch verwalteten Region nicht zu eskalieren. "Wenn sie sich an die Spielregeln hält, dann kann die ILK natürlich politisch arbeiten", heißt es im Innenministerium.

Wo all der Reichtum der ILK herkommt, darüber schweigen sich deren Mitglieder aus. Im Gegenteil, in Gesprächen beschweren sie sich über "mangelnde Unterstützung aus der islamischen Welt." Bauern an der iranischen Grenze wissen aber zu berichten, daß ein großer Teil des Schmuggels zwischen Iran und der kurdischen Region von ihnen kontrolliert wird. "Sie kommen immer über die Grenze, auch wenn sie für uns zu ist", meint einer der "normalen" Schmuggler aus Halabja. Fest steht jedoch auch, daß bei der Lebensmittelverteilung an die "erleuchtete" Bevölkerung die "International Islamic Relief Organisation" einspringt, die nachweislich von Geldern aus Saudi Arabien und Kuwait finanziert wird, aber trotz der verschiedenen Ausrichtung nicht in offener Konkurrenz zur ILK steht. Bislang hat diese Organisation in Halabja, wo ca. 7-8.000 Familien wohnen, von denen weit über die Hälfte über keinerlei Einkommen verfügt, genau 170 "bedürftige Familien" registriert. "Wahrscheinlich die, die in die richtige Moschee gehen", meint ein Vertreter einer internationalen Hilfsorganisation, der daraufhin dafür plädierte, Halabja auf die Prioritätenliste des "World Food Programme" (WFP) zu setzen, um eine Ausweitung des Einflusses zu vermeiden. Nach einer grundsätzlichen Lösung sieht das allerdings nicht aus. In Arbil macht das Schlagwort von Kurdistan als "neuem Libanon" die Runde. Ökonomische Konzepte, die einer solchen Entwicklung entgegengesetzt werden könnten, lassen auf sich warten.

me

Damit das Denken nicht *die Richtung* verliert



Das Buch beschreibt den Müll, mit dem wir leben. Es untersucht kritisch alle Aspekte der Abfallentstehung, -lagerung und -entsorgung.
1993. Dietz-TB 57,
DM 29,80 / öS 233,00 / sFr 30,80



Die Bände 4 und 5 des 8teiligen Werkes thematisieren in Übersichten und Länderanalysen die Regionen West-, Zentral-, Ost- und Südafrika.
1993. 560 S., Hc.,
DM 49,80 / öS 389,00 / sFr 50,80



Lassen sich militärische Konflikte durch Einmischung von außen beenden? Dargestellt an den Fallbeispielen Jugoslawien, Somalia und Kambodscha.
1993. Dietz-TB 53,
DM 19,80 / öS 155,00 / sFr 20,80



„**W**as den Herausgebern mit den Länderdarstellungen gelungen ist, sucht seinesgleichen ..."
Die Weltmission 4/93
1993. 580 S., Hc.,
DM 49,80 / öS 389,00 / sFr 50,80



Die Gesundheit der Welt im Überblick: 35 ausführlich kommentierte, vierfarbige Weltkarten, Grafiken und Tabellen präsentieren die Daten auf einen Blick.
1993. Großbroschur,
DM 29,80 / öS 233,00 / sFr 30,80

Bücher aus dem Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn





Zum Frieden gebombt?

Libanesische Bekaa-Ebene, 1993 Überreste einer libanesischen Ambulanz

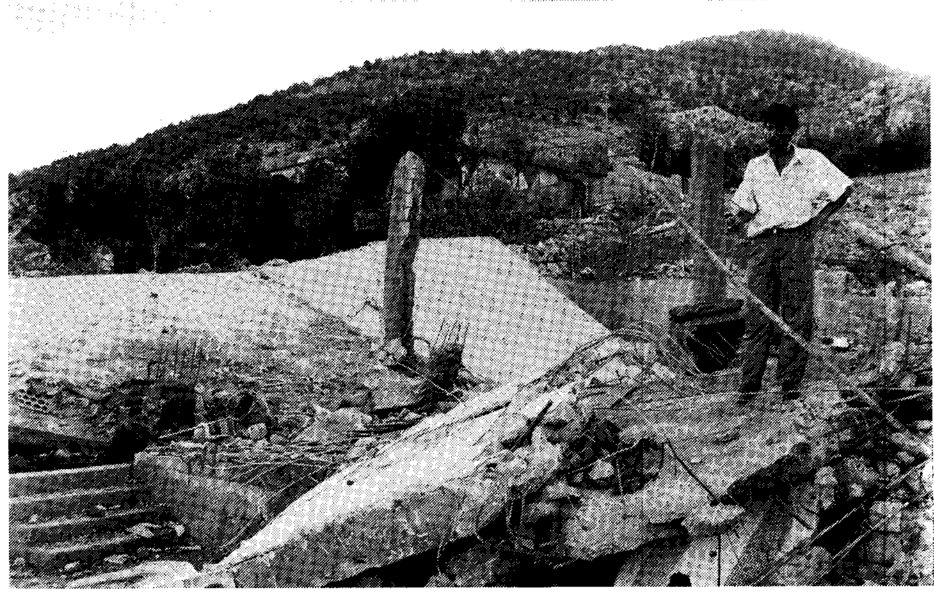
Vom 24. bis 31. Juli bombardierte die israelische Armee den Südlibanon. Sie zwang annähernd eine halbe Million Menschen zur Flucht. Angriffe, die in ihrer Intensität schlimmer waren als alles, was der libanesische Süden seit Ausbruch des libanesischen Bürgerkrieges erlebt hat, wie der BBC-Journalist Jim Muir berichtete. Wir veröffentlichen einen Bericht von Ronald Ofteringer, der im Rahmen einer Hilfsaktion von medico international unmittelbar nach den Angriffen im Südlibanon war.

Al-Bazuriye: ein Großdorf mit mehr als 20.000 Einwohnern unweit von Tyros. Die ersten israelischen Artilleriegranaten haben hier fünf Todesopfer gefordert. Die israelische Armee hatte über Rundfunk die Bombardierung des Dorfes angekündigt, aber nicht alle waren rechtzeitig weggekommen, und die Angriffe begannen pünktlich. Wir besuchen eine der Familien. Der Mann führt uns auf den Hof seines Hauses, dessen Decke und eine Gebäudeseite zerstört sind. Seine Frau und eine Tochter wurden tödlich getroffen, als sie auf einer Leiter in den schützenden Keller herunterkletterten. Die Nachbarn haben sich im Hof versammelt und schauen schweigend zu, wie wir durch das halb zerstörte Gebäude gehen. Trauer und auch Angst in ihren Gesichtern, denn niemand weiß, ob sich die Angriffe nicht bald wiederholen. Nach dem Katjuscha-Abkommen, wie der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hizbollah genannt wird, sind alle Bewohner wieder in das Dorf zurückgekehrt.

Neben den wahllosen Artillerieangriffen und dem planmäßigen Zusammenbomben ganzer Dörfer und Stadtteile erfolgten zielgenaue Punktoperationen mit lasergesteuerten Waffen und Vakuumbomben. Schläge gegen vermeintliche oder tatsächliche Führer des südlibanesischen Widerstandes. "Wir sind hier die Versuchskaninchen für die Erprobung neuartiger Waffen", sagt einer der Umstehenden. Die israelische Armee mit ihrer Luftüberwachung, moderner elektronischer Aufklärung und nicht zuletzt einem System lokaler Informanten erweckt den Eindruck, als kenne sie jedes Haus. Der südlibanesische Widerstand, in dem Hizbollah die dominierende Kraft darstellt, operiert klandestin und ohne feste Basen. Er war auch nach den Angriffen in der Lage, die israelische Armee ernsthaft zu treffen.

Majd al-Silim: ein Dorf im Süden von Tyros in Sichtweite der israelischen Posten im besetzten Grenzstreifen. Ein Gebiet, in dem Angriffe der Israelis keine Seltenheit sind. Zum ersten Mal allerdings gibt es Zerstörungen in diesem Ausmaß: 124 Häuser sind beschädigt, sieben Häuser wurden ganz, 13 teilweise zerstört. Ein alter Mann sitzt vor den Trümmern seines Hauses, aus dem die Habseligkeiten geborgen werden: Kühlschrank, ein paar Möbel und Haushaltsgeräte stehen im Freien, in den Trümmern Kleider und Schulbücher. Der "Jihad al Bina", die Wiederaufbauorganisation der Hizbollah, hat hier schon mit dem Wegräumen der Trümmer begonnen. Junge Männer mit dem Jihad-Emblem auf der Brust schaufeln die Überreste eines kleinen Hauses auf einen Anhänger.

Über dem Tal, in dem seit dem 18. Dezember die 400 deportierten Palästinenser aus den besetzten Gebieten ihr Dasein fristen, liegt die Ortschaft Libbaya. Ein armes Bergdorf mit einfachen einstöckigen Steinhäusern. Hier ist Hizbollah zwar präsent, durchaus aber nicht dominant. Unter ihren Emblemen sitzen rauchende junge Frauen, unverschleiert, und Plakate weisen auf den örtlichen Kandidaten der kommunistischen Partei. Hier haben eine palästinensische Hilfsorganisation und die libanesischen Volkshilfe mit Unterstützung von medico international eine provisorische Gesundheitsstation in einem Zelt aufgebaut, wo die Rückkehrer behandelt werden. Am Ortsrand sind eine ganze Reihe von Häusern zerstört worden. Existenzvernichtung für die Bauern, die nicht nur Haus und Einrichtung verloren



In der Bekaa-Ebene: Unter den Trümmern wurden drei Menschen begraben

haben, sondern auch einen Teil ihrer Tiere. Wieder war es Hizbollah, die den Betroffenen als erste eine Fuhre Sand und Zement vor das Haus laden konnte. "Die Angriffe bewirken genau das Gegenteil von dem, was angeblich ihr Ziel ist: sie treiben die Leute hier in die Hände der Fundamentalisten", sagt ein Vertreter der Volkshilfe. Die Regierung ist zwar gekommen, um die Schäden zu evaluieren, hat aber nur symbolische Erstattungsbeträge gezahlt. Youssuf Hajjar, dessen Haus zum zweiten Mal von einer Granate getroffen wurde, kann davon nicht einmal den durchsiebten Blechrolladen seines Geschäfts bezahlen.

Gezielte Massenvertreibung

Für die Bewohner der Dörfer, die am Rand des israelisch besetzten Grenzstreifen liegen, sind die Angriffe der Israelis und der mit ihnen kollaborierenden südlibanesische Armee (SLA) zur Gewohnheit geworden. In der westlichen Bekaa-Ebene, wo sich die israelischen Stellungen auf einer Bergkette über die libanesischen Dörfer erheben, packen die Dorfbewohner die Kinder ins Auto und verlassen die Gegend, wenn in der Nähe Artillerieschüsse zu hören sind. In dem jüngsten Sieben-Tage-Krieg wurde bewußt und planmäßig die gesamte Bevölkerung des Südens und der Bekaa-Ebene "mobilisiert": Die Radiostation der SLA verbreitete ultimative Aufrufe zur Evakuierung der Dörfer und Städte - und warb mit der Bedeutung dieser Bekanntmachungen für Hörer. Nach festgelegtem Plan wurde zuerst die Umgebung der Dörfer bombardiert, bis die Einschläge dann ins Zentrum wanderten. Schließlich folgte die Flächenbombardierung.

Nach Angaben der Regierung, des "Rates für den Süden" und der UN wurden etwa 1.500 Häuser vollkommen zerstört, die Zahl der teilweise zerstörten und beschädigten Häuser liegt bei 18.000. In einigen Gebieten mußte der Rat für den Süden jedoch mit einer zweiten Schadensschätzung beginnen, weil es gegen die erste lautstarken Protest gegeben hatte. Nach UN-Schätzung beläuft sich der Schaden an Gebäuden und Einrichtung auf 51 Mio. US$. Für Wiederaufbaumaßnahmen hat die UN-Abteilung für Humanitäre Angelegenheiten ein Programm von 15 Mio. $ für den Wiederaufbau vorgesehen. In der Landwirtschaft hat es Schäden vor allem an Weidetieren, Kleinvieh, in Gärten und dorfnahen Kulturen gegeben, die z.T. erheblich sind. Bei den Angriffen sind mehrere große Wassertanks und Pumpleitungen zerstört worden. In 27 Dörfern und Stadtteilen sind die lokalen Versorgungseinrichtungen zerstört worden. Bei den Angriffen sind sechs Gesundheitszentren zerstört und ca. 42 beschädigt worden. In mindestens sechs Fällen sind Ambulanzen aus der Luft angegriffen oder durch den gezielten Abwurf von Bomben auf die Fahrbahn außer Gefecht gesetzt worden. In der Nähe des Dorfes Qilya in der westlichen Bekaa-Ebene haben wir das Wrack einer völlig ausgebrannten Ambulanz gesehen, die aus der Luft bombardiert worden war. Zwei Menschen kamen dabei ums Leben.

Neue Wege der Opposition

Hizbollah hat sich als schiitisch-konfessionalistische Partei in blutigen Kämpfen im eigenen Lager durchgesetzt. Ihr Hauptaktionsfeld ist der mit iranischer und teilweise syrischer Unterstützung geführte Widerstand gegen die israelische Besatzung im Südlibanon. Aber sie spielt durchaus auch eine Rolle als gesellschaftliche Opposition. Ihre acht Parlamentsabgeordneten sind die vehementesten Kritiker der Regierung und machen sich dort zum Sprachrohr der Armutsbevölkerung. Von der Forderung nach der Errichtung einer islamischen Republik hat der geistige Führer von Hizbollah, Scheich Mohammad Fadlallah, in jüngster Zeit wieder Abstand genommen. Auch im kulturellen Bereich beharrt Hizbollah, vielleicht auch nur aus taktischen Gründen, nicht mehr wie früher auf die Durchsetzung restriktiver sozialer Regeln. Badeverbote in Küstenorten und die Forderung nach religiöser Erziehung in den Schulen wurden teilweise wieder zurückgenommen. Hizbollah hat ihre konfessionellen Grenzen überschritten und bemüht sich politisch, durch nachbarschaftliche Organisierung und ein breites soziales und gesundheitliches Netzwerk um Einfluß auch unter den anderen Konfessionen. Dabei haben sie durchaus Sympathien z.B. unter jungen Palästinensern gewonnen, die angesichts der Krise der PLO und des Abkommens zwischen PLO und Israel nach einer neuen Vertretung und Stütze suchen. Selbst wenn die militärischen Aktivitäten von Hizbollah bald unterbunden werden sollten, wird sie als politische Partei und soziale Institution weiterexistieren.

Zerstörung und Drohung

Das Ziel der Angriffe war ein politisches. Die Kosten für die Unterstützer des Widerstands - getragen durch Hizbollah - sollten

HILFSPROJEKTE FÜR ARMGEHALTENE MENSCHEN IM LIBANON

medico international arbeitet seit vielen Jahren mit der unabhängigen soziale Hilfsorganisation "Popular Aid for Relief and Development" (PARD) zusammen.
DAS ZIEL: Soziale und medizinische Basisbetreuung palästinensischer Vertriebener. DER ORT: Eine Gesundheitsstation in Sabra. In der Ruine des ehemaligen Krankenhauses des Palästinensischen Roten Halbmonds. DIE MENSCHEN: Überlebende des Massakers und der Belagerung von Schatila. UNSER WUNSCH: Wahrung der menschlichen Würde und der blanken Existenz der Flüchtlingsmenschen Palästinas.
medico international hat die sozialmedizinische Arbeit im Libanon seit neuestem durch verschiedene Projekte deutlich verstärkt. Die Arbeit von PARD bezeichnet nur eine dieser Initiativen.

Bitte helfen Sie. Helfen Sie mit unter dem Stichwort: "Libanon".

Spendenkonten:
1800 Frankfurter Sparkasse
(BLZ 500 502 01)
6999-508 Postgiro Köln (BLZ 370 100 50)



Obermainanlage 7 I 60314 Frankfurt I Tel.: 069/24438-0

durch weitreichende Zerstörung des sich gerade im Wiederaufbau befindenden Landes und durch die planmäßige Vertreibung eines Großteils der Bevölkerung hochgeschraubt werden. Zudem waren die Angriffe ein Versuch, durch den erhöhten Druck auf den Libanon das labile Kräfteverhältnis dort wieder durcheinander zu bringen und den Bürgerkrieg neu zu entfachen. Die Angriffe waren eine Einladung an die antisyrischen Kräfte wie die 'Forces Libanaises' und die Anhänger des General Aoun, die Frage nach der syrischen Präsenz im Land zu stellen. Die Regierungen der nationalen Versöhnung seit der Unterzeichung des Taif-Abkommens (1989), haben sich auf die Befreiung des libanesischen Südens von der israelischen Besatzung unter Berufung auf die UN-Sicherheitsresolution 425 festgelegt, während der Rückzug der syrischen Armee bilateral zu regeln sei. Aoun und die 'Forces Libanaises', beide sonst zutiefst verfeindet, fordern den sofortigen Abzug der Syrer.

Syrien, das im Vorfeld der Angriffe in der israelischen Presse als Unterstützer des Terrorismus gebrandmarkt worden war, sollte zur Entwaffnung der Hizbollah, vor allem aber zu Zugeständnissen in den Nahostverhandlungen gezwungen werden. Im Fall von Hizbollah erlitt Israel eine Niederlage - das Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und der Hizbollah untersagt lediglich Angriffe auf Nordisrael, nicht aber Widerstandsaktionen im Südlibanon. Mit Syrien indes, so ein israelisches Regierungsmitglied, kam man sich im Zuge der diplomatischen Kontakte zur Einstellung der Angriffe auf den Südlibanon näher als in zehn Nahostverhandlungsrunden.[1] Deutlich wird dadurch, daß für die Syrer Hizbollah und der südlibanesische Widerstand gegen die israelische Besetzung keine Prinzipienfrage ist, sondern eine Trumpfkarte, die bei einer entsprechenden Gelegenheit preisgegeben wird.

Israil tudammir, Suriya tuammir: Israel zerstört, Syrien baut wieder auf war der Slogan, mit dem die syrische Regierung ganze LKW-Konvois mit Hilfslieferungen (Zement und Lebensmittel) in den Libanon schickte. Dem wurde im Libanon mit Skepsis begegnet: zum einen gibt es einen nicht unerheblichen Warenfluß vom Libanon nach Syrien, den diese Hilfe kaum kompensiert - darunter auch Zement aus dem Nordlibanon. Zum anderen ist Syrien durchaus an dem Einigungsprozeß beteiligt, der sich hinter den Kulissen des siebentägigen Krieges abspielte, so daß der Eindruck entsteht, daß Syrien die Zerstörungen bewußt hat geschehen lassen.

Ronald Ofteringer

Anmerkung:

1) "Hinter den Verhandlungen mit Artillerie und Katjuscha steckt das ausweglose Problem von Sicherheitsarrangements für den Golan", von Randa Haidar, Al-Hayat 21.8.1993

Noch immer Schauplatz fremder Politik

Interview mit Najah Al-Wakim

Najah Al-Wakim gilt als der einzige libanesische Parlamentarier, der nicht über die Listen der einflußreichen konfessionellen "Leader" ins Parlament gewählt wurde. 1972 wurde er als 18jähriger für eine nasseristische Organisation aufgestellt und auch 1992 bei den ersten Wahlen seit dem Bürgerkrieg wieder gewählt. Er ist eine der wenigen oppositionellen Stimmen im Parlament. Während des Bürgerkrieges hat er vier Anschläge überlebt.

Wie hat die Regierung auf die israelischen Angriffe reagiert?

Als Ministerpräsident Hariri gefragt wurde, ob sich durch den Krieg die Prioritäten für den Wiederaufbau verändert haben, antwortete er, der Wiederaufbau hätte sich nur um eine Woche - solange dauerten die Angriffe - verschoben. Das deutet weniger auf seine Hartnäckigkeit als vielmehr auf seine Dummheit. Denn diese Regierung betrachtet den Frieden als etwas Sicheres, sogar Unausweichliches, das per amerikanischer Entscheidung eintritt. Die Regierung spricht ständig von der Zeit nach dem Friedensschluß.

Welche Bedeutung hat die Regierung von Rafiq Al-Hariri für den Libanon?

Rafiq Al-Hariri ist zu einem Zeitpunkt in Erscheinung getreten - und ich denke, daß das kein Zufall ist - als es den Vereinigten Staaten darum ging, eine Verhandlungslösung der Nahostfrage durchzusetzen. Dies geschah nach dem Golfkrieg, dem Zerfall der Sowjetunion, nach einer Reihe von Veränderungen in der Welt. Die USA hat viele Arabische Staaten unter ihre Kontrolle gebracht, vor allem die Ölstaaten haben gemeinsame arabische Positionen aufgekündigt. Es wäre eigentlich im Interesse Syriens und der Palästinenser gewesen, in diesen Verhandlungen einen gemeinsamen Standpunkt zu vertreten, und dabei auch noch von den reichen arabischen Staaten unterstützt zu werden. Sie hätten sagen müssen: wir nehmen nicht an multilateralen Verhandlungen teil, die die Normalisierung bedeuten, bevor wir unsere Rechte, d.h. das Land, zurückholen. Aber Amerika hat erfolgreich Druck ausgeübt, so daß es zu zwei parallelen Verhandlungsprozessen gekommen ist: dem bilateralen und dem multilateralen Prozeß. Bei dem multilateralen Prozeß geht es darum, eine Normalisierung der Beziehungen der arabischen Staaten zu Israel, dem Ergebnis der Verhandlungen vorwegzunehmen. Rafiq Hariri und seine Regierung haben sich von Anfang an bemüht, den Libanon zum Schauplatz dieser Normalisierung zu machen. Ein Bericht der Weltbank, den der ehemalige Chef der israelischen Zentralbank verfaßt hat, spricht von einer temporären Rolle für den Libanon, von einem Zeitraum von zwei Jahren. Als ob der Libanon kurzfristig Katalysator sein solle im Prozeß der arabisch-israelischen Normalisierung.

Welche Haltung nimmt dabei Syrien ein?

Daß Syrien der Einsetzung Hariris zugestimmt hat, bedeutet ein gewisses syrisches Einverständnis. Aber Syrien hat Hariri nicht unbeschränkte Gestaltungsfreiheit gelassen, sondern seinen Verbleib auf dem Sessel des Ministerpräsidenten von Fortschritten in den bilateralen Verhandlungen abhängig gemacht. Man stellt schnell fest, daß hier im Libanon sowohl das Regierungslager als auch die Opposition syrisch geprägt ist. Warum hat z.B. Hussein al-Husseini (ein traditioneller schiitischer Leader, der eine zeitlang Parlamentspräsident war R.O.) plötzlich seine vorher betonte Hoffnung in Bezug auf die Nahostverhandlungen aufgegeben, oder, besser gesagt, wurde er zur Aufgabe seiner Hoffnung bewegt? Weil die Verhandlungen in der 9. Runde ins Stocken gerieten. Er fing plötzlich an, aus einer oppositionellen Position gegen die Verhandlungen zu tönen. Das war meiner Ansicht nach eine deutliche Geste der Syrer an die USA: wenn die Verhandlungen so weitergehen, sind wir

in der Lage, die Politik von Hariri, der ja von euch protegiert wird, zu obstruieren.

Wie wirkt sich die Politik der Regierung konkret aus?

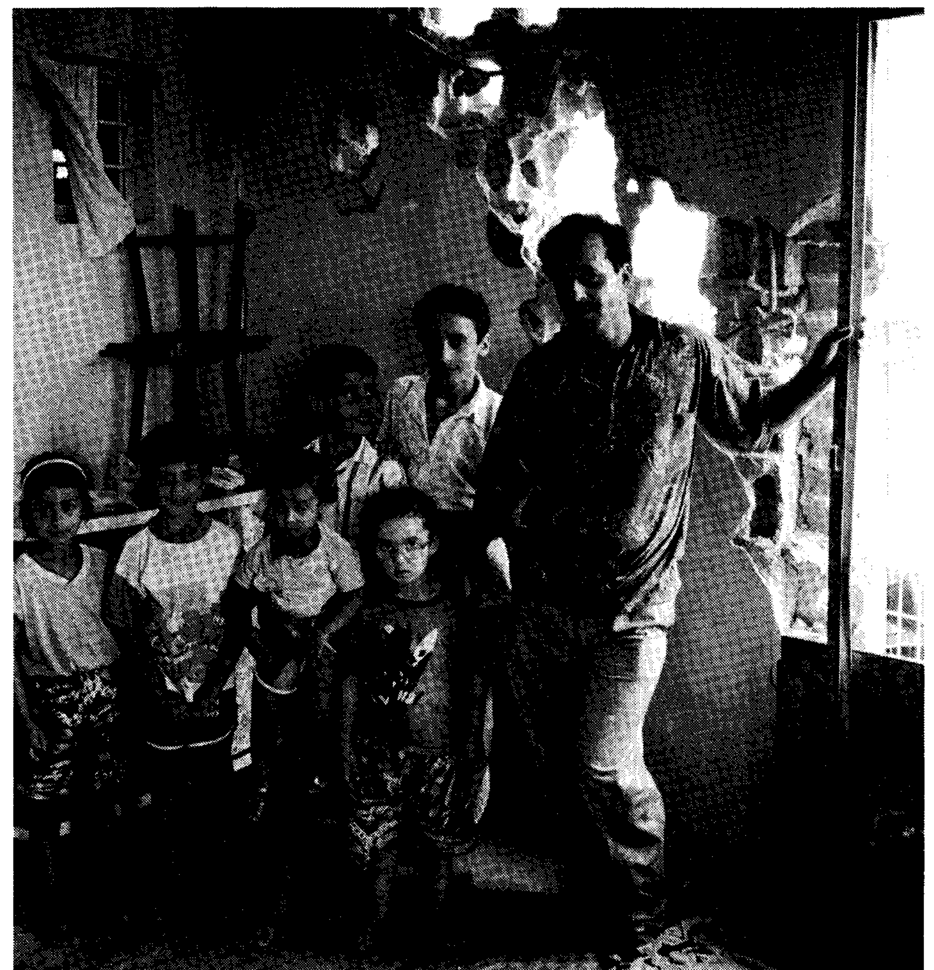
Hariri ist mit dem Versprechen angetreten, daß der Libanon Unterstützung aus dem Ausland für den Wiederaufbau erhält. Diese Hilfen aus dem Ausland kamen aber nicht. Stattdessen wird der Weg der Verschuldung beim Ausland beschritten. Dabei haben wir als Warnung das ägyptische Beispiel vor Augen. Seit Ägypten einen proamerikanischen Kurs eingeschlagen und mit Israel Frieden geschlossen hat, hat sich das Land durch Verschuldung in immer größere Abhängigkeit begeben.

Hariris Banken, das von ihm kontrollierte Kapital, oder genauer, das Kapital, das ihn kontrolliert, fügt dem Libanon großen Schaden zu. Ich bin der Ansicht, daß dieses Kapital nicht Rafiq Hariri selbst gehört, sondern daß er dieses Kapital lediglich wie ein Angestellter verwaltet. In den Monaten März und April 1992 hat er es geschafft, 200 Mio. Dollar vom Markt zu nehmen. Diese Spekulationen haben zum Verfall der libanesischen Währung geführt.

Das Defizit im diesjährigen Budget ist größer als in dem des vorigen Jahres. Die libanesischen Exporterlöse sind um 70,5 % im Vergleich zum Vorjahr gefallen. Man kann von einem Prozeß der bewußten Zerstörung des Landwirtschafts- und des Industriesektors sprechen. Im neuen Entwicklungsplan sind 2 Mrd. Dollar für den Ausbau des Flughafens, der Häfen und den Straßenbau vorgesehen, aber nur 580 Mio. Dollar sollen in einem Zeitraum von 10 Jahren in die Entwicklung der Landwirtschaft fließen, von der 40 bis 45% der libanesischen Bevölkerung lebt. Bewässerungsprojekte sind gar nicht vorgesehen. Für den industriellen Sektor sollen in den nächsten Jahren ganze 350 Mio. Dollar bereitgestellt werden, genausoviel wie für die neue Landebahn des Flughafens. Die Investitionspolitik der Regierung konzentriert sich auf den Dienstleistungssektor, also auf Beirut und die Küste. Schon jetzt hat die Abwanderung aus den traditionell vernachlässigten Regionen, dem Süden, der Bekaa-Ebene und dem Norden, dramatisch zugenommen. Der öffentliche Sektor im Libanon hat zwar nicht den gleichen Umfang wie in Ägypten, aber es findet derselbe Prozeß der Privatisierung statt: bei der Stromversorgung, dem Telefonnetz, den Häfen, dem Flughafen. Das offizielle Schulsystem wird zerstört. Der libanesischen Universität steht die Schließung bevor.

Wer ist dieser Rafiq Hariri? Er liebt Immobilien, also spekuliert er. Er liebt die Presse, also kauft er Zeitungen und Journalisten. Er mag Politik, also kauft er sich Abgeordnete. Er sorgt sich um die Wissenschaft, kauft also die Privatschulen auf. Nicht nur das, er erhöht auch noch die Studiengebühren. Wer seine Kinder auf die Schule schicken will, findet das ruinierte öffentliche Schulwesen vor. Den Besuch einer Privatschule können sich die wenigsten leisten. Also kümmert man sich um ein Stipendium. Bei wem? Bei Rafiq Hariri natürlich. So hängt die Schulbildung deiner Kinder vom ersten Tag an vom Kapital Hariris ab.

Wer während des Bürgerkrieges im Libanon Waffen trug, war nicht Besitzer dieser Waffen. Es war kein Krieg der Libanesen, sondern ein Krieg, der mit Libanesen geführt wurde. Ebenso ist der jetzige Friede nicht der Friede der Libanesen. Im Libanon wird leider keine Politik betrieben, die den Willen und die Interessen des libanesischen Volkes berücksichtigt. Immer noch ist der Libanon Schauplatz der Politik der anderen, und dies wegen solcher Herrscher.



Familie in einem beschädigten Haus nach den israelischen Bombenangriffen
Fotos: Ofteringer/medico-Bilderdienst

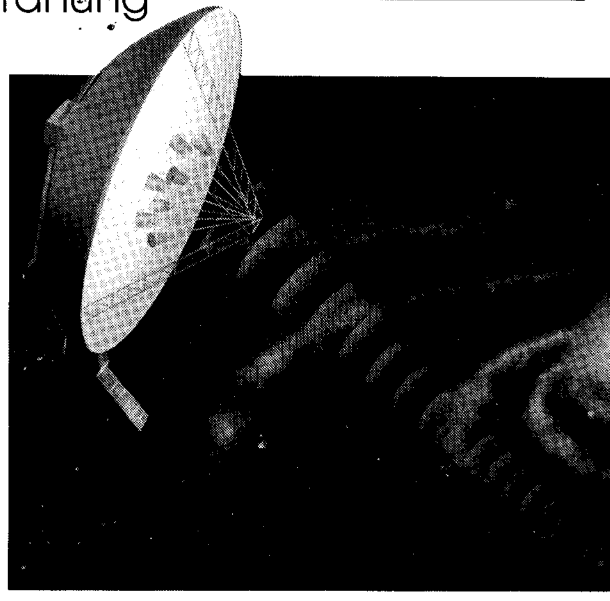
Wie steht es um demokratische Rechte und Freiheiten im Libanon?

All das, was ich gerade geschildert habe, erfordert einen Staat, der extensiv von seinen Repressionsinstrumenten Gebrauch macht. Die Regierung überläßt einen Teil der libanesischen Gewässer Israel - ein Umstand, den die libanesische Bevölkerung keinesfalls akzeptieren kann. Denn der Litani-Fluß z.B. ist Eigentum des Libanon, zu hundert Prozent. Eine Regierung, die so mit den nationalen Reichtümern umgeht, muß die freie Meinungsäußerung im Inneren unterdrücken. Dabei ist es sicher kein Zufall, daß seit dem Amtsantritt der Regierung Hariri der Staat versucht, die staatlichen und privaten Medien zu kontrollieren. Es ist kein Zufall, daß der Libanon ein Land ohne Opposition ist. Ein Gesetz zur "Organisierung des Pressewesens" ist in Vorbereitung. Wir konnten gerade erleben, wie der Staat versucht hat, die Gewerkschaften unter Kontrolle zu bekommen. Diesmal ist er noch gescheitert, aber beim nächsten Mal gelingt es ihm vielleicht.

Ein anderes Beispiel: Früher konnten internationale humanitäre Organisationen direkt Hilfen an ihre libanesischen Partnerorganisationen übergeben. Heute muß der Weg über das Gesundheitsministerium beschritten werden. Wir alle wissen, wie korrupt der libanesische Staat ist. Wenn internationale Hilfe hereingelassen wird, wird sie an Organisationen weitergegeben, die der Regierung nahestehen, nicht an Organisationen, die wirklich etwas für die Bevölkerung tun.

Nach den Parlamentswahlen schrieb eine Zeitung, daß dies ein Parlament ohne Opposition sei. Alle Abgeordneten scheinen denselben Geschmack zu haben, denn alle kamen nach den Wahlen mit denselben Autos in derselben Farbe angefahren - Geschenke von, oder besser gesagt, Bestechung durch Hariri. Woran ihr übrigens beteiligt seid, denn es handelt sich um Autos von Mercedes-Benz.

Das Interview führte
Ronald Ofteringer am 22.8.93



Vorwort

Mit dem Ende des Sozialismus ist eine langgehegte Wunschvorstellung des kapitalistischen Westens Wirklichkeit geworden, der freie Informationsfluß rund um den Globus. 'Free Flow of Information', so lautete auch die Formel, mit der die USA und Westeuropa in der zweiten Hälfte der 70er Jahre gegen die Länder der Dritten Welt angetreten waren, die das Informationsmonopol des Nordens in Frage stellten und eine Neue Weltinformationsordnung forderten. Kampfplatz war die UNESCO, deren Belgrader Konferenz von 1980 inklusive der dort verabschiedeten Resolution auf der Basis des MacBride Reports den Höhepunkt der Debatte markiert.

Der irische Ex-Außenminister und Friedensnobelpreisträger Sean MacBride hatte in seiner Studie im wesentlichen das Einbahnstraßensystem des Informationsflusses von Nord nach Süd aufs Korn genommen und u.a. gefordert, die Entwicklungsländer sollten zu einer größeren Unabhängigkeit im Informationsbereich gelangen und die Kooperation untereinander ausbauen. In diesem Kontext sollte auch die staatliche Kontrolle über die Medien verbessert werden.

Die Industrieländer erblickten in dieser Forderung einen Freibrief für staatliche Zensur und schoben damit die Debatte um die Struktur der Weltinformationsordnung auf das Nebengleis Pressefreiheit. Bezeichnenderweise begründeten die USA ihren schließlich 1984 vollzogenen Austritt aus der UNESCO u.a. mit unterstellten "prosowjetischen Tendenzen".

In den achtziger Jahren kam die Debatte um die neue Weltinformationsordnung weitgehend zum Erliegen. Heute wartet man auf ihre Wiederauferstehung. Das Ende des Ost-West-Konfliktes, der die Debatte im Rahmen der UNESCO-Konferenzen seinerzeit blockierte, hat immerhin den Weg dazu geebnet.

Die Analysen aus der Zeit, etwa der erwähnte MacBride Report, sind in ihren Grundaussagen nicht überholt, ebensowenig wie die vorgeschlagenen Lösungen. Der 'Free Flow of Information', dem dank der modernen Satellitentechnologie sogar noch Flügel gewachsen sind, schert sich weniger denn je um die Souveränität der Staaten der Dritten Welt. Seine Hauptroute verläuft noch immer von Nord nach Süd. Allerdings existiert auch ein bescheidener Gegenverkehr sowie Süd-Süd-Verzweigungen. Kleine Nachrichtenagenturen des Südens (ips z.B.) haben das Monopol der großen aus dem Norden gebrochen ohne es jedoch an Macht und Bedeutung mit ihnen aufnehmen zu können. (Siehe Beitrag von Jörg Becker in diesem Heft).

Im TV-Unterhaltungsbereich gibt es noch deutlichere Abweichungen von der alten Nord-Süd-Route. Als genereller Trend wurde beobachtet, daß sich in den meisten Ländern des Südens Unterhaltungsproduktionen aus dem eigenen Land oder den Nachbarländern größerer Beliebtheit erfreuen als US-Produktionen. Dieses optimistisch stimmende Bild eines sich ausweitenden Süd-Süd-Austausches wird jedoch etwas relativiert durch einen Blick auf die Struktur des TV-Marktes im Süden. Auch hier sind es einige wenige große Unternehmen, die die Märkte beherrschen. Das populärste Beispiel ist der private brasilianische Gigant 'Rede Globo de Televisao', der seine 'Telenovelas' mittlerweile in 130 Länder exportiert (Siehe Artikel von J.Becker in diesem Heft).

Allzugroßer Optimismus bezüglich des Süd-TVs ist auch deshalb nicht angebracht, weil die Programmproduzenten und -exporteure des Südens nicht zwangsläufig auch in Besitz des Südens sind oder bleiben. Beispiel ist das asiatische Satelliten-TV-Unternehmen STAR-TV , das bislang dem Hong Konger Medienmagnaten Li Ka Shing gehörte und kürzlich in die Hände des australisch-amerikanischen Medienriesen Rupert Murdoch übergegangen ist. Erfolgsrezept von Star-TV, das mit fünf Satellitenprogrammen den asiatischen Raum bis Indien erobert hat, ist eine Mischung von westlichen Programmen mit solchen in chinesischer und Hindi-Sprache.

Erschwerend hinzu kommt, daß die Fernsehproduktionen des Südens die selbe Botschaft verbreiten können wie die des Nordens. Das zeigt ein Artikel von Leslie Sklair mit dem Titel 'Konsumrausch im Weltsystem'. Es braucht überhaupt keinen US-Kulturimperialismus, um die Menschen für die Konsumversprechen des Kapitalismus empfänglich zu machen. 'Globo', 'Televisa' und andere Mediengiganten schaffen das mit ihren Produktionen genausogut.

Solch kritischer Blick auf die Großen des Südens darf jedoch nicht dazu verleiten, alternative Ansätze einfach zu übersehen. Das 1992 ins Leben gerufene Global Televison Network zum Beispiel hat es sich zum Ziel gesetzt, durch die Vernetzung lokaler und regionaler TV-Stationen und der zahlreichen Videoproduktionseinrichtungen des Südens die Südperspektive zu stärken. Ein Artikel in unserem Themenblock stellt das Netzwerk kurz vor.

Alternativen gibt es auch in der Entwicklungspolitik. Manfred Oepen zeigt in seinem Beitrag, wie Medien im Sinne des Brechtwortes - "der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln" - genutzt werden können. Üblicherweise dienen die Medien den Eliten bei der Verbreitung ihrer Botschaft. In Oepens Projektbeispiel sind es Indonesische Müllsammler, die sich per TV und über andere Medien Gehör verschaffen.

Am Schluß steht ein Beitrag, der thematisch unseren Themenblock schon beinahe sprengt - er widmet sich dem klassischen Medium Buch. Wolfram Frommlet beschreibt, wie in afrikanischen Ländern aufgrund des ökonomischen Niedergangs die Buchproduktion und damit das Lesen zum Erliegen kommt. Es besteht die Gefahr des Rückfalls in einen vorgutenbergischen Zustand, so der Autor.

Die Redaktion

Globale Trends im TV-Bereich

Regionalisierung und ein neuer Privatisierungsschub, der auch vor bislang staatlich kontrollierten Fernsehmärkten (z.B. asiatische Länder) nicht halt macht, sind derzeit die wichtigsten Trends auf dem TV-Weltmarkt. In regionalen Kooperationsmodellen, die in allen Teilen der Welt aus dem Boden geschossen sind, zuletzt auf dem afrikanischen Kontinent (AFRO- VISION) liegt für den Süden eine Chance: Der Informationsaustausch innerhalb einer Region verdichtet sich.

Mit dem 1991 gefaßten Beschluß der Regierung in Ruanda, ein eigenes TV-System aufzubauen, gibt es kein TV-freies Land mehr. Bei nach wie vor steil ansteigenden regionalen Diskrepanzen in der Haushaltssättigung mit TV-Geräten (Pro 1.000 Einwohner gab es Mitte der 80er Jahre z.B. 6,7 Geräte in Afghanistan, 72 in Algerien, 164 in Chile, 385 in Italien, 394 in Bahrain, 585 in Japan und 813 in den USA.), gelten für den internationalen TV-Markt der letzten zwei Jahre gleichermaßen folgende Tendenzen: 1. anhaltender Trend zur Privatisierung, 2. verstärkte Regionalisierung, 3. steigende Programmkosten, 4. Aufspaltung einstiger Massenmedien- in Zielgruppenmärkte.



Fernsehen total: Der größte TV-Markt ist in den USA

Den TV-Markt der USA, den größten in sich geschlossenen Binnenmarkt, kann man als eine Art "Vorläufer"-Markt betrachten. Er läßt sich folgendermaßen charakterisieren: 70% aller amerikanischen Haushalte besitzen einen Videorekorder, ein Viertel aller Wohnungen ist mit drei oder vier TV-Geräten bestückt. Der mit 61% aller Haushalte hohe Anteil von Schwarz-Weiß-Geräten in den USA (zum Vergleich: 35% für Deutschland und 21% für Frankreich) ist ein recht guter Indikator für die 37% der Gesamtbevölkerung, die nach amtlichen Kriterien unter der Armutsgrenze leben. In Bezug auf Reichweite und Marktanteil haben die drei großen Networks "ABC", "NBC" und "CBS" immer mehr Terrain gegenüber neuen Sendern verloren ("Home Shopping Network", "Fox Television"). 18% des gesamten amerikanischen TV-Marktes ist Kabel-TV, darunter Stationen, die rund um die Uhr, nur Sport, nur Nachrichten, nur Pop-Musik oder nur Wetternachrichten senden. Das Medien-Unternehmen Turner Broadcasting System in Atlanta (Umsatz 1992: 1,7 Mrd. DM) betreibt fünf der ökonomisch am erfolgreichsten Kabel-TV-Stationen, darunter "Cable News Network" (CNN). Die Zahl der kommerziellen Stationen stieg auf 1.124 an. Während die TV-Sehdauer pro Haushalt in den USA 1950 noch durchschnittlich nur bei 4:35 h lag, stieg sie 1985 auf 7:10 h an und lag 1990 bei 6:53 h.

Was den gegenwärtigen Privatisierungsschub im TV-Sektor von früher unterscheidet, ist sein Einbruch in bislang staatlich kontrollierte TV-Märkte. Das gilt sowohl für das früher kommunistische Osteuropa als

auch für Asien. So wurden 1992 erstmals Zulassungen für private TV-Stationen in Malaysia, Thailand, Indonesien und Indien erteilt.

Mit den weiter stark anwachsenden privatwirtschaftlichen TV-Imperien "Televisa" in Mexico und "Rede Globo de Televisão" in Brasilien erfährt die sowieso stark vorhandene private Komponente der lateinamerikanischen TV-Landschaft ihre Verstetigung.

Beide TV-Imperien weisen strukturelle Ähnlichkeiten auf. Mit einem Jahresumsatz für 1990 von 1,2 bzw. 2,1 Mrd. DM halten sie den Vergleich mit einem europäischen Medienkonzern gut aus (Zum Vergleich: der deutsche Heinrich-Bauer Verlag erreichte 1990 einen Umsatz von 2,4, der französische TV-Sender Canal Plus den von 1,8 Mrd. DM); mit den Familien von Emilio Azcarraga bzw. Roberto Marinho sind beide Konzerne reine Familienbetriebe; beide Imperien sind auf das engste mit der jeweiligen politischen Elite ihres Landes verknüpft; mit anteiligem Besitz an dem spanischsprachigen TV-Sender "Univisión" in Miami und einem TV-Kabel-Sender in Los Angeles dehnt "Televisa" seinen Markt nach den USA aus, während "Globo" mit seinem 60%-Anteil an "Télé Monte Carlo" auf dem europäischen TV-Markt Fuß faßt. Die für beide TV-Imperien typische Produktion von melodramatischen "telenovelas" bedeutet für "Televisa" inzwischen den Export von 30.000 Programmstunden in 52 Länder; "Globo" exportiert seine Serien in 130 Länder.

Die nach demokratischem Verständnis in keiner Form mehr zu tolerierende Verquickung von privatem Medienbesitz und öffentlicher Politik wird in Brasilien und Mexiko augenfällig, aber z.B. auch in Indien, wo T.N. Rama Rao, einer der populärsten Filmschauspieler, bis 1989 Premierminister des Bundesstaates Andra Pradesh war.

Der Oktober 1991 war für die fortschreitende Privatisierung des (zunächst?) europäischen TV-Sektors insofern von historischer Bedeutung, als mit diesem Datum zum ersten Mal in der Geschichte TV-Frequenzen von einer Regierung, nämlich der englischen, an den Meistbietenden versteigert wurden. In anderen westlichen Industrieländern wurden inzwischen entsprechende Regierungsgutachten erstellt. Mit dem Prinzip der Frequenzversteigerung hat sich das Prinzip der Privatisierung vervollkommnet.

Regionale Kooperation als Chance?

Der weltweit zunehmende Trend zur Regionalisierung des TV-Sektors äußert sich zum einen in der inzwischen sichtbar werdenden Konkurrenz privater Medienakteure aus Entwicklungsländern um den jeweils eigenen Markt (z.B. der Einbruch der mexikanischen "Televisa" in den von "Globo" dominierten brasilianischen TV-Markt), vor allem aber in der steigenden Kooperation der staatlich/öffentlich-rechtlichen regionalen Rundfunkorganisationen. Als letzte Weltregion schufen sich afrikanische Rundfunkstationen mit AFRO-VISION im Januar 1991 ein solches Kooperationsmodell. Die früher in Osteuropa und Westeuropa getrennt arbeitenden Rundfunkorganisationen "Organisation Internationale de Radiodiffusion et Télévision" (OIRT) und die "European Broadcasting Union" (EBU) beschlossen im Mai 1992 ihre Organisationen und ihre bisherigen Austauschprogramme INTERVISION bzw. EUROVISION zum Januar 1993 in einer europäischen Regionalorganisation zu vereinigen.

Neue Technologien verursachen Kostenexplosion

Unklar und noch offen ist das Verhältnis dieser staatlich/öffentlich-rechtlichen Rundfunkorganisationen zu der steigenden Zahl privater TV-Sender und Anbieter von TV-Bild-Nachrichten wie CNN oder dem in London seit 1991 ansässigen Middle East Broadcasting Centre, dem jetzigen Hauptgesellschafter der Nachrichtenagentur UPI, das seine Nachrichtensendungen mit Erfolg arabischen TV-Sendern anbietet und nach eigenen Angaben mehr als 100 Mio. arabische Zuschauer erreicht. Ob sich AFRO-VISION z.B. gegen das private französische Agence International TV (AITV), das mittlerweile den frankophonen Ländern Afrikas jeden Tag acht Stunden Programm inklusive Nachrichten anbietet, behaupten kann, muß zur Zeit noch offen bleiben.

Regionalisierung von TV-Märkten heißt einerseits zwar Verdichtung von Informationsaustausch aller Partner in einundderselben Region und stärkt somit die regionale gegenüber einer globalen Identität, kann und darf freilich über ungleich starke Partner in dieser Region nicht hinwegtäuschen. War beispielsweise der frühere Informationsaustausch zwischen INTERVISION und EUROVISION stets grob zuungunsten von Osteuropa unausgewogen, so verschärft sich dieser Trend, den man früher politisch erklären konnte, jetzt aus ökonomischen Gründen. Die mangelnde Kapitalausstattung der osteuropäischen TV-Stationen wird den TV-Informationsfluß von West nach Ost enorm begünstigen.

Die in den letzten Jahren zum Teil ausgesprochen drastisch gestiegenen Programmkosten für die ökonomisch wichtigsten TV-Programmsparten (Unterhaltung, Spielfilme, Sport) lassen sich sehr einfach aus einem neuartigen Verhältnis von Angebot zu Nachfrage erklären. Die weltweit ausgeweitete Zulassung privater TV-Anstalten und die Vervielfachung technisch neuer Verbreitungs- und Übertragungskapazitäten für TV-Signale (Satelliten-TV, Kabel-TV, pay-TV, Videorekorder) haben die Nachfrage nach TV-Programmen derart hochgetrieben, daß der Programmarkt mit enormen Preissteigerungen reagierte, zumal sein Wachstum mit dem Ausbau technischer Sende- und Übertragungskapazitäten in keiner Form Schritt halten konnte. Schlimmer noch: Aufgrund gestiegener Filmproduktionskosten sank in den meisten großen filmproduzierenden Ländern zwischen 1985 und 1989 sogar die Zahl der jährlich produzierten Spielfilme (Spanien: -11%; Frankreich: -2,6%; Japan: -5,4%; Großbritannien: -8,6%). Weitere, zukünftige Preisanstiege für TV-Programmkosten sind wiederum in Rückkopplung mit technologischen Innovationen zu sehen.

Die in den 90er Jahren bevorstehende Umstellung der jetzigen TV-Normen auf Hochzeilen-TV (HDTV) wird mit einer rund 20%igen Erhöhung der Programmkosten einhergehen, da die HDTV-Studiotechnik und die notwendig größere Bandbreite zur Übertragung von TV-Signalen größere Kosten verursachen werden als bei der gegenwärtigen TV-Technik. Die dann ansteigenden Programm- und Übertragungskosten werden kapitalschwache Partner im TV-Geschäft noch stärker ausschließen als es bisher bereits der Fall ist. Dieser ökonomische Mechanismus wird weltweite Tendenzen zur kulturellen Homogenisierung, die Herausbildung von "Middle-of-the-Road"-Geschmacksmustern, stärken.

Jörg Becker



Der Weltmarkt für Informationstechnologien und Telekommunikation

Auf dem Weltmarkt für High-Tech und Telekommunikation rangieren die Länder der Dritten Welt unter "Sonstige"- d.h. sie spielen eine zu vernachlässigende Rolle als Anbieter solcher Produkte und Dienstleistungen. Wichtig sind sie jedoch als Abnehmer: Gerade für die Hersteller von Telekommunikationsanlagen sind ihre Märkte unverzichtbar. Von den Industrieländern wird derzeit auf eine beschleunigte Deregulierung und Liberalisierung des Weltmarktes für Telekommunikation gesetzt.

Von der Werbung vorgegaukelt...

Die Weltmärkte der Telekommunikation und der Informationstechnologien (IT) müssen zusammen betrachtet werden, da die Funktionen der Informationsübertragung (Telekommunikation) und die der Datenverarbeitung technisch konvergieren. Beide Märkte sind erstens enorm groß (Weltmarkt Telekommunikation 1991: 400 Mrd. US-Dollar; Weltmarkt Datenverarbeitung - ohne Software - 1990: 230 Mrd. US-Dollar) und weisen zweitens zweistellige jährliche Steigerungsraten auf (der Weltmarkt der Telekommunikation wird bereits Ende der 90er Jahre größer als der Automobilmarkt sein). Drittens arbeiten sie mit Produkten, deren Innovationszyklen rapide sinken und viertens stehen sie seit langem im Mittelpunkt konkurrierender Handels-, Wettbewerbs-, Industrie- und Forschungspolitik der Triade USA - Japan - EG.

Bedenkt man, daß rund 50 % des Weltmarktvolumens der Telekommunikation in den Händen öffentlicher Postverwaltungen liegt, dann wird außerdem klar, daß es bei heftigen Kämpfen um Weltmarktanteile nicht nur um privatwirtschaftliche Konkurrenz geht, sondern auch um Verteilungskonflikte zwischen Volkswirtschaften. Auch wenn bei allen Verteilungsstatistiken die Regionen Osteuropa und die Dritte Welt stets nur unter die Restkategorie "Sonstige" fallen, sind deren Märkte, besonders die der Telekommunikation, aus folgenden Gründen von zentraler Bedeutung. Erstens waren die Investitionskosten nur weniger Telekommunikationsgeräte- und Netzhersteller (ITT, Ericsson, Alcatel, Northern Telecom, GEC/Plessey/BT, Siemens, Western Electric) in neue Digitaltechniken derart hoch, daß ihre Amortisierung nur über den Weltmarkt inklusive der armen Länder erreichbar ist. Zweitens amortisieren sich Fernmeldenetze nur über lange Zeit, große Anschlußdichten und große Reichweiten. Auch deswegen gibt es einen harten Kampf der nördlichen Hersteller und der jeweiligen nationalen Postverwaltungen um auch den scheinbar kleinsten Fernmeldemarkt in einem Land der Dritten Welt.

Die Funkfrequenzverteilungskonferenz WARC-92 der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) vom 3.2.-3.3. 1992 in Malaga, Spanien, hat die Position der Entwicklungsländer im Fernmeldewesen nicht verbessert, da der grundlegende Konflikt zwischen ihnen als Abnehmer von telekommunikativen Dienstleistungen und denen der nördlichen Industrieländer als Hersteller von Geräten und Netzen in keiner Form aufgelöst wurde. Unbefriedigend im Sinne der Dritten Welt blieb auf dieser Konferenz auch die Lösung des Souveränitätsproblems. Wie bei der Satellitentechnologie, bei der sich die Dritte Welt seit Ende der 60er Jahre vergeblich für das Prinzip der vorherigen Zustimmung beim Einstrahlen von fremden Satellitensignalen in das eigene Land einsetzt, kommt diese Problematik beim Mobilfunk[1] über nicht- geostationäre Satelliten auf die Dritte Welt erneut zu. Mit den Beschlüssen der WARC-92 müssen es sich die Länder der Dritten Welt gefallen lassen, daß private Netzbetreiber der Industrieländer ihre souveränen Territorien "bestrahlen", um damit z.B. als restriktiv empfundene ordnungspolitische Setzungen der eigenen staatlichen Fernmeldeverwaltung lukrativ umgehen zu können.

Deregulierung des Weltfernmeldemarktes auf Kosten der Dritten Welt

Als Verhandlungsgegenstand des Dienstleistungssektors sind Telekommunikation und audio-visuelle Medien als "General Agreement on Trade in Services" (GATS) und Urheberrechte als "Trade-related Intellectual Property Rights" (TRIPs) Teil der seit 1986 laufenden Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT). Die von den Industrieländern betriebene Ordnungspolitik einer Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung der Fernmeldemärkte schlägt sich sowohl im Entwurf für das Abschlußdokument der GATT-Uruguay-Runde als auch in den Beschlüssen der WARC-92 der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) nieder. Die politische Umsetzung dieser Ordnungspolitik wird die

ungleiche Entwicklung zwischen schnell anwachsenden High-Tech-Wohlstandsinseln und verarmenden Fernmelderegionen in der Dritten Welt beschleunigen. Eine Einigung darüber, ob das GATS-Paket sowohl für die Grundversorgung mit dem einfachen Telefon als auch für die sogenannten Mehrwertdienste gilt, ist zwischen den USA und der EG einerseits und insbesondere China, Brasilien, Neuseeland und Uruguay andererseits aber noch offen. Auch für die USA ist es beim gegenwärtigen Stand der Verhandlungen noch offen, ob sie die GATT-Prinzipien für alle Teilbereiche der Telekommunikation und der audio-visuellen Medien akzeptieren wird.

Daß der gesamte Dienstleistungssektor im Rahmen der GATT-Verhandlungen mit dem der Arbeitsemigration von Süd nach Nord verknüpft ist, betont der 1990 veröffentlichte Bericht der Süd-Kommission. Polemisch heißt es dort: "Wandern Personen von Nord nach Süd, um dem Konsumenten Produkte oder Dienstleistungen zu verkaufen, dann nennt man das 'Handel mit Dienstleistungen'. Wenn aber Personen aus dem Süden in den Norden wollen, dann nennt man das 'Einwanderung'". Entsprechend liberal sind daher im Vertragswerk der North American Free Trade Association (NAFTA) von 1992, die entsprechenden Bestimmungen über Telekommunikation und audio-visuelle Medien, entsprechend restriktiv die über die Einwanderung mexikanischer Arbeiter in den USA.

Der Weltmarkt für Hard- und Software

Auf den Weltmärkten der Elektronik gab es in den letzten Jahren Aufsehen erregende Verschiebungen zugunsten Japans. Das gilt für die Unterhaltungselektronik genauso wie für die Mikroelektronik. Im ständigen Disput zwischen Japan, den USA und der EG über Quotierungen und Außenhandelsbilanzen hat die japanische Industrie enorme Direktinvestitionen in den USA und Europa getätigt. Sie stiegen in Europa von 1,9 Mrd. US-Dollar 1985 auf 14,8 Mrd. US-Dollar 1989. Um erhoffte Synergie-Effekte zwischen der Elektronik- und der Film- und TV-Industrie herstellen zu können, kaufte das japanische Unternehmen Sony 1989 die Hollywood-Firma Columbia Pictures, erwarb Matsushita Electronics 1990 die Music Corporation of America (MCA) und kaufte sich Toshiba 1991 mit einem 12%igen Anteil bei Time Warner, dem größten Medienkonzern der Welt, ein.

Die in den USA und der EG grassierende Angst vor der japanischen Industrie relativiert sich jedoch erheblich, sieht man sich den Weltmarkt für das an, was seit kurzem "Wissensindustrie" genannt wird. Wissensindustrie könnte man den Markt nennen, dessen Wertschöpfung auf urheberrechtlich schützbarem Wissen ruht. Dieser Weltmarkt des Wissens wird jenseits japanischer Erfolge auf dem Hardware-Sektor von den USA dominiert.

Die Bedeutung dieses Marktes im Allgemeinen und im Speziellen für die USA läßt sich aus folgenden Überlegungen erkennen.

1. Je weiter die Computerisierung fortschreitet, desto unwichtiger in ökonomischer Sicht wird der Marktanteil für Hardware. 1994 wird der Anteil für Hardware-Wartung, für Software und Beratung - also Wissen - in Deutschland 61% betragen, dann wird der Hardware-Anteil der 1990 noch 50% betrug, auf 39% gesunken sein.

2. Eine 1991 vom "Council on Competitiveness" in Washington vorgelegte Untersuchung über die internationale Wettbewerbsposition der USA in der elektronischen Datenverarbeitung ist eindeutig in ihrer Tendenz. Schwach ist die Position der USA gegenüber Japan und der EG, wo es um Hardware geht, stark ist sie dort, wo es um Wissen geht.

3. Diese Stärke der USA dokumentiert sich gerade dort, wo sie ökonomische Schäden durch Urheberrechtsverletzungen einklagt, nämlich rund 1,3 Mrd. US-Dollar Mitte der 80er Jahre durch nur 10 Entwicklungsländer. Und genau deswegen traten die USA 1988 - nach 102 Jahren der Abstinenz - der Berner Konvention für künstlerische und literarische Urheberrechte bei, da diese inzwischen auch das Layout an Halbleiterkreisen[3] abdeckt.

4. Bei zunehmenden Außenhandelsverlusten Japans im Bereich von Erfindungen, Verfahren und Urheberrechten stieg der Außenhandelsüberschuß der USA in diesem Bereich 1990 an. Gab es bis zu diesem Jahr neben den USA stets noch Großbritannien als Land mit einer positiven Handelsbilanz bei Patenten und Urheberrechten, so hatte dieses Land historisch erstmalig eine negative Handelsbilanz in diesem Bereich. Damit sind die USA als einziges Land mit einer positiven Handelsbilanz beim internationalen Handel mit Wissen übriggeblieben.

5. Auf dem Weltmarkt der Datenbanken konnten die USA ihre Vormachtsposition vor der EG gut halten. Gemessen an der Zahl der Hersteller von Online-Datenbanken[4] hatten die USA 1990 eine Weltmarktanteil von 41%, ihr Umsatz lag bei 5,3 Mrd. US-Dollar gegenüber 3,3 Mrd. US-Dollar für Westeuropa.

Jörg Becker

Anmerkungen:

1) Mobilfunk: Telefonieren über nicht-drahtgebundene Netze, d.h. auch der eigene Empfänger/Sender kann überall hin mitgenommen werden.

2) Mehrwertdienste: (engl. value added services). In der Telekommunikation all das, was komplizierter ist als Sprachkommunikation der verschiedensten Art und Weise.

3) Jeder Halbleiterkreis muß vor seiner Produktion entworfen werden. Dieser Entwurf ist das Layout.

4) Online-Informationen: Direktverbindung bei Informationsaustausch, also Computer zu Computer.



...gleichberechtigter Zugang zu Informationstechnologien

Neue Strategien der Werbeindustrie

Die Pressefreiheit, mit der sich die kapitalistisch verfaßte Welt schmückt, dokumentiert sich immer sichtbarer in einer weltweit überduchschnittlich stark wachsenden Werbeindustrie. Sieben der zehn größten Werbeagenturgruppen haben ihren Firmensitz entweder in den USA oder in England. Je stärker sich das Konzentrationskarussell bei den großen Werbeagenturen bewegt, desto schärfer stellt sich für diese Agenturen der Konflikt zwischen globalem Marketing und nationalen/regionalen Bedürfnissen und Eigenheiten.

Einerseits erzwingt die Größe der Unternehmen das Ausnutzen ökonomischer Größenvorteile mit weltweit gleichen Werbekampagnen (besonders bei vielen Konsumgüterprodukten), andererseits brechen sich solche Strategien an kulturellen Besonderheiten und sprachlichen Barrieren. Das gilt besonders für Produkte aus dem Nahbereich des Menschen (Haushaltswaren, Lebensmittel). So läßt sich z.B. der Rückzug des privaten englischen TV-Senders "Sky Channel" aus allen kontinentaleuropäischen TV-Kabel-Anlagen 1989 damit erklären, daß die aktiven Sprachkenntnisse der meisten Kontinentaleuropäer in Englisch so gering sind, daß die geringen Werbereichweiten zur Finanzierung dieses Senders nicht ausreichten.

Das Herzstück aller Werbestrategien ist die TV-Werbung. Zwei Drittel aller 1991 erzielten TV-Werbeeinnahmen entfielen auf nur vier Länder, nämlich Kanada, die USA, Japan und England. Die Zulassung privatwirtschaftlicher TV-Sender in den Ländern der EG hat dort die TV-Werbeeinnahmen enorm in die Höhe getrieben. So sind deswegen z.B. in Frankreich und Spanien die TV-Werbemärkte allein zwischen 1985 und 1990 um 250% größer geworden. Weltweit gesehen wuchsen die TV-Werbemärkte im gleichen Zeitraum von 47 auf 66 Mrd. US-Dollar. Neben der sich noch im Anfangsstadium befindenden Privatisierung von TV gibt es weitere Gründe, warum die Werbeindustrie in den nächsten Jahren weiterhin überdurchschnittlich wachsen wird:

- Die weiterhin zunehmende weltweite Übersättigung der Konsumgütermärkte in den Industrieländern wird zu verschärftem Wettbewerbsdruck führen. Dies wird viele Konkurrenten zu erhöhten Werbeausgaben zwingen.
- Der Zusammenbruch des staatlichen Medienmarktes in Osteuropa nach 1989 gibt privatwirtschaftlichen Medien, d.h. auch der Werbeindustrie, großen Auftrieb.
- Die zunehmende Segmentierung einstiger Massenmedien in fragmentierte Zielgruppenmärkte[1] fördert die Werbeindustrie insofern, als die herstellende Industrie auf solchen Kleinmärkten mit sehr viel geringeren sogenannten Streuverlusten in ihren Reichweiten arbeiten kann als früher.
- Die weiterhin ansteigenden Weltmarktpreise für Kulturpapier erzwingen bei den Zeitungsverlegern in der Dritten Welt eine Kürzung des redaktionellen Anteils zugunsten des Anzeigenanteils, der bei der Presse Lateinamerikas seit Jahren sowieso weit über 50% liegt.
- Privatwirtschaftliches Fernsehen begünstigt durch die Art seiner Finanzierung neuartige Sendeformate, die die traditionell gewachsene journalistische Trennung von Information, Bildung, Unterhaltung und Werbung aufheben. Im Begriff „infotainment" lassen sich Werbung, Unterhaltung und Information nicht mehr sauber voneinander trennen.

Westlich orientierte Werbung in der Dritten Welt ist vielen dortigen Medienpolitikern seit Jahrzehnten ein Stein des Anstoßes, sie verstärke Kultur- und Generationenkonflikte, fördere kulturelle Entwurzelung, nach innen gerichtete Frustration oder nach außen gezielte Aggression. Bei solchen Vorwürfen geht es weniger um das Problem einer empirischen Überprüfbarkeit von Werbewirkung auf Sozialverhalten, als um die generellen Probleme bei der Übertragung der westlichen Konsumideologie auf die Gesellschaften der Dritten Welt. Mit Begriffen wie "weltweite Verbreitung kommerzialisierter Sub-Kultur", "sub-kultureller Idiotie" oder "sub-kulturellem Frankenstein" griff z.B. der argentinische Schriftsteller und Diplomat Abel Posse 1991 eine solche "coca-cola-isierte" weltweite Konsumkultur an. Die Zahlen scheinen ihm recht zu geben. Während die TV-Werbe-Spots von McDonalds und Coca-Cola, mit kleinen Kindern als Hauptdarstellern, in den USA 1991 den fünften bzw. sechsten Rang als populärster TV-Werbespot einnahmen, war Mexiko 1990 nach den USA das Land mit dem größten Konsum an Coca-Cola, hatte der Absatz an Coca-Cola in der Dritten Welt den innerhalb der USA bereits übertroffen. Schätzungen der Firmenleitung von Coca-Cola gehen davon aus, daß der amerikanische Binnenmarkt Ende der 90er Jahre nur noch mit rund 10% am Weltmarkt für diesen Softdrink beteiligt ist. Sehr ähnlich verläuft die Internationalisierung bei McDonalds. 1991 eröffnete der McDonalds-Konzern zum ersten Mal in seiner Geschichte mehr Filialien im Aus- als im Inland. Die besonders schnell anwachsende McDonalds-Märkte in Asien und Lateinamerika brachten dem Konzern, der auf dem einheimischen Binnenmarkt nur noch 37% seines Umsatzes erwirtschaftet, einen fast dreimal so hohen Gewinn wie zuhause. Die weltweit genormten Produkte von McDonald galten Ökonomen des Instituts der deutschen Wirtschaft (iwd) in Köln 1992 als ideales Hilfsmittel zur international vergleichenden Neuberechnung von Kaufkraft und Warenkörben. Nach dem Big Mac-Index bezahlt man in Singapur für drei Stück das gleiche wie für vier Stück in den USA. In Moskau erhalten Amerikaner den Big Mac zwar für 59 Cent, Russen müssen jedoch fast zwei volle Tage arbeiten, um ihn sich leisten zu können.

Jörg Becker

Anmerkungen:

1) Als das Fernsehen noch Massenmedium war, d.h. als es noch wenige Sender gab, konnte ein einzelner Film durchaus noch Zuschauerraten von 70% erhalten. Wenn wir wie heute ev. 20 oder 30 Sender haben, zersplittert sich der Markt und jede Zielgruppe guckt nur noch das, was sie anspricht: die Feministin guckt ihren Sender, der Norddeutsche aus Lübeck guckt sein Lübecker Programm, der Börsenmakler guckt nur noch Börsen-TV.

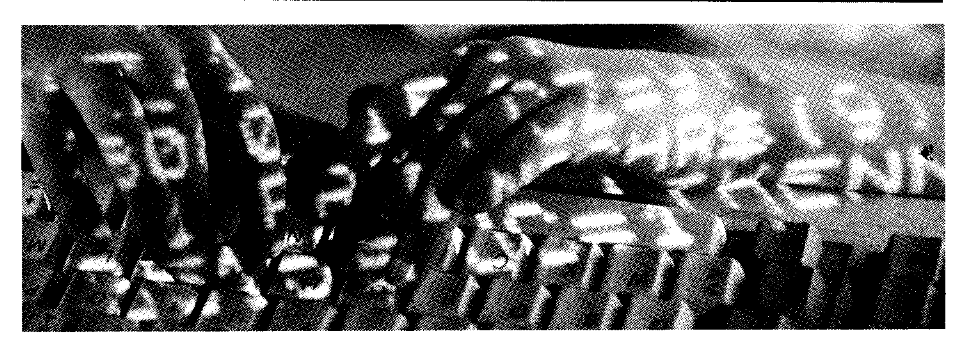
Kräfteverschiebung auf dem Nachrichtenmarkt

Die international tätigen Nachrichtenagenturen

Name	Firmensitz	Umsatz in Mio. US-D.	Zahl der Mitarbeiter	Zahl der Medien-abonennten	Zahl der tägl. weltweit verbreiteten Wörter*	Abnahme › oder Zunahme ‹ der Wortprod. gegenüber Vorjahren
Associated Press (AP)	New York	328	3.100	14.500	20.000.000	‹
Reuters	London	180,2**	1.700	2.742	150.000	›
Agence France Press (afp)	Paris	177	2.000	2.500	3.000.000	›
Deutsche Presse Agentur (dpa)	Hamburg	102,3	1.000	1.000	400.000	‹
ITAR-TASS	Moskau	75***	3.900	8.000	k.A.	›
United Press Inter-national (upi)	London	35	450	2.000	400.000	›
Inter Press Service (ips)	Amsterdam	11,3	370	600	120.000	›

* Wegen Mehrfachverwertung der Wortproduktion für verschiedene Pressedienste sind diese Zahlen sehr ungenau.
** Diese Umsatzzahl umfaßt die gesamten Medienaktivitäten der Reuters Holding, nicht nur die der Nachrichtenagentur, und ist deswegen zu groß.
*** Hierbei handelt es sich um Rubel, da eine Umrechnung in US-Dollar z.Zt. nicht aussagekräftig ist. Er bezieht sich auf das Jahr 1992.

Quelle: KomTech GmbH, 1992.



Nicht die Journalisten, sondern die Nachrichtenagenturen sind die wichtigsten institutionalisierten "Gate Keeper" (d.H. Torwächter und Filter) im Informationsfluß von einem Ereignis bis zum Leser einer Tageszeitung. Sie sind es, die die von ihren Korrespondenten und Mitarbeitern eingehenden Nachrichten auf das journalistische Format zuschneiden, das von der Mehrzahl ihrer Medienabonnenten erwartet wird. Bei den international tätigen Nachrichtenagenturen gab es in den letzten Jahren einschneidende Veränderungen. Während AP nach Jahresumsatz und Zahl der täglich weltweit verbreiteten Wörter an Bedeutung zunehmen konnte, sanken, aus unterschiedlichen Gründen, die Bedeutung von Reuters, afp, upi und TASS. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR verlor TASS seine spezifische Rolle intern und extern, d.h. konkret ein Verlust von rund 1.000 Kunden, und muß sich im gegenwärtigen Rußland sogar gegenüber der Konkurrenz der neuen Nachrichtenagentur INTERFAX behaupten. upi war im Sommer 1992 vom Konkurs bedroht und wurde dann von der saudischen Firma Middle East Broadcasting Centre in London aufgekauft. Bei einem Jahresumsatz von 1,5 Mrd. Brit. Pfund 1991 hat sich die Reuters Holding in London zwar zum weltweit wichtigsten Konzern für elektronische Onlineinformationen[1] von Finanz - und Börsendaten entwickelt, hat ihre Nachrichtenagentur jedoch verkümmern lassen. Mit einem Jahresumsatz unter 100 Mio. Brit. Pfund ist die Nachrichtenagentur Reuters zu einem fast unwichtigen Teil der gesamten Holding geworden. Auch ips, in den 70er und 80er Jahren als alternative Dritte-Welt-Nachrichtenagentur angetreten, hat an Bedeutung verloren und hat sich in seinem journalistischen Format den etablierten Agenturen angenähert. Schlimmer noch als ips hat es die anderen beiden als Alternativen gegenüber den großen Nachrichtenagenturen angetretenen Akteure getroffen: Sowohl TANJUG (früher Jugoslawien) als auch der Nachrichtenpool der Blockfreien Bewegung sind zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Auch die "Pan-African News Agency" (PANA) der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU), 1979 als hoffnungsvolles Instrument gegen den Informationsimperialismus gegründet, kämpft bei einer Verschuldung in Höhe von 18 Mio. US-Dollar um ihr Überleben.

Jörg Becker

Anmerkung:
1) Online-Informationen: Direktverbindung bei Informationsaustausch, also von Computer zu Computer.



Massenmedien und Konsumrausch im Weltsystem

Medien und Massenkommunikation treiben die Herausbildung eines vereinheitlichten kapitalistischen Weltsystems voran und halten es aufrecht. Die treibenden Kräfte dieses Prozesses sind auf der ökonomischen Ebene transnationale Konzerne, auf der ideologischen Ebene ist es die Ideologie des Konsumismus. In einem wissenschaftlichen Aufsatz, den wir mit freundlicher Genehmigung gekürzt der Zeitschrift Media Development 2/1993, London, entnommen haben, faßt Leslie Sklair die in seinem Buch 'Sociology of the Global System' ausgeführten Theorien über die Rolle der Medien und der Konsumideologie im Weltsystem zusammen.

Die Bezugsgrößen der meisten Untersuchungen zu Problemen, die die gesamte Welt betreffen, sind die Nationalstaaten. Das gilt auch für Analysen zur Weltinformationsordnung.[1] Somit operiert die Mehrzahl der Versuche, "global" zu denken, eher mit einer internationalen als einer transnationalen (oder wirklich globalen) Perspektive.[2]

Die transnationale Konzeption des Weltsystems

Ohne den Nationalstaat außer acht zu lassen, bietet mein Modell zusätzlich eine Konzeption des Weltsystems, die transnationale Praktiken betont. Sie werden begrifflich in drei Sphären unterschieden: die ökonomische, politische und kulturell-ideologische. Jede dieser Sphären ist Teil des kapitalistischen Weltsystems und wird typischerweise, aber nicht ausschließlich, durch eine wesentliche Institution charakterisiert. Der transnationale Konzern ist der wesentliche Ort transnationaler wirtschaftlicher Praktiken. Die transnationale Kapitalistenklasse ist der wesentliche Ort transnationaler politischer Praktiken und der wesentliche Ort transnationaler kultureller Praktiken ist in der Ideologie des Konsumismus zu suchen.[3]

Für den Bereich Medien und Entwicklung sind die entscheidenden wirtschaftlichen Kräfte transnationale Konzerne, speziell diejenigen, die im Bereich Kommunikation, Werbung und Marketing tätig sind. Die Aktivitäten dieser transnationalen Konzerne werden bestimmt von der transnationalen Kapitalistenklasse und die wiederum gliedert sich in vier größere Gruppen:
- Manager transnationaler Konzerne und ihrer lokalen Zweigstellen;
- Staatsbürokraten, die die weltweite Modernisierung vorantreiben;
- Kapitalistisch denkende Politiker und Führungskräfte;
- Konsumistische Eliten aus Medien und Werbung.

Beilage internationalistischer Zeitschriften Nr. 10 **ANTI-RASSISMUS**
Auflage: 40.000 (November 1993)
in: ila Nr. 170, südostasien informationen 4/93, iz3w Nr. 193, EPK 4/93, Dritte Welt 4/93, u.a.



500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Mit dieser Debattenbeilage zur antirassistischen Arbeit in Europa wollen wir auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, daß sich die Solidaritäts- und Internationalismusbewegung auch an diesem Punkt über den nationalen Tellerrand hinaus orientieren sollte. Necati Mert kritisiert die "hilflose Ausländerfreundlichkeit" und klagt einen neuen Gesellschaftsentwurf ein. Wir stellen je eine Initiative aus Großbritannien und Holland vor, die sich sicher freuen, wenn ein intensiverer Austausch zwischen Anti-Rassistischen Initiativen zustande kommt. Frei von paternalistischen Zuwendungen trafen sich in Hannover Anfang September 1993 MigrantInnen und Flüchtlinge. Ein Kongreßbericht verdeutlicht ihre Forderungen an die hiesige Gesellschaft.

Vom wirkungslosen Protest zu einem neuen Gesellschaftsentwurf

Der europäische Ethnokulturalismus und der uno-versale Menschenrechtskolonialismus sind die postmoderne Auflage des Rassismus. Als Rechtfertigungsideologie stellen sie die zivilisatorische Erklärungsfassade, hinter der sich Invasion, Plünderung, Unterdrückung und Ausbeutung verbergen — Herrschaftsinstrumente, die in der ganzen Menschheitsgeschichte nach Siegern und Verlierern, nach Gesellschaftsformen und Klassen sowie von Epoche zu Epoche nur immer wieder die Tarnkappe wechselten.

Fortlaufend haben Menschen zwischen dem "Eigenen" und dem "Fremden" Unterschiede konstruiert: dabei das Eigene als zivilisationstragend und die Anderen als rückständig, barbarisch oder als parasitär und zivilisationsfeindlich erklärt. Aus dem Definitionsmuster von Differenzen ergab sich der Anspruch auf die eigene Vorreiterrolle in dem als universalistisch verklärten Zivilisationsprozeß. Die sich selbst zu "Übermenschen" erhoben, erteilten sich den Auftrag, die zu "Untermenschen" abgestempelten "Anderen" je nach deren Nutzeffekt für die hegemoniale Repräsentationsgewalt zu beschützen und zu hüten oder aber als schädliche Parasiten für die eigene Gemeinschaft auszumachen und im extremen Fall auch zu beseitigen.

Das Eigene und die Fremden

In den heutigen postkolonialen Gesellschaften offenbart sich Rassimus als Scheinperfektion des "christlich-abendländischen Kulturkreises". Unterstellt wird die Höherwertigkeit der eigenen Zivilisation, zugleich dient die Identifikation mit dem Eigenen der Bestimmung von unterschiedlichen "Identitäten". Doch muß sich die Spaltung in das Eigene und die Anderen auf eine rechtliche Grundlage stützen - ebenso wie die Abwehrgesetze des Nationalstaats zwischen dem Eigenen, dem Inländertum und den anderen, den "Ausländereien" unterscheiden.

Das Existentz- bzw. Schutzrecht des vorläufigen "Fremden" wird nach seinem Nutzeffekt gemäß der Formel: "Ausländer leisten die Arbeiten, vor denen sich die Deutschen ekeln... oder: Ausländer leisten einen wichtigen Beitrag zur Altersversorgung... oder: Ausländer bereichern unsere Kultur"... abgeleitet. Daß im öffentlichen Bewußtsein die Fremden als Ungleiche wahrgenommen werden, als "Ausländer"; ist nicht nur eine Folgeerscheinung der Arbeitskräftewerbung aus den sechziger und siebziger Jahren. Auch den nachgezogenen Einwanderen, die das Asylrecht gebraucht haben und nicht zuletzt deswegen als Parasiten zu Lasten der einheimischen Gesellschaft verunglimpft werden, wird jegliches Recht streitig gemacht, Rechte zu haben.

Hilflose "Ausländerfeindlichkeit"?

Solch tief verwurzeltes Gedankengut macht selbst vor großen Teilen der "Ausländer-Flüchtlings-Freundschaftsbewegung" nicht halt: wenn von "Ausländern" und deren kulturellen Identitäten" die Rede ist und das viel gepriesene Modell der "multikulturellen Gesellschaft" von sozialen Widersprüchen und Konflikten ablenkt, wenn national Pflichtbewußte an den Toren der "Festung Europa" Kontrollinstrumente gegen ungesteuerte Migrationsbewegungen aufstellen wollen, um die Grenze des "Zumutbaren" nicht zu überschreiten und wenn schließlich die Bedarfsfrage des nationalen Marktes nach Humankapitalien mit Hilfe von selektiven Einwanderungen gelöst werden soll. Dies zielt letztlich auf weitere Hegemonierechte von weltweit agierenden Industrie- und Finanzimperien und auf die Auslese von Arbeitskräften aus den "Reservaten" des Ostens und Südens.

Ein neuer Gesellschaftsentwurf

Das institutionell vernetzte rassistische Gedankengut versteckt sich nicht nur hinter Appellspielen für Toleranz und Schutz des

"Fremden", sondern auch in Kampagnen gegen "Fremdenfeindlichkeit" und "rassistische Gewalt". Eben dadurch legitimiert sich die staatliche Praxis, daß "Aus-Länder" außerhalb der Gemeinschaft des Bürgerrechts stehen. Indirekt wird damit öffentlich rechtlich die aufgeklärte Variante der Apartheidspolitik, also der institutionelle Rassismus befürwortet. Rassistischer Terror äußert sich nicht nur im Zusammenhang von Überfällen, Brandstiftungen und Mordanschlägen: Als ob Menschenjagdszenen an der Grenze zur Großdeutschen Festung, als ob Konservierung in den von Mauern und Stacheldraht umgebenen Sammellagern oder das Verbot der Freizügigkeit, selbst des Kochens und der Zwang zum Nichtstun nichts mit Terror zu tun hätten. Als wäre die Aufforderung an die hier Geborenen und Aufgewachsenen, denen ihre Integrations- bzw. Assimilationsfähigkeit angerechnet wird, sich einbürgern zu lassen, nicht Ausdruck staatlichen Rassismus, wenn zugleich ihre Eltern um des regierungsprogrammatischen Ziels der Reduzierung ihrer Zahl wegen der Gefahr ausgesetzt sind, zurückbefördert zu werden.

Daher stellt sich die Frage: Kann Rassismus mit seinen gesetzmäßigen Folgen des Terrors zurückgedrängt werden, ohne den ethnisch homogenen Nationalstaat, in dessen Grundstrukturen die rechtliche Absonderung sowie kulturelle und soziale Marginalisierung verwurzelt sind, zu überwinden? Gerade daraus ergibt sich die Notwendigkeit, eine neue Gesellschaftsordnung auf einer höheren Stufe zu entwerfen, was die alltäglichen Formen des antirassistischen Widerstands nicht ausschließt. Im Gegenteil: Ein zukunftsorientierter Entwurf muß auf Erfahrungen aus der Praxis beruhen. In diesem Zusammenhang gilt es auf folgenden Satz im "Dachauer Appell" vom 7. Juni 1993 hinzuweisen: "Allen Deutschen, die nicht rassistisch sein wollen, sagen wir: EUER politischer Protest gegen die rassistische Flüchtlingspolitik des Staates wird wirkungslos, solange IHR nicht SELBST bereit seid, Flüchtlinge als gleichberechtigte vollwertige Menschen aufzunehmen". Die Forderung lautet also, Flüchtlinge in Privatwohnungen aufzunehmen, um der Zwangseinweisung in den Lagern entgegenzuwirken; Flüchtlinge illegal über die Grenze zu bringen, um den Aufbau der Festung Europa verhindern zu helfen; Flüchtlinge zu verstecken, um die Abschiebeaktion zu stören.

Wider die Illegalisierungsversuche der Festungswächter

Eine weitere grundlegende Frage, mit der sich die antirassistische Bewegung auseinandersetzen muß, stellt sich hinsichtlich der Einstellung gegenüber den Flüchtlingen, die nicht nur Opfer kriegerischer Konflikte, tobender Umwelt- und Hungerkatastrophen sind, sondern auch Vorläufer einer sozialrevolutionären Bewegung im Weltmaßstab sein könnten. Täglich sind wir mit der Erkenntnis konfrontiert, daß die Abschreckungsinstrumentarien der Führungseliten, Meinungsführer und Entscheidungsträger nicht die Wirkung zeigen werden, den "Strom", die "Überflutung" oder gar die "Invasion" aus dem Süden und Osten aufzuhalten. Die sogenannten "Illegalen" von den strategischen Festungsbewachern immer gründlicher mißbraucht werden, die Menschenjagd zu legitimieren und die Anwendung vielerlei Methoden der Gewalt zu legalisieren. Es nützt nichts, die Flüchtlinge global als Opfer hinzustellen. Vielmehr müssen sie als "Täter" anerkannt werden, die mit ihrer von Ausplünderung, Entrechtung und Enteignung verursachten Bewegung die neokoloniale Weltordnung in Frage stellen. Begreifen viele Menschen in der Wagenburg des Wohlstands nicht erst durch das Anklopfen der Flüchtlinge an die eigenen Türen, welchen Schaden der Kolonialismus der Weltmenschheit zugefügt hat und welche Heuchelei die imperialistische "Neue Weltordnung" unter dem UN-Sicherheitsrat ist?

Die "antirassistische" Solidaritätsbewegung steht in engem Zusammenhang mit der Frage von Illegalität. Als illegal gilt es, die rassistischen Gesetze zu verurteilen, die sich gegen das Menschenrecht auf Leben richten und zwar unter Anwendung einer sich immer hämischer entfaltenden Gewalt. Die illegale Praxis in Bezug auf die antirassistische Solidarität mit den Migrationsbewegungen und den MigrantInnen darf auf keinen Fall den Verzicht auf Legalität bedeuten. Ganz im Gegenteil: Die AntirassistInnen müssen auf dem Legalitätsanspruch ihrer Solidaritätshandlungen bestehen!

Necati Mert
(Mitarbeiter bei der Zeitschrift DIE BRÜCKE)

Das Anti-Rassismus-Informations-Centrum (ARIC) in Rotterdam

Die Zunahme rassistischer Einstellungen und Handlungen macht an der niederländischen Grenze nicht halt. Nach Angaben von Anti-Diskriminierungsbüros, lokalen Anlaufstellen für rassistische Gewalttaten in den Niederlanden, ist die Zahl rassistisch motivierter Gewalttaten im letzten Jahr weiter gestiegen. In der öffentlichen Meinung zeichnet sich eine Veränderung ab: Diskriminierende Äußerungen über EinwanderInnen nehmen ebenso zu wie die öffentliche Klage von PolitikerInnen über Kriminalität, Scheinheirat und Sozialmißbrauch unter den Flüchtlingen. Seit den Kommunalwahlen von 1990 sitzen die rechtsextremen Centrumsdemokraten nicht nur im niederländischen Parlament, sondern auch in vielen Gemeindevertretungen.

In den Niederlanden verschlechtern sich somit die Bedingungen für antirassistische und solidarische Arbeit: Die sprichwörtliche niederländische Toleranz und Liberalität erweist sich dabei nicht selten als Mythos, der den Blick auf den strukturellen Rassismus im eigenen Land erschwert. Trotzdem lohnt sich der Blick ins kleine Nachbarland, denn neben den im Vergleich zur BRD nach wie vor wesentlich günstigeren rechtlichen und politischen Bedingungen, wie Kommunalwahlrecht für AusländerInnen und relativ leichte Erlangung der Staatsangehörigkeit, finden sich dort auch eine Reihe antirassistischer Organisationen, die über langjährige Erfahrungen und Professionalität verfügen. Im folgenden soll das ARIC (Anti-Rassismus-Informations-Centrum) in Rotterdamm vorgestellt werden. Dies auch im Hinblick auf die bereits erfolgte oder geplante Gründung ähnlicher Projekte in Berlin und Nordrhein-Westfalen.

ARIC versteht sich als "praktische" Organisation. Das Angebot ist abgestimmt auf die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung in der alltäglichen Umgebung: in der Schule, Jugendzentren, in der Nachbarschaft, beim Sport etc. Besonders die Schulung sogenannter Multiplikatoren wie Jugend- und SozialarbeiterInnen bekommt dabei in den letzten Jahren zunehmendes Gewicht. Der Schwerpunkt liegt auf der Vermittlung von Handlungsmöglichkeiten in der täglichen Praxis - Erkennen von Prozessen, Umgang mit rassistischen Äußerungen und Initiierung von Projekten.

ARIC beherbergt eine der größten Bibliotheken in den Niederlanden auf dem Gebiet von (Anti-)Rassismus, (Anti-)Diskriminierung und der gesellschaftlichen Situation der ethnischen Minderheiten. Das Archiv umfaßt derzeit ungefähr 5500 Titel mit einem wachsenden Anteil an Publikationen in deutscher und englischer Sprache. Neben Büchern, Zeitschriften und Broschüren finden sich darunter auch Projektmaterialien, Videofilme und Ausstellungen. Alles kann eingesehen, studiert, ausgeliehen, kopiert oder auf Wunsch zugeschickt werden.

Seit seiner Gründung ist die Zahl der jährlich aus dem In- und Ausland eingehenden Informationsanfragen kontinuierlich gestiegen. Von den 1837 registrierten Anfragen im Jahr 1992 - eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 50 Prozent - kamen ein Drittel aus dem Bildungsbereich: SchülerInnen, die Referate erstellen, StudentInnen auf der Suche nach Literatur oder LehrerInnen, die Projektmateri-

al für antirassistische Erziehung haben wollen. Andere große 'Benutzergruppen' waren Antidiskriminierungsbüros (ADBs), (lokale) Behörden, Stadtteilorganisationen und Jugendzentren. Der Rest der Anfragen verteilte sich u.a. auf Medien, politische Parteien, kirchliche Einrichtungen, Gesundheitssektor. Etwa 80 Prozent der Anfragen kamen von außerhalb der Region Rotterdam, sechs Prozent aus dem Ausland (v.a. Belgien und Deutschland). Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit von ARIC ist die Herausgabe und der Vertrieb antirassistischer Publikationen, Poster, Aufkleber usw.: Die Themen reichen von Sport und Diskriminierung, Rechtsextremismus in den Niederlanden und der BRD bis hin zu Utopien von MigrantInnen.

Schließlich ist ARIC am Aufbau eines Informations- und Aufklärungsnetzwerkes mit über 40 Anti-Diskriminierungsbüros (ADBs) beteiligt. Ziel dieser Zusammenarbeit ist die Effektivierung antirassistischer Aufklärungsarbeit: Weiterreichende und spezialisierte Anfragen werden von den lokalen ADB's, die für die Vermittlung von eher allgemeinen Informationen zuständig sind, an ARIC weitergeleitet. Eine wichtige Grundlage der Vernetzung ist dabei das eigens für ARIC entwickelte Computerprogramm ARICbase, in dem der gesamte Bibliotheksbestand gespeichert und auf einfache Weise auch für Laien zugänglich ist. Mit finanzieller staatlicher Hilfe wurde ARICbase mittlerweile von den am Netzwerk beteiligten Organisationen angeschafft und erleichtert so die Informationssuche vor Ort.

Sigrun Scheve

ARIC
Grotekerkplein 5
NL-3011 GC Rotterdam

Tel.: 0031/10/4113911
Fax: 0031/10/4128433

Anti-Racist-Alliance (ARA) in GB

Europa ist heute, wie zuletzt vor fünfzig Jahren, mit einer Welle von rassistischer Gewalt und dem Erstarken faschistischer Organisationen konfrontiert. In Großbritannien gab es im letzten Jahr mindestens acht rassistisch motivierte Morde und nach der Statistik des Innenministeriums allein 7793 rassistische Übergriffe. Davon wurden 3227 in London verübt. In ganz Europa werden die rassistischen Angriffe und das Anwachsen des Neofaschismus durch die zunehmend rassistische Politik der nationalen Regierungen noch unterstützt, erst kürzlich durch die rassistische Asyl- und Migrationspolitik, die vor allem in Großbritannien, Deutschland und Frankreich umgesetzt wurde.

Um Rassismus zu bekämpfen, ist eine möglichst vielfältige anti-rassistische Bewegung erforderlich, die auf nationaler Ebene organisiert ist und mit anderen Bewegungen auf dem Kontinent in Verbindung steht. Vor diesem Hintergrund wurde vor zwei Jahren ARA gegründet. Der Anti-Racist-Alliance ist es gelungen, eine breitgefächerte Opposition gegen Rassismus auf die Beine zu stellen, und sie ist jetzt die wichtigste Allianz gegen rassistische Umtriebe, die es je in Großbritannien gegeben hat. ARA wird inzwischen von 30 nationalen Gewerkschaften, der Labour Party, der National Union of Students, von mehr als 80 Mitgliedern des Parlaments und britischen Abgeordneten des europäischen Parlaments ebenso unterstützt, wie von vielen schwarzen und jüdischen Gruppierungen. Der hohe Unterstützungsgrad für das Anliegen von ARA läßt sich an den 50.000 Teilnehmern ablesen, die beim zweiten ARA Festival "Speak Out Against Racism" im August dieses Jahres dabei waren.

Das Selbstverständnis von ARA basiert auf dem Grundsatz, daß die Opfer des Rassismus und diejenigen, die heutzutage den Angriffen der Faschisten an vorderster Front ausgeliefert sind, die Hauptrolle in der antirassistischen Bewegung spielen sollten. Aus diesem Grund haben schwarze Organisationen die Initiative ergriffen und ARA gegründet. Unterstützt wurden sie von anderen linken Antirassisten. Voraussetzung für diesen Schritt der schwarzen Organisationen war die breite Unterstützung und der Erfolg im Kampf um schwarze Selbstorganisation innerhalb der Arbeiterbewegung, wie dies bei der Bildung der TUC Black Workers Conference und der Labour Party Black Socialist Society der Fall war. Dadurch wurde die Arbeiterbewegung gezwungen, sich grundsätzlich mit den Ursachen von Rassismus zu beschäftigen.

Schwerpunkte der aktuellen Arbeit liegen in:

- der Unterstützung und Verteidigung der Opfer rassistischer Gewalt,
- der Kampagne für die Schließung des "Nazi-Bunkers" der "British National Party" in Wellig im südlichen London, in dessen Nähe in den letzten zwei Jahren vier junge Schwarze von Rassisten ermordet wurden,
- der publizistischen Arbeit gegen die Nazi-Apologeten, die behaupten, der Holocaust habe niemals stattgefunden,
- der Lobby-Arbeit für die Einführung des "Racial Harassment Bill" eines Gesetztesvorschlags, der rassistische Diskriminierung in Großbritannien unter Strafe stellen soll,
- Veranstaltungen mit kommunalen Gruppen und in Schulen, Betrieben und Volkshochschulen.

Die ARA hat eine Jugendsektion, eine Lesben- und Schwulensektion, eine Gewerkschaftssektion, Lehrersektion und andere selbstorganisierte Gruppen und arbeitet mit Initiativen in Europa zusammen, um den Rassismus und die extreme Rechte zurückzudrängen.

Kontakt: ARA Anti-Racist Alliance, PO Box 150 London WC 1X 9AT Tel. 071-2786869, Fax. 071-2786886



Beilage internationalistischer Zeitschriften, Nr. 10, Auflage: 40.000

Herausgeber: Argentinien-Nachrichten, blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Dritt Welt, Die Brücke, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, ika, ila, INKOTA-Brief, Korea-Forum, Lateinamerika Anders, Lateinamerika-Nachrichten, Philippinen-FORUM, Relaciones, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Mosambik- Nicaragua-Rundbrief, Coordination gegen BAYER-Gefahren STICHWORT, südostasien informationen, Trialog, WERRKÉN
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, D-79020 Freiburg, Tel. 0761-74 003, Fax. 0761-70 98 66
Layout: Andreas Wenzel
V.i.S.d.P.: Georg Lutz
Druck: Druckerei Dieter Weber, Freiburg

Flüchtlinge sprechen für sich selbst

Am 3./4. September 1993 hat in Göttingen die erste landesweite Konferenz von Flüchtlingen für Flüchtlinge stattgefunden. Unter dem Motto "Flucht ist kein Entkommen" trafen sich aus allen Teilen Niedersachsens über 100 nach Deutschland geflüchtete Personen aus beinahe 40 Herkunftsländern, um über ihr Leben und über Möglichkeiten der Verbesserung ihrer Situation hier in der BRD zu diskutieren.

Organisiert wurde die Konferenz, an der nur Flüchtlinge teilnahmen, vom Institut für angewandte Kulturforschung e.V. (IfaK) und der Arbeitsgemeinschaft Kommunale Ausländervertretungen Niedersachsen. Es wurde angestrebt die bisherige Diskussionsstruktur in der Flüchtlingsthematik aufzubrechen, indem Flüchtlingen der nötige Freiraum gegeben wird, eigene Diskussionszusammenhänge zu bilden. Aus diesem Grund wurde eine strikte Trennung zwischen organisatorischer und inhaltlicher Arbeit vereinbart. Dies bedeutete, daß Flüchtlinge in mehreren Treffen vorher die Inhalte der Konferenz bestimmten, während die Initiatoren sich auf die reine Organisationsarbeit beschränkten. Diese Vorgehensweise erwies sich als ausgesprochen realistisches Konzept für eine Zusammenarbeit in diesem politisch wie sozial sensiblen Bereich.

Schwerpunktthemen der Konferenzdiskussion waren:

- Individuelle Selbstgestaltung des Lebens/-Alltags in der BRD
- Das Bild der Flüchtlinge/AusländerInnen im Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit
- Zusammenarbeit mit "Deutschen" - Gleichberechtigte Partnerschaft?
- Weibliche Lebenszusammenhänge im Exilland - Workshop für Frauen
- SelbstorganisationvonFlüchtlingen/AusländerInnen - Möglichkeit der Utopie?

Insbesondere zur Verbesserung ihrer Alltagssituation formulierten die TeilnehmerInnen eine Reihe von Forderungen und Vorschlägen, die im Folgenden als vorläufiges Ergebnis der Konferenz in zusammengefaßter Form wiedergegeben werden.

Die psychische, soziale und gesellschaftliche Situation in der BRD verhindert die individuelle Selbstgestaltung des Alltags von Flüchtlingen. Eine Änderung dieser Situation kann durch ein Antidiskriminierungsgesetz in Ansätzen eingeleitet werden. Alle TeilnehmerInnen waren sich jedoch einig, daß eine Änderung ihrer Situation nur durch ihre Selbstinitiative und Selbstorganisierung erreichbar sei.

Der bisherigen, nicht den Realitäten entsprechenden Berichterstattung über Flüchtlinge und Fluchtursachen kann nur durch eigene Medienarbeit entgegengetreten werden. In den Medien gibt es aber bisher keinen Raum für Flüchtlinge, um ihre Sicht der "Dinge" darstellen zu können. Dieser Raum wird für die Zukunft als Selbstverständlichkeit eingefordert.

Aufgrund ihrer Erfahrungen stellten die KonferenzteilnehmerInnen fest, daß es bisher noch keine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Deutschen gibt. Flüchtlinge werden als "Hilfsbedürftige", als zu "betreuende Masse" behandelt, die Bestimmenden sind die Deutschen. Die Überheblichkeit der Deutschen, "über" und "für" andere zu reden, muß einem "mit"-einander-reden weichen. So wurde z.B. festgestellt, daß die Leistungen von Flüchtlingsfrauen von deutscher Seite aus dem "Gestus des Besserseins und Besserwissens" heraus nicht wahrgenommen werden.

Die Frauen waren sich darin einig, daß sie sich zusammenschließen müssen, um der wohlwollenden, jedoch z.T. entmündigenden Problemdefinition durch Institutionen und deutsche Sozialarbeiterinnen eine eigene Bedarfsformulierung entgegensetzen zu können. So können sie eine soziale Identität entwickeln. Darüber hinaus sollen deutsche Frauen endlich die Qualifikationen und Fertigkeiten von Flüchtlingsfrauen respektieren und auch bereit sein, von ihnen zu lernen. Warum gibt es z.B. keine Kurse von Flüchtlingen für Deutsche?

Schließlich bedarf es zur Einrichtung selbstorganisierter Frauengruppen besserer Finanzierungsmöglichkeiten, denn wo die Rahmenbedingungen nicht geschaffen sind, können sich kaum emanzipatorische Bewegungen entfalten. Einen ersten Schritt zur Selbstorganisierung von Flüchtlingsfrauen sehen die Teilnehmerinnen in der Konferenz selber. Weitere Treffen sind geplant

Konsens bei allen KonferenzteilnehmerInnen war, daß es notwendig und wichtig ist, eine Dachorganisation von lokalen Selbstorganisierungen der Flüchtlinge zu bilden. Die positiven Erfahrungen in den Niederlanden haben die KonferenzteilnehmerInnen davon überzeugt, daß eine Dachorganisation nur auf der Grundlage eines Minimalkonsenses, der sich ausschließlich auf die Belange und Interessen der in der BRD lebenden Flüchtlinge konzentriert, funktionieren kann. Bereits bestehende wichtige Institutionen wie der Niedersächsische Flüchtlingsrat oder die kommunalen Ausländerbeiräte können die Aufgabe eines selbstorganisierten Dachverbandes nicht erfüllen. Zum einen haben Flüchtlinge besondere Probleme, die nicht mit denen anderer AusländerInnengruppen vergleichbar sind, zum anderen sitzen im Niedersächsischen Flüchtlingsrat überwiegend Deutsche.

Die nächsten Schritte in Richtung einer Selbstorganisation umfassen eine Diskussion dieser Anregungen in bestehenden Flüchtlingsorganisationen, die oft an einzelnen Herkunftsländern und politischen oder religiösen Überzeugungen orientiert sind und die Auseinandersetzung mit möglichen Modellen bzw. den hier existierenden Rahmenbedingungen.

Zusammengestellt von Anwar Hadeed, Holger Martens, Roland Drubig
Kontakt: Institut für angewandte Kulturforschung e.V., Nicolaistr. 15, 37073 Göttingen, Tel. 0551/487141, FAX 0551/ 487143



Diese Gruppen sehen ihre Mission darin, die Bedingungen herzustellen, unter denen ihre Interessen und die Interessen des Systems (die normalerweise übereinstimmen, aber nicht immer) innerhalb des nationalen Kontexts gefördert werden können. Es gibt eine zentrale transnationale Kapitalistenklasse, die die globalen Entscheidungen trifft und die mit Teilen der transnationalen Kapitalistenklasse an einzelnen Orten bzw. in Regionen und Ländern verbunden ist. Die Ideologie, die das System vorantreibt, ist das kapitalistische Konsumversprechen (oft verwechselt mit 'Konsum im amerikanischen Stil') für alle diejenigen, die bereit sind, sich dem weltweiten kapitalistischen Projekt zu verschreiben.

Die medienvermittelte Ideologie des Konsumismus

Um die Rolle der Medien und der Kommunikation im kapitalistischen Weltsystem einschätzen zu können, müssen wir analysieren, auf welche Weise die Informationsvermittlung zu einer weltweiten 'Kulturideologie des Konsumismus' transformiert wird. Wie das vor sich geht, kann durch eine Betrachtung der dialektischen Beziehung von 'Konsumismus' und 'Amerikanisierung' gezeigt werden.

Es handelt sich um einen Prozeß gleichzeitiger kultureller und ideologischer Veränderung. Der weltweite kapitalistische Konsumismus wird durch den Verweis auf die Amerikanisierung mystifiziert, während die Amerikanisierung, d.h. die Methode der im Produktionsbereich erfolgreichsten Gesellschaft der Menschheitsgeschichte, ihrerseits dem weltweiten kapitalistischen Konsumismus ihren Stempel aufdrückt. Es muß betont werden, daß der 'Amerikanische Traum' ein wesentliches Element des Projekts eines weltumfassenden Kapitalismus ist.

Obwohl der Kapitalismus seinen Ursprung in Nordwesteuropa hatte, wurden die USA und nicht seine europäische Ausgangsregion zum Synonym des Weltkapitalismus. Die Universalisierung des Kapitalismus ist also die "Amerikanisierung" des Kapitalismus, die protestantische Ethik ist nicht mehr der Geist des Kapitalismus (wenn sie es denn je gewesen ist). Das Grundprinzip des Systems ist die Ideologie des Konsumismus. Den Kulturimperialismus und den Medienimperialismus mit den USA zu identifizieren, oder auch nur mit dem US-Kapitalismus, ist ein großer Irrtum und führt zur Mystifikation. Demnach gäbe es keinen Kulturimperialismus und Medienimperialismus mehr, wenn man den amerikanischen Einfluß ausschalten könnte. Das ist allerdings eine bloße Frage der Definition. Die Amerikanisierung ist eine mögliche Form eines Prozesses, den der weltweite Kapitalismus braucht: die Kultur und Ideologie des Konsumismus.

Medienimperialismus ohne US-Produkte

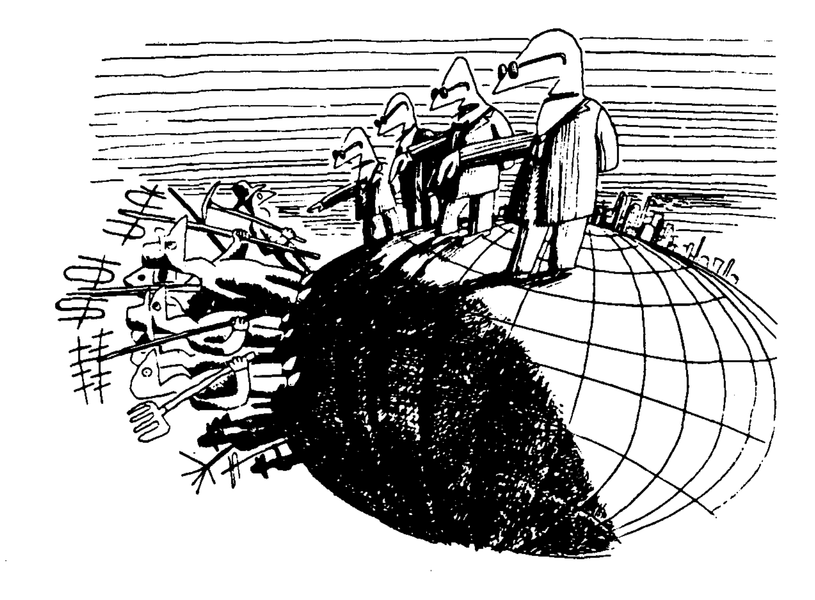
Diese These kann durch die Debatte über Telenovelas (lateinamerikanische Fernsehserien) veranschaulicht werden. Oliveira[4] gibt das Ergebnis einer großen Umfrage wieder, wonach an einem Abend im Jahr 1973 alle interviewten Personen 'Selva de Pedra'(Betondschungel) gesehen hatten, eine Familienserie des mächtigen Konzerns TV Globo, der die brasilianischen Massenmedien beherrscht. Die beste Sendezeit wird von brasilianischen Serien mit Beschlag belegt, nicht von US-amerikanischen. Laut Oliveira ist das kein Anzeichen für eine gewisse Autonomie brasilianischer Medien. Denn die TV-Produktionen transportieren nicht autochthone kulturelle Werte, sondern sind eher Resultate einer "Kreolisierung" US- amerikanischer Kulturerzeugnisse. "Es ist eine aufgemotzte Dritte-Welt-Kopie westlicher Werte, Normen, Verhaltensmuster und Sozialbeziehungen", so Oliveira, "die große Mehrheit der brasilianischen Fernsehserien dient dem gleichen Zweck wie ihre Vorbilder aus den USA, d.h. Produkte zu verkaufen"(S.6). Er zeigt, wie das Fernsehen in Brasilien zu einer reinen Werbeveranstaltung gemacht wurde und massiv die Verbrauchsgewohnheiten zu beeinflussen sucht.

"Die historische Mission der Telenovelas besteht darin, kapitalistische Wertvorstellungen zu dramatisieren und dem lateinamerikanischen Geschmack anzupassen" (S.6). Er führt den Gedanken weiter: "In Brasilien scheinen die Entwicklung der Massenmedien und die Abhängigkeit Hand in Hand zu gehen... in einer ständig gesteigerten Bemühung, den Konsumentengeschmack und die Kaufgewohnheiten zu homogenisieren"(S.200).

Mit einem ganz gegensätzlichen Ansatz zeigen Rogers und Antola[5], daß in Lateinamerika im Durchschnitt der Anteil importierter Fernsehprogramme im Zeitraum 1972-1982 gesunken ist, was der These eines wachsenden Medienimperialismus zu widersprechen scheint. Z.B. hatte die peruanische Telenovela Simplemente María in ganz Lateinamerika großen Erfolg. Simplemente María zog einen Anstieg des Verkaufs von Singer-Nähmaschinen nach sich, woraus Rogers und Antola ableiten, daß große Zuschauerzahlen und Profite erreicht werden können "und dabei gleichzeitig ein erzieherischer Zweck verfolgt werden kann, der zur nationalen Entwicklung beiträgt" (S.31). Das "erzieherische" Thema war in diesem Fall, daß ein Mädchen aus einem Slum, das eine Stelle bei einer reichen Familie bekommt, später eine bekannte Modeschöpferin werden kann, doch bleibt unklar, inwiefern dies zur nationalen Entwicklung beiträgt.

Rogers und Antola erwähnen auch das hauptsächlich mexikanische Spanish International Network (SIN). Es habe begonnen, den Medienimperialismus umzudrehen, indem es spanischsprachige Programme für die Chicanos in den USA sendet. Einen solchen Schluß kann man allerdings nur ziehen, wenn man davon ausgeht, daß das Herkunftsland einer Produktion darüber entscheidet, ob Medienimperialismus vorliegt oder nicht. Was der Erfolg von María und SIN allerdings wirklich zeigt, wie auch das brasilianische Beispiel von Oliveira, ist der Triumph des Konsumismus, egal ob ihn die transnationale Kapitalistenklasse in Nord- oder Südamerika produziert.

Roncagliolo[6] entfernt sich weiter von der Fixierung auf das Herkunftsland. Ich würde seine Argumentation als echte 'Universalisierungs'-These bezeichnen, obwohl er diese Termini nicht benutzt. Er vermeidet die Fixierung auf das Herkunftsland, indem er eine plausiblere Theorie des Kultur- und Medienimperialismus entwickelt. Dieser ist nicht in der leicht zu widerlegenden Amerikanisierung begründet, sondern in Konsumismus, der sehr viel leichter nachzuweisen ist. Roncagliolo problematisiert auch in sehr fruchtbarer Weise die 'Transnationalisierung des Konsums', indem er sie von der



'Homogenisierung' internationaler Produkte unterscheidet. Auf diese Weise erreicht er das, was ich ebenfalls versucht habe, nämlich den Begriff des Konsumismus von den konkreten Produkten zu lösen und ihn (und die Produkte) mit den Interessen in Zusammenhang zu setzen, denen sie im kapitalistischen Weltsystem dienen.

Nun wird allerdings Südamerika sehr stark von Nordamerika beeinflußt. Man könnte daher einwenden, daß die Kultur des Konsumismus, die ich hier beschrieben habe, spezifisch für den amerikanischen Kontinent ist. Untersuchungen an anderen Orten zeigen, daß das nicht der Fall ist. Ähnliche Schlußfolgerungen lassen sich aus einer Untersuchung des Publikums einer koreanischen Fernsehserie in den USA ziehen. Cho und Cho[7] interviewten Frauen, die sich Videokassetten mit der feministisch angehauchten koreanischen Fernsehserie "Die Sandburg" ausgeliehen hatten, die in Korea sehr umstritten war.

Die Koreanerinnen in den USA, die die Schlußszene der Geschichte kommentierten, in der die geschiedene Frau in ihrem Auto davonfährt, bemängelten, ein Auto sei nötig, um unabhängig zu sein, nicht um mit dem Ehemann einkaufen zu fahren, wie es im Film gezeigt worden war. Andererseits "stellt (für Koreanerinnen) ein Kaufhaus eine Gelegenheit dar, frei zu sein"(S.41). Kulturimperialismusthesen tendieren also dazu, die Fähigkeit eines nichtwestlichen (oder westlichen) Publikums zu unterschätzen, 'amerikanische' oder 'konsumistische' Symbole zu rekontextualisieren.

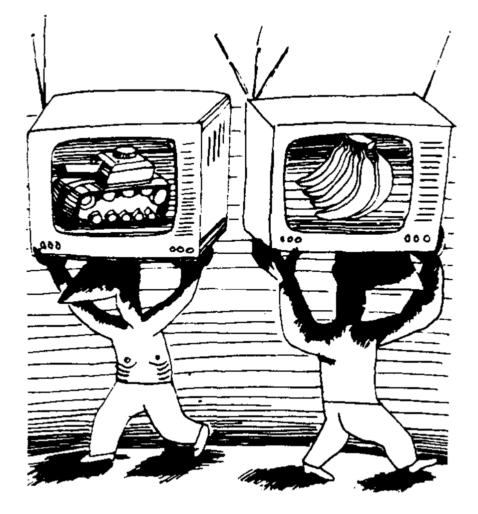
Wie die Konsumideologie auch in die Köpfe der Ärmsten dringt

Zayed[8] in Ägypten, einem Land, das sehr viel ärmer ist als Südkorea, illustriert die globale Dimension des Konsumismus an einem ganz anderen Milieu. Er sagt: "Durch den Konsumismus wird (die traditionelle Gesellschaft) teilweise verwestlicht und "modernisiert". (...) Das Eindringen des kapitalistischen Systems in die Peripherie hat zwei Prozesse zur Folge: die zunehmende Intensivierung von Marktbeziehungen, begleitet von einer Intensivierung der Konsumorientierung und einer Ausbreitung der Massenkultur, der Konzentration und Differenzierung der Produktion"(S.288). Die Studie wurde in einem der ärmeren Viertel Kairos durchgeführt und kam zu dem Ergebnis, daß "der Zustrom ausländischer Waren eine wachsende Rolle bei der Befriedigung der Bedürfnisse auch der ärmsten Gesellschaftsschichten spielt"(S.295).

Die Übernahme der Konsumkultur läuft auf drei widersprüchlichen Ebenen ab. Zum einen kann der Kauf billiger Importwaren vom Standpunkt armer Konsumenten aus wirtschaftlich vernünftig sein. Zum zweiten wird der Konsumismus von den Menschen, die ihm unterworfen sind, "als Schleier benützt, um die schwierigen materiellen Bedingungen, unter denen sie leben, zu verhüllen" und schließlich fungiert er als ein "Symbol der Existenz im Kontrast zu den sich verschlechternden Lebensbedingungen, die auch eine Folge der Abhängigkeit sind, die der Konsumismus bewirkt" (S.299). Zayeds Argumentation impliziert, daß die Menschen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wenn sie sich der Kultur des Konsumismus unterworfen haben, und daß sich notwendig Formen des Widerstands herausbilden müssen. Im Fall der Moslems kann sich dieser in religiösem Extremismus äußern, der sich ebensooft gegen den Konsumismus als solchen richtet wie gegen die Amerikanisierung.

Zayeds Untersuchung bringt das Verständnis der Kultur und Ideologie des Konsumismus als eines transnationalen Phänomens einen wichtigen Schritt weiter. Er zeigt, daß die Menschen keine 'kulturellen Idioten' sind, die gedankenlos den Anweisungen einer ausbeuterischen Gesellschaftsordnung folgen, auch wenn diese Anweisungen unterschwellig wirksam sind. Die Menschen, vor allem die Armen in der Dritten Welt, machen sich die Ideologie des Konsumismus aus einleuchtenden Gründen zu eigen. Unter manchen Bedingungen ist dies die einzige wirtschaftlich vernünftige Option, die ihnen bleibt. Es ist oft eine Falle, vielleicht immer, aber es ist eine Falle, in die man sich nicht aus Dummheit oder auch nur aus Unkenntnis begibt, sondern aus Mangel an gangbaren Alternativen.[9] Es ist eine Falle, die derjenigen gleicht, in die Bauern geraten, wenn sie ihren hungernden Kindern ihr Saatgut zu essen geben. Sie haben keine Alternative.

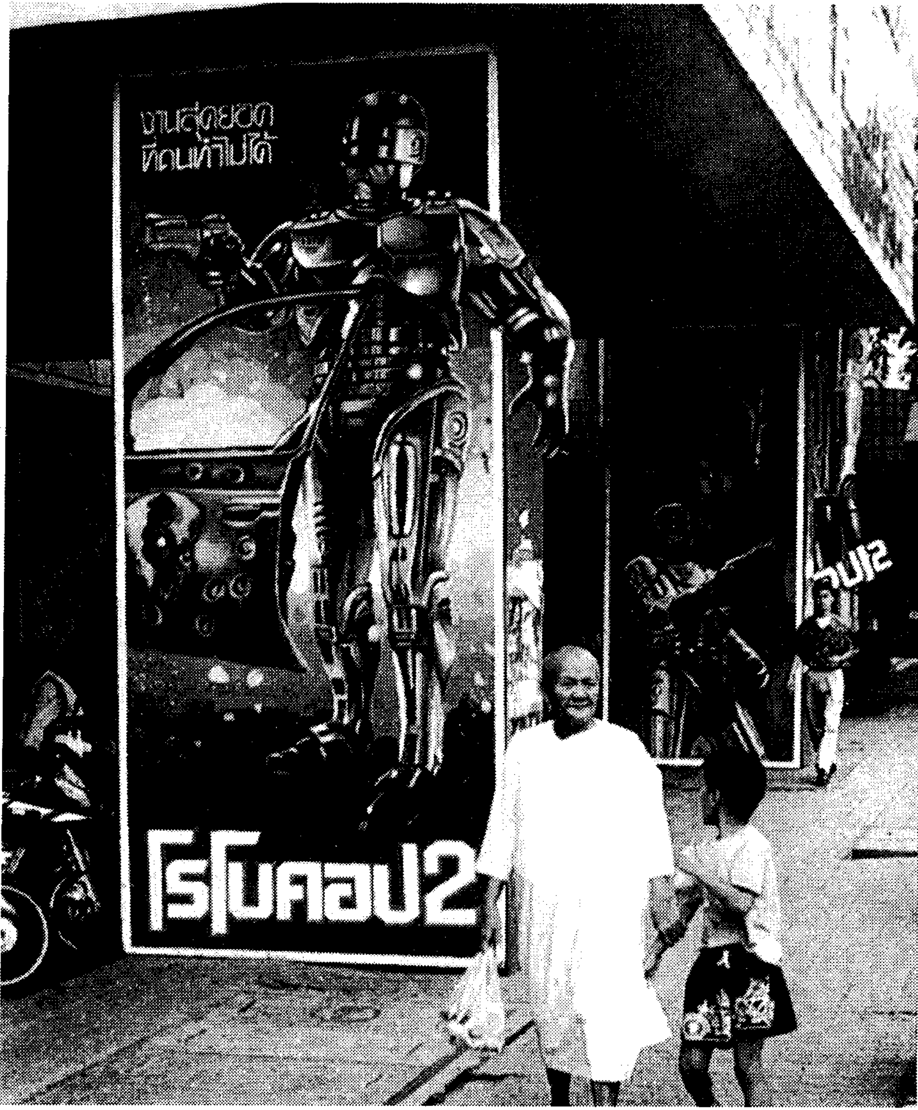
Die Kultur des Konsumismus hat natürlich keine so unmittelbar dramatischen Folgen. Sie besteht aus einer Reihe von Praktiken, die in eine Gesellschaft während eines langen Zeitraums und auf unterschiedliche Weise eindringen. Ich behaupte, daß ein wesentliches Ergebnis der Revolution in der Technologie und der politischen Ökonomie der Informatisierung seit den sechziger Jahren darin besteht, daß eine Kultur und Ideologie des Konsumismus geschaffen wurde. Kleine Minderheiten überall auf der Welt kritisieren schon seit langem den Konsumismus und die Kultur, die ihn fördert, aber erst seit kurzem wird er als weltweites Problem begriffen. Im allgemeinen hat diese Einsicht nicht die Form einer unmittelbaren Kritik des Konsumismus als solchem angenommen, sondern die Form des Protests aus der Dritten Welt gegen das, was ich oben Kultur- und Medienimperialismus genannt habe. Eine Konsequenz daraus war der Ruf nach einer neuen Weltinformationsordnung. (...)



Die Werbung und die Ausbreitung des Konsumismus

Transnationale Werbeagenturen sind zunehmend in der Dritten Welt aktiv. Sie produzieren unmittelbar Werbung in Dritte-Welt-Ländern oder leiten indirekt mittels weltweiter Marketingstrategien einheimische Werbeagenturen an, Werbung für Produkte und Dienstleistungen transnationaler Konzerne zu machen. Diese Werbung nimmt in der Dritten Welt immer mehr Raum im Radio, Fernsehen und in den Printmedien ein. Untersuchungen über die Tätigkeit transnationaler Werbeagenturen sind ein guter Beleg für die Richtigkeit der Forderung, das Augenmerk nicht so sehr auf die Zunahme oder Abnahme der 'Amerikanisierung' in der Dritten Welt zu richten, sondern auf die Schneisen, die sich die Ideologie des Konsumismus in die Gesellschaften der Dritten Welt schlägt.

Nach Angaben von Noreene Janus haben die transnationalen Werbeagenturen bereits 1980 mehr als die Hälfte ihres Gesamtumsatzes in der Dritten Welt erzielt, wobei der lateinamerikanische Markt besonders rasch expandierte[10]. Brasilien, Mexiko und Argentinien gehören zu den zwanzig größten Märkten für Werbung. Janus geht von der Annahme aus, daß "der Lebensstil, den die Werbung propagiert, implizit und explizit Vorgaben hinsichtlich des Sozialverhaltens, des politischen Handelns und des kulturellen Wandels umfaßt"[11]. Sie analysiert dies anhand des ökonomischen Kontexts, vor allem anhand der Werbung für Waren, die nicht zum Grundbedarf gehören. In den meisten Ländern konzentriert sich die Werbung auf eine relativ kleine Gruppe von Konsumgütern: Seife, Waschmittel, Tabak, Arzneimittel, Parfüm, Deodorants, Zahnpasta, Fertiggerichte, Bier und Erfrischungsgetränke. Wenn der Konsum dieser Waren zunimmt, sagt Janus, ist das weniger ein Indikator für den Grad der Entwicklung als vielmehr für die Art der Entwicklung. Es handelt sich um Waren, mit denen große Profite gemacht werden, bei denen der Anteil der Werbeausgaben an den Herstellungskosten hoch ist, die hohe Handelshemmnisse zu überwinden haben und die überwiegend von transnationalen Konzernen hergestellt werden. Das führt unausweichlich zur Transnationalisierung der einheimischen Massenmedien. Janus' eigene Untersuchungen ergaben z.B., daß transnationale Kon-



Straßenszene in Bangkok

zerne für den größten Teil der Werbung im mexikanischen Fernsehen und in lateinamerikanischen Frauenzeitschriften verantwortlich waren und für etwa ein Drittel der nichtstaatlichen Zeitungsanzeigen in Mexiko.

Das nächste Stadium des Prozesses, die Transnationalisierung der Konsumgewohnheiten, ist nicht so unproblematisch, wie oft angenommen wird. Laut Janus findet eine "ständige Konfrontation zwischen transnationaler Expansion und lokaler kultureller Expansion" statt (S.133). Sie belegt dies mit der Tatsache, daß transnationale Konzerne wie Gerber (Babynahrung) und Nestlé zugeben, daß die Verweigerungshaltung der Kunden in Lateinamerika ihr größtes Absatzproblem ist.

Transnationale Werbeagenturen wollen nicht bloß spezifische Produkte in der Dritten Welt verkaufen, sondern treiben einen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Wandel voran, um ein Konsumniveau zu sichern, das "die materielle Basis für die Ausbreitung einer standardisierten Weltkultur darstellt"(Janus, S.135). Wer das nicht glauben will, sollte sich Studien wie die von Fejes[12] ansehen, wo dokumentiert wird, wie die Militärdiktaturen in Chile und Argentinien sich transnationaler Werbeagenturen bedienten, um ihr Image aufzupolieren. Jefkins und Ugboajah kommen in ihrer Untersuchung der durch die Medien hervorgerufenen Bewunderung für westliche Helden und Produkte in Afrika zu dem gleichen Schluß[13]. Mattelart zeigt, wie sich die Massenmedien in Chile in den Jahren nach dem Putsch veränderten, als die Umsätze der Werbeagenturen sich verzehnfachten: "Es gibt keine politischen Parteien mehr, kein Parlament, die Massenmedien wurden zur Überbau-Partei der Diktatur"[14]. In Brasilien wurde die 'Pepsi-Revolution' Kampagne entworfen, um den Jugendprotest in einer repressiven Gesellschaft zu kanalisieren[15].

Konsumismus und lokale Kulturformen

Die These, daß es eine "Kultur-Ideologie des Konsumismus" gibt, läuft nicht auf die Prophezeihung hinaus, daß einheimische Kulturformen schließlich zerstört werden. Im Gegenteil gehe ich davon aus, daß manche lokale Kulturformen zerstört werden, doch andere können und werden überleben und gedeihen solange sie den Interessen des weltweiten Kapitalismus dienen. Damit sie dies tun, werden sie unvermeidlich transformiert werden, besonders in Richtung auf ihre Kommerzialisierung. Wenn man einfach behauptet, daß dies sie zerstört, blendet man die Tatsache aus, daß sich die meisten 'traditionellen' Kulturformen und -praktiken im Lauf der Zeit verändert haben und das weiterhin tun.

Die Neue Weltinformationsordnung, die damit begonnen hat, die kapitalistische Hegemonie und die Kultur des Konsumismus herauszufordern, scheint links liegengelassen worden zu sein, aber das muß nicht heißen, daß alle Kultur und Information völlig homogenisiert werden wird. Wenn mein Ansatz richtig ist, heißt das, daß lokale Kulturen überleben können und sogar gedeihen, aber in spezifischen Formen, und diese Formen können durch die universalisierende Wirkung der Ideologie des Konsumismus erklärt werden.

Leslie Sklair
in: Media Development 2/1993
Übersetzung aus dem Englischen: CN

Anmerkungen

(1) Seit den 80er Jahren ist man dazu übergegangen, eine neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung zu fordern. Aus Vereinfachungsgründen benutze ich den Begriff Weltinformationsordnung.

(2) Ich beziehe mich hier v.a. auf den Weltsystem-Ansatz von Wallerstein und seinen Mitarbeitern ...

(3) Dies ist eine stark verkürzte Wiedergabe der in meinem Buch ausgeführten Theorie (Sklair,L.: Sociology of the Global System, London, Harvester 1991, Baltimore, Johns Hopkins University Press, 1991)

(4) Oliveira, O.S.: "Brazilian Soaps outshine Hollywood: Is cultural imperialism fading?" in: Nordenstreng u. Schiller, (Hg.): Mass Communication: An American Empire, Boulder, Westview 1992

(5) Rogers,E. und Antola,L.: "Telenovelas: A Latin American Success Story" Journal of Communication, 35,Herbst 1985, S.25-35

(6) Roncagliolo,R. "Transnational Communication and Culture" in: Atwood u. McAnany (Hg.): Communication and Latin American Society. Trends in Critical Research, 1960-1985, Madison, University of Wisconsin Press, 1986

(7) Cho, M.L. u. C.H.: "Women watching together: An Ethnographic Study of Corean Soap Opera Fans in the US", Cultural Studies,4, Jan. 1990, S.30-44.

(8) Zayed, A.: "Popular Culture and Consumerism in Underdeveloped Urban Areas. A Study of the Cairene Quarter of Al-Sharrabiyya" in: Stauth,G. u. Zubaida,S. (Hg.): Mass Culture, Popular Culture and Social Life in the Middle East, Boulder, Westview, 1987

(9) O.S.Oliveira berichtet, daß es in kleinen Dörfern im Landesinneren von Brasilien oder Belize leichter ist, Coca Cola zu bekommen (für umgerechnet 20 Cent), als sauberes Wasser.

(10) Anderson, M., Madison Avenue in Asia, New York, Associated University Presses, 1984. Nur die USA gaben Mitte der 80er Jahre mehr als 2% ihres Bruttosozialprodukts für Werbung aus. 14 weitere Länder, darunter zahlreiche lateinamerikanische Länder, gaben mehr als 1% aus.

(11) Atwood u. McAnany op. cit. S.128

(12) Fejes, F.: "The Growth of Multinational Advertising Agencies in Latin America" in: Journal of Communication, 30, Herbst 1980, S.36-49

(13) Jefkins,F. u. Ugboajah,F.: Communications in Industrialising Countries, London, Macmillan 1986

(14) Mattelart,A.:"The Nature of Communication Practice in a Dependent Society" in: Latin American Perspectives, Winter 1978, S.13-34

(15) Fejes, op. cit.

Den Süden für sich selbst sprechen lassen

Zur Idee von Global Television Network

Hungersnöte, Kriege, Naturkatastrophen - das sind die Bilder und Inhalte, die das Image der Entwicklungsländer prägen, vermittelt durch das Fernsehen. Und dies nicht nur im reichen Norden, sondern auch in den Ländern der 'Dritten Welt' selbst, in denen das Massenmedium durch die Verbreitung der Satelliten an Bedeutung und Einfluß zunimmt.

Den Süden für sich selbst sprechen zu lassen, ist die grundlegende Idee des Global Television Network. Die Initiative für das Projekt ist aus dem Umweltgipfel in Rio 1992 hervorgegangen, bei dem sich sechs Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Kommunikation und Entwicklung zu einem Konsortium zusammengeschlossen haben: Inter Press Service (IPS), Worldview International Foundation (WIF), Television for Environment (TVE), Instituto para America Latina (IPAL), Press Foundation of Asia und das Global Forum.

Die Projektidee stützt sich auf die beachtliche Zunahme an Sendekapazitäten und die Vergrößerung der Reichweiten durch die Verbreitung der neuen Technologien in der internationalen Kommunikation. Die Begründer von Global Television Network sehen hierin eine Chance, den vom Norden geprägten Programmangeboten neue, andere hinzuzufügen.

Durch die Einbindung des Südens in den internationalen Kommunikationsprozeß mit den Werten und Interessen dieser Menschen und ihrer Kulturen soll Entwicklung global gefördert werden. Ziel von Global Television Network ist, durch einen internationalen Austausch von positiven wie negativen Erfahrungen, von Ideen und Aktionen, zur Verbesserung der Lebensbedingungen beizutragen.

Grundlage für die Schaffung des Global Television Network sind bereits bestehende Strukturen. Die vorhandenen lokalen und regionalen Organisationen, sendetechnischen Einrichtungen und Videoproduktionsgruppen gilt es, miteinander zu vernetzen. So gibt es beispielsweise in Lateinamerika rund 2.000 Videoproduktionseinheiten, die Berichte mit entwicklungspolitischen Inhalten drehen. Aufgrund mangelnder Sende- und Vertriebsmöglichkeiten erreichen diese Produktionen nur eine begrenzte und marginale Gruppe von Zuschauern - obwohl die Inhalte die große Mehrheit der Bevölkerung in Lateinamerika sowie der Weltbevölkerung betreffen.

Das Global-Television-Network-Konsortium kann auf vielfältige Kapazitäten und ein breit gefächertes Knowhow seiner Mitglieder zurückgreifen. Worldview International Foundation (WIF) verfügt über eine große Zahl von ausgebildeten Journalisten und Fernsehproduktionsstudios im Süden; Inter Press Service (IPS) hat Korrespondenten in 106 Ländern. Television for Environment (TVE) kann Vertriebswege bereitstellen, über die in den 80er Jahren mehr als 20.000 Videokassetten weltweit verbreitet wurden und das Global Forum verfügt über ein Netzwerk von mindestens 10.000 Nichtregierungsorganisationen.

Neben der Vernetzung der Kapazitäten ist die Produktion eines eigenen Programms geplant. Mit dem Titel "We, the people" soll in der ersten Phase der Realisierung des Projektes wöchentlich ein einstündiges Magazin gesendet werden. Zur Zeit arbeiten Fernsehproduktionsgruppen von Worldview International Foundation und Instituto para America Latina (IPAL) an dem ersten Magazin, das über verschiedene Satellitenkanäle ausgestrahlt werden soll. Das skandinavische Satellitenfernsehen 'Nord SAT' hat Global Television Network bereits ein wöchentliches Fenster zur Verfügung gestellt. Für den Sendebereich Europa wird für Global Television Network ein Sendeplatz auf 'Intelsat 7' ab Mitte 1994 bereitgestellt. Mit weiteren, z.B. 'Superchannel' oder 'Starnet' laufen derzeit Verhandlungen.

Die Planung und Koordination wird in der Anfangsphase von Inter Press Service International in Rom geleistet, ein Teil der Arbeit von Television for Environment London, Instituto para America Latina in Lima und Press Foundation of Asia in Manila.

Das Global-Television-Network-Programm soll je nach Entwicklung der Produktions- und Sendekapazitäten weltweit schrittweise erweitert werden. In Vorbereitung ist z.B. schon das Global- Television-Network-Projekt 'Street Children TV', bei dem Straßenkindern die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Situation selbst zu dokumentieren.

Langfristiges Ziel ist ein 24-stündiges Programm mit entwicklungsbezogenen Inhalten, aus allen Erdteilen zusammengestellt und mit größtmöglicher Verbreitung.

Im technischen Bereich besteht das langfristige Ziel in der Verbindung verschiedener Satellitensysteme zu einem globalen Satelliten-Netzwerk. Eine enge Zusammenarbeit mit bestehenden alternativen regionalen oder nationalen Netzwerken, wie z.B. dem erfolgreichen 'Vision-TV' in Kanada, sollen hierfür die Basis bieten.

Petra Krischok und Nannette Kröker

NEU !

Dokumentation von aktuellen Presseartikeln zum Thema:

„Außer Spesen nichts gewesen"
Im Jahr nach der UNCED-Konferenz in Rio.

Umfang ca. 60 Seiten, DIN A 4, für 9,- DM + 3,- DM Porto zu bestellen bei: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel. 07 61 / 7 40 03, Fax 07 61 / 70 98 66

Medien und Entwicklung

Wie Müllsammler eine Sprache finden

Moderne Massenmedien und interpersonale Kommunikationsprozesse sind unverzichtbare Elemente jeder Entwicklungsplanung, die auf sozialen Wandel abzielt. Dieselben Medien jedoch, von denen ein Beitrag zu Demokratisierung, Pluralismus und Entwicklung erwartet wird, stehen gleichzeitig wegen Kulturimperialismus, Konsumorientierung und Erhaltung des politischen Status Quo im Kreuzfeuer der Kritik. Deswegen wurden Rolle und Wirkung der Medienförderung und der Entwicklungskommunikation als Bestandteile der Entwicklungszusammenarbeit immer schon von Theoretikern wie Praktikern kontrovers diskutiert.

„Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. Er wäre dazu großartig geeignet, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen."

Berthold Brecht, 1932

Die rasch zunehmende Internationalisierung und Kommerzialisierung der Massenmedien lassen viele der alten Fragen der Entwicklungskommunikation unbeantwortet und neue kommen ständig hinzu. Die Fortschrittseuphorie der 60er Jahre hinsichtlich Hörfunk und Fernsehen oder die der 80er Jahre hinsichtlich der 'rural satellites' und 'barefoot microships' sollte eigentlich der Vergangenheit angehören. Jedoch hat es der spätere Skeptizismus bezüglich der Medienwirkung nicht geschafft, diese wirklich zu verdrängen.

Insofern gilt Brechts Rundfunkkritik auch heute noch für die meisten Medien im Dienste von 'Entwicklungskommunikation'. Auch gilt nach wie vor, daß die Gründe für die Einseitigkeit der Medien nicht technischer, sondern polit-ökonomischer Natur sind: ob Radio/TV in den 60ern oder Satelliten/Computer in den 80ern - vorhandene Technologien werden aufgrund der Herrschafts- und Profitinteressen von Machteliten selten genutzt, um Dialog zu stiften. Im Gegenteil, der medienvermittelte Zugriff dieser Eliten auf die Köpfe und Portemonnaies der Menschen in Nord und Süd - und Ost, neuerdings - hat eher zu- als abgenommen, was die Verwendung der von ihnen kontrollierten Systeme für entwicklungspolitische Vorhaben nicht erleichtert.

Medien als Distributionsapparate

Gesteigerte Informationsmengen und immer mehr zentral programmierte Medien rauben dem Nutzer Primärerfahrung, eigenverantwortlichen Handlungsraum und Kommunikationsmöglichkeiten. Außerdem ist es irreführend, was entwicklungspolitisch und mediendidaktisch oft stillschweigend vorausgesetzt wird: Information sei ein „missing link" zwischen Problem und Lösung. Wo wirtschaftliche Ressourcen, soziale Organisation oder politischer Verhandlungsspielraum fehlen - und das ist das tägliche Brot der Entwicklungsarbeit - da wird auch die ausgeklügeltste Informationsstrategie das Problem nicht lösen.

In Deutschland - weltweit nach wie vor eins der wichtigsten Geberländer in Sachen entwicklungspolitische Medienförderung - wird diese Debatte von einem inneren Zirkel der damit befaßten Projektdurchführungs- oder Ausbildungsorganisationen wie GTZ, die politischen Stiftungen, die Deutsche Welle oder der SFB ohne nennenswerte wissenschaftliche oder öffentliche Beteiligung geführt. So fand die letzte Fachkonferenz zum Thema 1983 in Hohenheim statt.

Eine Konferenz mit dem Titel „Media Support and Development Communication in a World of Change" am 19.-20.11.1993 in Berlin will diese Lücke füllen. Ihr Leitmotiv ist an die Forderung von Brecht angelehnt - daß Medien von undemokratischen und nicht-partizipativen Mitteln der Informationsverbreitung in dialoghafte Kommunikationsprozesse und Medienproduktion nicht für oder über, sondern von oder mit den betroffenen Menschen umgewandelt werden müssen. Daß dies zumindest ansatzweise möglich ist - dafür steht das folgende Beispiel.

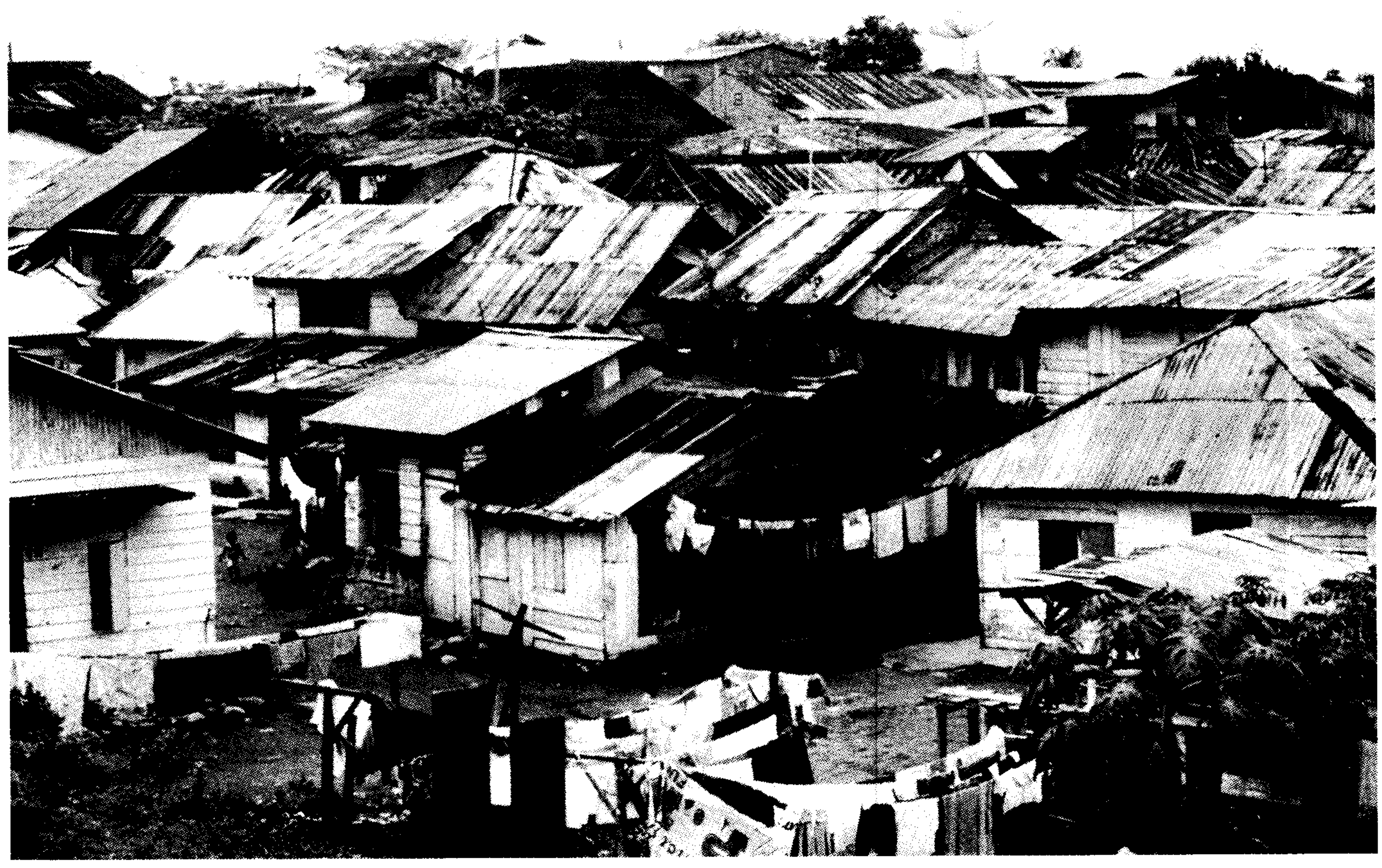
Ein Projekt für Indonesiens Müllsammler

In Indonesien ist das Ansehen der Müllsammler bei staatlichen Stellen und in der Bevölkerung gering. Sie werden als kriminell, als Stadtstreicher oder sogar als Unberührbare eingestuft. Und das obwohl sie wichtige Funktionen erfüllen. Umweltpolitisch betrachtet, tragen sie einen Teil der ökologischen Folgekosten von Entwicklung ab, in dem sie Abfall recyceln. Sie sorgen für ihren eigenen Lebensunterhalt und die Rohstoffe, die aus dem Abfall wiedergewonnen werden, zahlen sich für die formale Ökonomie in klingender Münze aus. Alleine in Jakarta handelt es sich dabei um eine jährliche Summe von rund 50 Millionen US-Dollar.

Da ihre Arbeit rechtlich und sozial nicht geregelt ist, werden Müllsammler oft Opfer von Vertreibung, Schutzgelderpressung und Ausbeutung durch Mittelsmänner, Privatleute und Stadtverwaltungen. Üblicherweise wird ihnen der Zugang zu Entscheidungsgremien, festem Einkommen, Bildung, öffentlichen Dienstleistungen und zu den Medien verwehrt - ihre Leistungen finden keine Anerkennung.

Ein umfassender Medienansatz

Seit Mitte 1991 existiert ein von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit finanziertes und vom Innenministerium



Blechhüttenstadt in Jakarta. Auch hier ist Satellitenempfang gewährleistet

unterstütztes 'Programm zur Förderung der Müllsammler'. Es wird von Nichtregierungsorganisationen (NRO) in den drei Großstädten Jakarta, Bandung und Surabaya durchgeführt. Mit dem Programm sollen das Einkommen der Müllsammler verbessert und ihr Selbstwertgefühl gestärkt werden. Gleichzeitig soll die Bevölkerung über die elenden Lebensbedingungen der Müllsammler aufgeklärt werden, aber auch über die Bedeutung von Müllsammeln und Müllwiederverwertung.

Mit Hilfe von projektunterstützendem Medieneinsatz als einer von mehreren Komponenten des Gesamtkonzepts des Programms sollen Einstellungsänderungen auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene erreicht werden.

In dem Programm soll nicht über oder für die Müllsammler etwas getan werden, sondern mit ihnen und durch sie. Die Veränderungen sollen sich dadurch ergeben, daß das Selbstbewußtsein der Müllsammler gestärkt wird und dadurch daß ihre Arbeit ihnen vermehrt zu Ansehen und Einkommen verhilft. Die Imageverbesserung soll durch eine konzentrierte Berichterstattung über das Leben, die Nöte und die Leistungen der Müllsammler erreicht werden.

Das Straßentheater der Müllsammler

Straßentheater kann jederzeit, an jedem Ort und fast ohne Kosten aufgeführt werden, wenn sich die Theatergruppe erst einmal die grundlegende Spieltechnik und den dramaturgischen Aufbau solcher Stücke zu eigen gemacht hat. Wird das Theater für Entwicklungsfragen oder Lobbyarbeit im Stadtteil der Betroffenen eingesetzt, dann steigt die Aufmerksamkeit, die die Stücke erhalten, drastisch.

Die Müllsammler sind es nicht gewohnt, sich für ihre sozialen, politischen und wirtschaftlichen Belange einzusetzen. Sie leben in einer 'Kultur des Schweigens'. Sie haben aus Erfahrung gelernt, daß es besser ist, den Mund zu halten. Hausfrauen, Polizisten, Geschäftsleute oder städtische Beamte sitzen sowieso am längeren Hebel und betrachten sie als 'Rechtlose'.

Werden jedoch ihre Ansichten durch ein Medium, wie beispielsweise das Theaterspiel, das gleichzeitig informativ und unterhaltend wirkt, 'übersetzt', dann funktioniert Kommunikation. Wird diese Chance wahrgenommen, dann sind die Müllsammler in der Lage mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die sie sonst nicht einmal wahrnehmen.

Die für die Auftritte notwendige Grundausbildung wird von Medienpädagogen (community media activists) einer örtlichen Nichtregierungsorganisation geleistet. Die Geschichten handeln nicht nur von den Problemen der Müllsammler, sondern beinhalten Lösungsvorschläge und thematisieren Hilfestellungen, die die Müllsammler in ihrer Arbeit unterstützen können. Die Müllsammler tragen die Inhalte für die Stücke selbst zusammen. Ihre Lebensgeschichten, ihr Humor, ihre Wortspiele und sprachlichen Eigenheiten werden so zum Ventil für Kritik und werben gleichzeitig für Verständnis. Dies geschieht in einer Form, die vom Publikum, bestehend aus ihren Nachbarn und den Beamten der Kommune, in der die Müllsammler wohnen, angenommen wird. Oft schon waren Theateraufführungen der Ausgangspunkt für längere Dialoge. Auf jeden Fall erhöhen die Aufführungen die Sensibilität für die Situation der Müllsammler.

Orientierungsseminare für Journalisten

In diesen Seminaren für Radio- und Zeitungsjournalisten der Region werden sie in einem ersten Schritt mit 'harten Fakten' über die Müllsammler eingedeckt. Danach werden sie mit dem Alltag auf den Müllkippen, mit der Müllverarbeitung und den eigeninitiierten Kooperativen und Schulen der Müllsammler konfrontiert. Sehr oft gehen aus diesen Begegnungen und Diskussionen mit den Müllsammlern Zeitungs- und Rundfunkberichte hervor, die die Rolle dieser Menschen in der Gesellschaft und ihren Beitrag zum Umweltschutz sehr positiv einschätzen.

Ebenfalls auf regionaler Ebene werden Programme, Seminare und Gespräche mit

ähnlichem Inhalt mit Beamten, Geschäftsleuten und Banken durchgeführt, so daß die Müllsammler die Chance erhalten sich für einen besseren rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Status einzusetzen.

Landesweite Fernsehserie

Ein neuer Fernsehkanal für Bildungsprogramme will im ganzen Land eine 13teilige Fernsehserie über die Lebensbedingungen der Müllsammler und ihre ökologischen und ökonomischen Leistungen für die Gesellschaft ausstrahlen. Die Serie wird von der NRO produziert, die die Theaterausbildung durchführt. Dabei sind die Müllsammler beim Skriptschreiben, Regieführen und auch als Schauspieler an der Produktion beteiligt, so daß die Serie sich als außerordentlich authentisch erweist.

Die teils dokumentarischen, teils nachgespielten Szenen zeigen die beachtenswerten Fortschritte, die die Müllsammler durch ihr gestärktes Selbstbewußtsein machten. Gleichzeitig geben Sprecher in den Serien Tips, wie Müllsammler in ihrer Arbeit unterstützt werden können.

Die Gespräche und Kontakte, die die vermittelnde NRO anstößt, eröffnet dieser nicht-privilegierten Gruppe den Zugang zu den lokalen, regionalen und überregionalen Medien, aber auch zu Entscheidungsträgern des ökonomischen und politischen Bereichs. Die bisherige Arbeit hat gezeigt, daß die Müllsammler durch das gestiegene Ansehen, das ihnen von außerhalb ihrer Gemeinschaft zuteil wird, an Selbstwertgefühl und Selbstbewußtsein gewonnen haben, daß sie sich vermehrt trauen eigene Ansprüche zu formulieren und ihre Probleme anzusprechen. Dadurch wurden ihnen wiederum verstärkt Rechte zugestanden und es wurde ihnen weiterer Respekt von anderen gesellschaftlichen Gruppen entgegengebracht.

Die Öffentlichkeit hat ebenfalls einen Nutzen von dem Projekt. Hatte man noch vor kurzem die Müllsammler als geistig zurückgeblieben wahrgenommen, so berichten heute zwei Tageszeitungen in Surabaya und Jakarta und ein Radiosender in Bandung in regelmäßigen Kolumnen und Sendungen über die Vielfalt des informellen Sektors. Erfolgreich war das Projekt, weil die Medien nicht als Machtinstrument benutzt und die Müllsammler nicht als passive Zielobjekte betrachtet wurden. Die informativen, erzieherischen und unterhaltenden Möglichkeiten der Medien wurden nicht nur dazu genutzt um Menschen eine Stimme zu geben, sondern, sie wurden eingesetzt, damit diese Stimme von allen gehört und verstanden werden konnte.

Integrative Entwicklungskommunikation durch Basismedien

Das beschriebene Projekt ist deshalb interessant, weil es sich so grundlegend von der klassischen Medienförderung (Studiotechnik, Journalistenausbildung) unterscheidet. Wie bei vergleichbaren Projekten (z.B. Kheda TV im Nordwesten Indiens, 'People in Communication' auf den Philippinen oder das Mediennetzwerk ECO in Chile) ist das Ziel nicht Informationsverbreitung für bestimmte 'Zielgruppen', sondern Kommunikationsförderung mit und von den Betroffenen der nach wie vor ungelösten Entwicklungsprobleme wie strukturelle Armut, ungleiche Verteilung, ungesicherte Grundbedürfnisse und Subsistenz. Stellenwert und Nutzen von Massenmedien oder Information werden nicht in Abrede gestellt. Aber in den komplexen, risikobehafteten sozio-ökonomischen Wandlungsprozessen - nicht nur - der Dritten Welt läuft Entwicklung in entscheidenden Phasen mittels interpersonaler Kommunikation in überschaubaren Gruppen, Netzwerken und Gemeinschaften.

Das angeführte Beispiel zeigt, daß die Bandbreite der verwendeten Medien - von Fernsehen bis Theater - die sonst üblichen Kategorien „moderne", „traditionelle", „Gruppen-Medien" usw. sprengt. Mit denen assoziiert man abnehmende öffentliche Verfügungsgewalt bei zunehmender medientechnischer Komplexität, oder umgekehrt: je einfacher das Medium, desto partizipativer. Stattdessen spielen bei der Arbeit mit und von Betroffenen der Zugang zu und die aktive Beteiligung an den Medien und, wenn immer möglich, deren Management eine größere Rolle als deren Auswahl. Häufig wird dieser Ansatz als „community communication" oder „Basiskommunikation" bezeichnet.

Aus Erfahrungen mit diesem und anderen Projekten kristallisieren sich wesentliche Elemente und Funktionen von „people" oder „action-oriented communication" heraus:

- Realität und Probleme spezifischer Bezugsgruppen - oft von struktureller Ungleichheit, Armut, Organisationsmangel geprägt - bilden den Ausgangspunkt der Kommunikationsplanung.
- Medienarbeit ist in bestehende Entwicklungsmaßnahmen integriert und an den Prinzipien Zugang, Partizipation und Mit- oder Selbstbestimmung orientiert.
- Die horizontalen Kommunikationsprozesse motivieren und mobilisieren für verhaltensänderndes Handeln.
- Diese Prozesse bilden die Schnittstelle von Kommunikationsnetzen für soziales Lernen vor Ort wie auch vertikal im Austausch mit NRO, Massenmedien, Forschungsstätten etc.
- Hierbei spielen oft lokale Führer, NRO, kirchliche Dienste etc. eine wichtige Mittlerrolle zwischen funktionale Gruppen an der Basis und Institutionen auf übergeordneten Ebenen.

Marginale, nicht-privilegiert Gruppen, die in manchen Ländern die Bevölkerungsmehrheit bilden, sind gegenwärtig nahezu kraft- und machtlos. Insofern sollte Entwicklungskommunikation darauf abzielen, deren Verhandlungsposition zu stärken. Da die Machtlosigkeit oft mit mangelnden Organisationsfähigkeiten einhergeht, sollten entwicklungsunterstützende Medien „kommunikative Kompetenz" schaffen. Damit tragen sie zur Stärkung freiheitlicher Orientierungen wie individuelle Emanzipation, Bürgerrechte, Herstellung von Öffentlichkeit, Machtkontrolle, Pluralismus etc. bei. Außerdem bieten sie wirkungsvolle Instrumente für Informationssuche und Feedback, wie sie in komplexen Planungs- und Steuerungsabläufen unabdingbar sind.

Die Frage, ob Basismedien die mit sozialer Ungerechtigkeit und Machtmißbrauch verbundenen Probleme lösen helfen können, ist nicht mit Sicherheit zu beantworten, aber vielleicht könnte man mit einem Brecht-Zitat kontern: *„Sollten Sie dies für utopisch halten, so bitte ich Sie, darüber nachzudenken, warum es utopisch ist".*

Manfred Oepen

Media Support and Development Communication in a World of Change

New Answers to Old Questions?

Berlin, 19.-20. November, 1993
Die Berliner Konferenz wird Experten im Bereich Medienförderung und Entwicklungskommunikation aus aller Welt zusammenführen, um Fragen nach der Rolle von Medien im Entwicklungsprozeß im Kontext einer neuen Weltordnung kontrovers zu debattieren.
Am Freitag und Samstag finden jeweils öffentliche Podiumsdiskussionen statt. Für die Teilnahme an der gesamten Konferenz ist eine vorherige Anmeldung erforderlich. Gebühr: 150,- DM, ermäßigt 40,- DM.
Für Anmeldungen und weitere Informationen steht ein Projektbüro montags und donnerstags (11-17 Uhr) zur Verfügung: Tel. 030 - 77 92-807.

Bücher sind das Letzte

Literaturförderung und Verlagswesen in Afrika

Afrika steckt in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Die Art der Krisenregulierung wirkt sich verheerend auf das Verlagswesen, die Printmedien und auf den Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung aus. Die Entwicklung in Ugandas Verlags- und Theaterszene dient Wolfram Frommlet als Beleg dafür, daß zur Zeit nur die verstärkte Gewährung von Pressefreiheit und Eigeninitiative neue Projekte ermöglicht. Diese können allerdings den allgemeinen Mangel an Kaufkraft nicht überwinden.

Die Manuskripte türmen sich in Ecken und Regalen, sie haben Staub angesetzt und manches Blatt ist bereits vergilbt. Obenauf liegen die jüngsten Eingänge - knapp ein Jahr alt, der Bodensatz bringt es auf sieben Jahre. Manuskripte tansanischer Autoren, die immerhin den Weg in ein Verlagsbüro geschafft haben. Mehr allerdings wird für das Gros nicht drin sein, denn, resümiert der ehemalige Verlagsleiter Walter Magoya vom Tanzania Publishing House seine jahrelange Tätigkeit, nur für ein paar davon reicht das zugeteilte Papier, kann der staatliche Verlag die Druckkosten, das Binden, den Vertrieb vorfinanzieren. Was als Erlös aus den wenigen Buchhandlungen zurückfließt, deckt die Herstellungskosten nicht, weil Bücher in einem Lande wie Tansania nur subventioniert Käufer finden. Wo das Käuferpotential und logischerweise die Auflagen gering sind, überlegt sich ein afrikanischer Verleger zehnmal, wieviele Titel er pro Jahr publiziert - und so dauert es im Schnitt zwischen fünf und sieben Jahre, bis ein angenommenes Buchmanuskript auf dem Markt erscheint.

Was für Tansania gilt, findet man inzwischen in jedem Land Afrikas - die Länder des Kontinents fallen in einen Vor-Gutenbergischen Zustand zurück: Gesellschaften ohne Bücher, ohne Literatur. Ohne gedruckte Literatur. Denn Themen gibt es so viele wie Autoren, die sie in Geschichten verwandeln, in Romane, Gedichte und Stücke. Ausnahmen in Afrika sind noch Zimbabwe und Südafrika. Selbst das Land mit der stärksten Literaturszene - Nigeria - verfügt nur noch über Rudimente eines Verlagswesens.

Als Hermann Schulz, der Verleger des Wuppertaler Peter Hammer Verlages, sich auf der Suche nach Autoren in Zaire aufhielt und in einem Rundfunkinterview nationale Schriftsteller bat, ihm Manuskripte zu bringen, warteten am nächsten Morgen Hunderte in einer endlosen Schlange mit ihren unveröffentlichten Werken. Niemand hatte sie je gelesen, geprüft, korrigiert und ediert, weil es an den Verlagsmöglichkeiten selbst in der Hauptstadt des Riesenlandes fehlt. Manche waren noch am Vortag aufgebrochen, aus entlegenen Dörfern und Kleinstädten, wo kein Verleger sich je hinverirren würde.

1978 hatte ich die Chance, mit bundesdeutschen Entwicklungshilfegeldern im afrikanischen Sambia den ersten Schriftstellerkongreß des jungen Landes zu organisieren - immerhin 14 Jahre nach der Unabhängigkeit. Dem nationalen Verlag NECZAM hatten dafür die Mittel gefehlt. Nie hatten sich seit der Unabhängigkeit schreibende Talente in diesem Lande getroffen. Ganz unschuldig sind die afrikanischen Regierungen an der desolaten Situation nicht: wie überall, wurden auch in Sambia von einer neo-kolonialen Elite Unsummen ins Farbfernsehen investiert, in Übertragungswagen, die kein Dorf erreichen und keine Theatertruppe dokumentieren, sondern die stundenlangen entwicklungspolitischen Lügen aus dem "Sportstadion der Unabhängigkeit". Das Personal wird für entsprechende medienpolitische Leerköpfigkeiten für Millionen DM jährlich bei der SFB-Fernsehausbildungsstätte in Berlin geschult, während sich für dieselben Mittel Hunderte von Afrikanern in Buchherstellung, Desk-Top-Publishing, Grafik und Illustration etc. ausbilden ließen. In Sambia kann man sowenig wie in Ghana, Kenia oder Nigeria die Werke von Autoren aus Nachbarländern kaufen, weil es angeblich an "harter" Währung fehle. Die aber ist für den Import von US-amerikanischen Seifenopern für die nationalen Fernsehanstalten sehr wohl vorhanden. Bei "Kingstons", Lusakas einziger Buchhandlung, gibt es heute Gemüse statt afrikanischer Literatur. Aber für den Import von "Lady Di" Ausschneidebüchern, für "Vogue" und ähnliche "taste transfer" Magazine findet sich in staatlichen Stellen immer jemand, der die begehrten Pfund für den Import bewilligt!

Banker sind nicht an Kultur interessiert

Weltbank und Internationaler Währungsfonds zwingen die Länder Afrikas zu Strukturanpassungen, die nichts anderes heißen, als alles über Bord zu werfen, was keinen Profit bringt, was nicht gut ist zur Schuldentilgung und zur Exportsteigerung. Bücher bringen keinen Profit in Ländern der Dritten Welt. Kultur - vorrangig Theater und Bücher - bräuchte Subventionen, die, wenngleich in bescheidenem Maße und oft unter staatlicher Zensur, viele der jungen Regierungen auch jahrelang bewilligten. Nun ist damit Schluß. Banker sind nicht an Kultur interessiert - sondern an landwirtschaftlichen Monokulturen, mit denen sich Devisen erwirtschaften lassen, die der Norden umgehend wieder kassiert.

"Den Menschen in meinem Land fehlt es an so viel Grundlegendem, daß für Kultur nichts übrig bleibt, auch wenn wir wissen, daß ein Volk sich nicht ohne Kultur entwickeln kann", sagte mir vor einiger Zeit Ugandas Botschafter in Bonn.

Uganda als Beispiel. Kampala, an einem Sonntag nachmittag im August 93. Der heruntergekommene Theatersaal in einem Vorort füllt sich zu einem großen Familienfest. Kinder rennen herum, Babys werden gestillt, Freunde begrüßt, Erdnüsse und Bier verkauft. Aus einem Fossil von Lautsprecher krächzt die Nationalhymne. Dann beginnt für die folgenden drei Stunden ein "armes

Theater", das fast ohne Technik, ohne Geld auskommt, von der Körperlichkeit der Darsteller lebt, von Mimik, Sprachwitz, von einer Sprache, die das Publikum versteht. Volkstheater, denn, wie in vielen Ecken der Hauptstadt an einem Wochenende, gibt auch in diesem Stück das Publikum ungeniert und zur allgemeinen Freude seine Kommentare ab, begleitet die Charaktere mit Beifalls- oder Unmutsäußerungen.

Bevor das Stück losgeht, singt eine Gruppe junger Leute vor dem zerschlissenen Theatervorhang, gestisch untermalt, was man eine politische Moritat nennen könnte. Ein Loblied auf die Regierung des Präsidenten Yoweri Museveni, ein Appell, die entsetzliche Vergangenheit nicht zu vergessen, sondern aus ihr zu lernen und den gegenwärtigen Frieden zu nutzen. "Laßt uns die fruchtbare ugandische Erde gemeinsam bebauen, die Wunden der Vergangenheit heilen, und uns als Brüder und Schwestern eines Landes begegnen."

Kein Regierungsbeamter hat die jungen Leute gezwungen oder bezahlt, den Präsidenten zu preisen, wie dies andernorts so gerne von afrikanischen Regierungen getan wird.



Mehrmals hörte ich bei Theateraufführungen Einlagen dieser Art in den Pausen oder vor dem Stück. Sie drücken aus, was einem die Menschen täglich, ohne danach gefragt zu sein, sagen: daß die vergangenen acht Jahre die ersten seien in der 31-jährigen Unabhängigkeit, in denen sie ohne Angst, ohne Mord und Verfolgung leben können und zu allem ihre Meinung äußern dürfen, auch und gerade zur Regierung.

Es gibt keine Zensur mehr und gleichzeitig, nach all den Jahren des Terrors einen unvorstellbaren Hunger nach Kultur. Kampala erlebt einen Boom an Theatergruppen, mit faszinierenden Talenten, die sich nicht entwickeln können, weil kein Geld für eine Theaterakademie vorhanden ist. Aufs Land, wo 90% der Bevölkerung leben, kommen sie nicht, denn keine der Gruppen erhält auch nur einen Schilling Zuschuß. Die Eintrittsgelder aus der Stadt reichen gerade, die aus eigener Tasche vorfinanzierten Kostüme und Requisiten zurückzuzahlen. "Einen Minibus zu mieten, um in die Dörfer zu fahren, ist da nicht mehr drin", erklärt mir Ronald Nsumba, Autor und Regisseur der Gruppe "The Cobras". Und selbst wenn, sie würden die Kosten nicht wieder einspielen, weil auf dem Lande ein Eintritt von 600 Shilling, dem Gegenwert von einer Mark, und ein Viertel dessen, was sie in der Stadt verlangen, schon zuviel wäre für die Leute. Sechs Stücke hat Nsumba bereits geschrieben. Papier ist so teuer, daß er nicht einmal Kopien davon hat. Aus Geldmangel konnten bisher nur drei produziert werden.

Ugandas Bevölkerung will erst einmal vergessen

Ugandas berühmtester Dichter, Okot p' Bitek, ist weit über Afrika hinaus berühmt. Nur ein einziges Exemplar seiner Werke, erschienen bei Heinemann in London, findet sich in der örtlichen Buchhandlung. Ihn hier nachzudrucken, fehlt es an Papier und, schlimmer, nicht an Käufern, aber an Kaufkraft. Dennoch hat James Tumusiime das Risiko gewagt, in dem Land wieder einen Verlag aufzubauen, das einst die berühmte Makarere Universität hervorbrachte, ein Zentrum afrikanischer Bildung und Kultur. Ein Großteil der Intellektuellen ist entweder ermordet oder ins Exil getrieben worden. Erst langsam bildet sich wieder ein Potential an Autoren.

"Manche haben ihre Manuskripte jahrelang liegengelassen, weil es keinen Verlag gab, oder weil sie politisch nicht opportun waren. Über das Regime des Idi Amin zum Beispiel, oder über das des Milton Obote. Doch solche Themen jetzt zu drucken, wäre verlegerischer Selbstmord," meint Jackson Twine, der Verlagsleiter von Fountain Publisher. "Die Menschen wollen erst einmal vergessen". Ich reagiere entsetzt. "Erst sind Generationen von Zeitzeugen des Kolonialismus gestorben, ohne daß ihr Wissen dokumentiert worden wäre, jetzt können Sie doch nicht auch die jüngste Geschichte verdrängen, so furchtbar sie auch gewesen sein mag. Sie können doch nicht kopieren, worin die Deutschen Meister sind!" "Ja", stimmen die beiden Verlagsleute zu, "theoretisch haben Sie Recht. Wir müßten Bücher zu solchen Themen aus historischer Verantwortung publizieren, und sei es für morgen, wenn in Uganda die Menschen vielleicht wieder fähig sein werden, über die schreckliche Zeit zu reflektieren. Aber dafür fehlt es heute an Geld - die Lektoren zu bezahlen, die Recherchen, die Arbeit mit den Autoren, die Herstellung, den Druck und den Vertrieb solcher Bücher".

Theater als therapeutische Anstalt

"Wenn Bücher nicht zu 90% aus dem Schuletat finanziert, also über den nicht-freien Verkauf vertrieben werden", berichten die Verleger von Zimbabwe Publishing House und Baobab Books in Harare, "ist die Produktion eines Titels fast unmöglich". Verlagssicherheiten über Schulvertrieb aber ist längst eine gesamt-afrikanische Utopie. Bücher sind selbst für die Besserverdienenden ein Luxusartikel, der sich momentan in Uganda mit 17 Millionen Einwohnern mit höchstens tausend Stück pro Titel verkaufen läßt: Wenn in Uganda schon Geld für Kultur ausgegeben wird, dann will man sich amüsieren für sein Geld - und im Theater bekommt man reichlich Gelegenheit. Erst wenn man sich wieder und wieder die entsetzlichen Familiengeschichten in dieser

geschundenen Nation angehört und dann Stunden entfesselten Lachens im Theater erlebt hat, begreift man, daß Theater in diesem Land eine "therapeutische Anstalt" ist, daß es ein Lachen der Befreiung produziert. Über die eigenen Diktatoren, über die nationalen ethnischen Vorurteile, oder über eine Krankheit, die den Tod wieder so allgegenwärtig macht: Aids.

Volkstheater, "popular theatre", eine starke kulturelle Bewegung in vielen afrikanischen Ländern, hat gegenüber dem Buch erhebliche Vorteile: die Situationskomik, die das befreiende und erhellende Lachen über die Misere des Alltags auslöst, die den würdelosen Habenichtsen auf der Bühne eine Würde verleiht, ist plastischer, leichter nachvollziehbar, als geschriebene Literatur. Theater ist in der Gemeinschaft mit anderen rezipierbar. Und, angesichts des sinkenden Alphabetisierungsgrades in afrikanischen Gesellschaften, es verlangt keine Lesekenntnisse wie das Printmedium.

Die Menschen genießen die neuen Freiheiten unter Musevenis Regierung, die Schritte zu einer Demokratisierung des Landes, doch vor der Demokratie kommt für die meisten die Ökonomie. Ein durchschnittliches Einkommen - und das hat nur eine Minderheit - liegt bei 30.000 Schilling. Rund 50 Mark. Ein Paar Schuhe, importiert aus Ägypten, kostet ebenso viel. Von einem normalen Gehalt kann niemand leben und Errungenschaften aus der Frühphase der Unabhängigkeit - wie ein freies Bildungssystem für alle - sind den Privatisierungsauflagen der Weltbank geopfert worden. Nicht nur, daß die Eltern außer den Schuluniformen nun auch die Schulbücher kaufen müssen, daß sie in Eigenleistungen Schulen renovieren und auf dem Lande auch bauen müssen, der bankrotte Staatshaushalt verlangt nach jährlich höheren Schulgebühren. 100.000 Schilling und mehr pro Jahr für einen Platz in einer Oberschule. Und wer hat schon nur ein Kind in Uganda? Für die jüngsten in einer Familie, für Bauernkinder und vor allem für Mädchen bleibt immer häufiger das Schultor verschlossen.



Das Volkstheater hat gegenüber dem Buch erhebliche Vorteile ...

Pressefreiheit steigert Kritikfähigkeit

Auch wenn mancher Politiker aus guten Gründen sie nicht schätzt - noch gehört in Uganda zu den neuen Freiheiten eine für afrikanische Verhältnisse erstaunlich freie und bunte Presse, die nicht müde wird, Machtmißbrauch der Regierenden, Vetternwirtschaft und soziale Mißstände anzuprangern. Doch auch dieser Schritt zu Demokratie stößt an die Grenzen einer Armuts-Ökonomie. Vor den Zeitungsverkäufern auf den Straßen bilden sich kleine Gruppen. Zumindest die Titelseiten zu lesen ist ja kostenlos. Eine Zeitung kursiert tagelang am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft. Viele kaufen sie zusammen im Rotationsprinzip. Die "New Vision" erscheint sieben Tage die Woche. Sie einen ganzen Monat zu kaufen, hieße 12.000 Schilling auszugeben, und das kann sich nicht einmal jede Abteilung der staatlichen Rundfunkanstalt leisten. Die verfügt aus Geldmangel weder über eine Bibliothek noch über ein Zeitungsarchiv.

Seit sich einige Redakteure von der staatlich kontrollierten "New Vision" getrennt und ein eigenes Blatt, den "Monitor", aufgemacht haben, schärfer und kritischer im Ton, besser recherchiert, laufen der "New Vision" die Leser davon. Die wiederum versucht sie zu halten, mit ihrerseits mehr Kritik und weniger Regierungstreue. Und nun mischt noch Ugandas gewiß fleißigster Journalist mit: Teddy Sseezi-Cheeye, der mit seinem im Alleingang produzierten "Uganda Confidential" Woche für Woche unter Politikern, Bürokraten, unter Geschäftemachern und den fürstlich bezahlten ausländischen Experten das Zittern auslöst. In anderen afrikanischen Staaten wäre ein Mann wie er im Knast oder würde eines Morgens tot in einem Vorort gefunden. In Uganda landet er schon mal vor einem Gericht und zahlt hin und wieder eine Konventionalstrafe wegen persönlicher Beleidigung - und kommt wieder frei. Was er druckt, sind außer wütenden Kommentaren gegen die Neureichen Informationen, die ihm aus Ministerien, aus Botschaften und Firmen heimlich zugeschoben werden. Sympathieerklärungen für die "kleinen Leute", die, weil sie keine 1.000 Schilling für die Zeitschrift aufbringen können, über Mundpropaganda erfahren, wer sie wieder an der Nase herumführt und was Demokratie in Afrika sein könnte. Die Konkurrenz zwischen privater und staatlich kontrollierter Presse hat enorm zur politischen Willensbildung beigetragen, zur Kritikfähigkeit auch ganz einfacher Menschen, die täglich überall debattieren, was in den Blättern steht.

Lesekenntnisse nehmen rapide ab

Mit der Verleihung des Literatur-Nobelpreises 1991 an die Südafrikanerin Nadine Gordimer ging diese Auszeichnung zum drittenmal in fünf Jahren auf den afrikanischen Kontinent: - zuvor an den Nigerianer Wole Soyinka und den Ägypter Nagib Machfus. Hunderte nicht weniger bedeutende Autoren Afrikas haben andere internationale Auszeichnungen bekommen. Das Jahr 1990 war von der UNESCO zum "International Year of Literacy" deklariert worden - aber der Plan der für Kultur und Bildung zuständigen UN-Organisation, in Dörfern und Kleinstädten in der Dritten Welt kleine, öffentliche Bibliotheken einzurichten, in denen jene Millionen Menschen, die oft genug mit großen Mühen und gleichzeitig mit so viel Enthusiasmus Lesen und Schreiben lernen, Literatur finden könnten, die ihnen ihre eigene Geschichte, ihre Gegenwart und vielleicht auch ihre Zukunft besser verständlich macht, - jener Plan ist bislang nirgends verwirklicht worden.

In den afrikanischen Staaten ist die Hälfte der Bevölkerung unter 18 Jahren - die Hälfte eines Kontinents fällt wieder in den Analphabetismus zurück, eine ganze Generation wächst ohne Bücher und damit ohne Geschichte, ohne Geschichten, ohne Visionen auf, ohne all das, was die enorme Bandbreite afrikanischer Literaturen ihnen gerade jetzt, wo dieser Kontinent eine zweite, postkoloniale Befreiung durchmacht, bieten könnte - zur Selbstfindung, zur Bewußt-

seinsbildung, auf der Suche nach einer Identität.

Auch in Südafrika kann die Mehrheit der Bevölkerung nicht lesen, was wichtig wäre für sie an der Schwelle zu einer neuen, einer Post-Apartheid-Gesellschaft: die Romane von Nadine Gordimer, durch die die Psychologie der Macht, der Unterdrückung, von Angst und Rassenhaß begreifbar und letztlich vielleicht überwindbar wird. Die Romane von Don Mattera, Ellen Kuzwayo, Bessie Head, von Peter Abrahams, Miriam Tlali oder Alex La Guma.

In keinem der sogenannten Homelands, in keiner der riesigen schwarzen Townships gibt es eine Buchhandlung, eine Bibliothek und der Mehrheit der südafrikanischen Schwarzen fehlt es, wie den Menschen in den meisten afrikanischen Ländern, an den Bildungsvoraussetzungen, die große nationale Literatur oder die anderer afrikanischer Länder zu lesen, die meist in einer der ehemaligen Kolonialsprachen (englisch oder französisch) geschrieben ist.

"Nachdem mein Bann aufgehoben war, hatte ich meine Manuskripte an verschiedene Verlage geschickt, doch zwei Jahre später, nachdem keiner Ja oder Nein gesagt hatte, begann ich, mir Geld von Freunden zu leihen und meine Bücher selbst zu veröffentlichen", erzählt der südafrikanische Lyriker Farouk Asvat (gebannt von 1973 - 78). Einen Kredit für das Verlegen von Büchern zu bekommen, ist quer über den Kontinent unmöglich. Literatur verkaufe sich nicht, ist die Antwort von Bankleuten. Auch Asvat mußte sich das anhören. Ein Scheinargument, das Farouk Asvat in der Praxis entkräftet hat: "Die meisten Verleger drucken nicht mehr als 700 - 1.000 Kopien eines Lyrikbandes. Von meiner ersten Gedicht-Sammlung ließ ich 2.500 drucken und verkaufte sie in sechs Monaten. Allerdings nur, weil ich, zusammen mit Kollegen wie Don Mattera, unzählige Lesungen durchführte und wir bei jeder anschließend unsere Bücher verkauften."

Ein Projekt zur Förderung der Nationalsprachen ...

Farouk Asvat gehört zum "Popular Cultural Movement", eine südafrikanische Kulturbewegung von Autoren, Theaterleuten, Musikern, die nicht nur Workshops in Townships organisieren, in denen sie ihre Literatur, ihre Stücke von der Bevölkerung kritisieren lassen, in denen sie Ideen bekommen, sondern in denen Wege alternativer Vertriebsstrukturen gefunden werden: "Die meisten meiner Bücher sind über politische Organisationen, über Jugendverbände, Basisbewegungen vertrieben worden. Und - ich bin quer durch das Land gereist." Asvats Erfahrung ist kultur- bzw. literaturpolitisch eng verbunden mit einem Projekt, in das Nadine Gordimer einen Großteil ihrer Nobelpreissumme investieren will; ein Projekt, das weit über die Grenzen Südafrikas hinaus kulturpolitische Zeichen setzen dürfte: die Übersetzung bedeutender afrikanischer und südafrikanischer Literatur aus dem Englischen in Nationalsprachen. Die Förderung schwarzer Autoren, die Förderung neuer Publikations- und vor allem Vertriebswege für deren Literatur.

Vielleicht dringt das Projekt ja auch durch nach Bonn, ins BMZ vor allem, wo bislang diese Art Kulturförderung in der Internationalen Zusammenarbeit nur eine marginale Rolle spielt. Die Mittel, die die "Gesellschaft zur Förderung der Literatur Asiens, Afrikas und Lateinamerikas" mit Sitz in Frankfurt am Main, zur Verfügung hat, um Autoren- und Verleger- oder Grafiker-Workshops in Ländern des Südens für einheimische Autoren und Verlagsmitarbeiter zu organisieren, sind zu gering, gemessen am Bedarf. Da vor Jahren der unabhängige, aber der Partei 'Die Grünen' nahestehende "Stiftungsverband Regenbogen" den politischen Streit mit Bonn gewonnen hatte und nun ebenfalls, wie die anderen vier parteinahen Stiftungen u.a. BMZ-Mittel erhält, gibt es eine erfreuliche Perspektive bei der zum "Stiftungsverband" gehörenden Heinrich-Böll-Stiftung in Köln: sie hat sich vorgenommen, afrikanische unabhängige Verlage zu fördern. Dies ist bei den Schweden und generell bei skandinavischen Organisationen längst Teil ihrer Nord-Süd-Kulturpolitik: Bereits im dritten Jahr der Unabhängigkeit konnte im April 1992 in Windhoek der mit Mitteln der SIDA (Swedish International Development Agency) geförderte Verlag "Build a Book Cooperative" seine ersten sechs Kinderbücher vorstellen - geschrieben, illustriert, ediert und gedruckt in Namibia.

... und der Verlags- und Literaturszene

Fragt man afrikanische Verleger, Autoren, Pädagogen oder Kulturpolitiker (letztere gibt es im engeren Sinne auf dem Kontinent aus nachvollziehbaren Gründen kaum), wo und wie die Verlags- und Literaturszene gefördert werden könnte, bekommt man eine Palette von Antworten: "Finanzieren Sie den Direktimport afrikanischer Literatur aus Zimbabwe, aus Südafrika oder Kenia", schlägt beispielsweise James Tumusiime in Kampala vor. "Wir übernehmen den Vertrieb in Schulen". Besonders wichtig ist vielen, daß, entsprechend den ersten Produktionen von "Build a Book Cooperative" oder der Verlagspolitik von Baobab Books in Harare, der Schwerpunkt auf jenem verlegerischen Sektor läge, der auf dem gesamten Kontinent am meisten vernachlässigt wird: Literatur für Kinder und Jugendliche. Wenn es Bücher für Kinder gibt, dann meist die immer gleichen "Niederschriften" oraler Legenden und Mythen, ihrer poetischen, parabelhaften und philosophischen Kraft beraubt, und derart miserabel illustriert, daß afrikanische Kinder geradezu systematisch zu den attraktiveren ausländischen Comics getrieben werden. Die soziale Realität und literarische Modelle, mit ihr umzugehen, fehlen völlig: Land-Stadt-Migration, Arbeitslosigkeit, und als Folge zunehmende Prostitution, Alkoholismus, Zerfall von Familienstrukturen....

Archive, nationale Geschichte, Zeitzeugen können nicht literarisch aufgearbeitet werden, weil es Autoren dafür an Erfahrung, an Übung fehlt, weil sie zeitintensive Recherchen nicht vorfinanzieren können. Es gibt nicht einmal in den Städten Bibliotheken in denen afrikanische Autoren durch Lektüre dessen, was andere schreiben, sich schulen könnten, vergleichen, lernen, kritisieren. Kaum ein Lehrstuhl für Literatur vermittelt das Handwerkszeug für Lektoren, Dramaturgen, weshalb ich auch kaum einmal Autoren getroffen habe, mit denen ein Lektor sachkundig und hilfreich an ihren Texten und Themen gearbeitet hat.

Doch alle wie auch immer gearteten Wege, afrikanische Literatur zu fördern, werden scheitern, wenn sie nicht gleichzeitig ein Bündnis eingehen mit ihrer "Konkurrenz" - dem Radio, denn dies hat auf dem gesamten Kontinent nach wie vor die größten Chancen, extrem kostengünstig, mit weit geringeren Distributionsproblemen und ohne ständig an die Grenzen der "Lesefähigkeit" des Publikums zu stoßen, afrikanischen Autoren ein enormes Publikum zu verschaffen.

Wolfram Frommlet

Solidarisch handeln–
Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:

- **Druckindustrie**
- **Textil**
- **Ernährung**
- **Industriegase**
- **Landwirtschaft**



Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
6100 Darmstadt
Telefon und Fax 0 61 51/6 40 66
Spendenkonto:
Postgiro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60 Kto 487802-603
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

E-Mail Brasil
Aktuelle Nachrichten aus Brasilien

Die wichtigsten Informationen aus der brasilianischen Presse und brasilianischer NRO werden monatlich durch E-Mail Brasil übersetzt und aufgearbeitet. Auf 12 Seiten werden die per Satelit empfangenen Meldungen für Information und Lobbying verfügbar gemacht.
Das Jahresabonnement kostet 30.-DM

KoBra - Kooperation Brasilien e.V.
Bundesweiter Zusammenschluß der Brasiliensolidaritätsgruppen
In den Weihermatten 27, 79108 Freiburg
Tel/Fax 0761/53674

Ein Zeichen der Hoffnung

Die neue Republik nimmt Gestalt an

Während in einer Reihe afrikanischer Staaten erste Ansätze einer Demokratisierung bereits wieder zunichte gemacht worden sind, scheint auf Madagaskar das "Experiment Demokratie" zu funktionieren. Die Opposition gegen den seit fast achtzehn Jahren herrschenden Präsidenten Ratsiraka ging als klarer Sieger aus den Wahlen hervor. Die neue madagassische Republik befindet sich im Aufbau und die Menschen hoffen auf eine bessere Zukunft.



Albert Zafy - Leitfigur der neuen Republik

Die schrillen Pfeiftöne und martialischen Gesänge der Demonstrationen seit dem Frühjahr 1991 sind in einem Punkt gegenstandslos geworden. Das als Hintergrund dienende biblische Motiv "Jericho wird erobert" ist Wirklichkeit geworden: Dem seit fast 18 Jahren autokratisch regierenden Präsident Didier Ratsiraka wurde im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 10. Februar eine vernichtende Niederlage bereitet.

Nur noch ein Drittel der Wähler/innen votierte für ihn - trotz seines, für madagassische Verhältnisse, gigantischen (aus taiwanesischen und nigerianischen Finanzquellen gespeisten) Werbeaufwandes.

Dabei hatte sich diese Entwicklung bereits nach dem ersten Wahlgang, der knapp drei Monate zurückliegt (25.11.92), deutlich abgezeichnet: Der bestplazierte Kandidat der Opposition, der angesehene 65jährige Chirurgieprofessor Albert Zafy verfehlte nur knapp die absolute Mehrheit um 1,4 Prozentpunkte, während der von sozialistischen zu neoliberalen Auffassungen konvertierte Ratsiraka damals bereits mit 28 Prozent deutlich abgeschlagen auf dem zweiten Platz landete. Die Uneinigkeit der Opposition, die mit sieben (!) Kandidaten im ersten Wahlgang antrat, verhinderte ein beschleunigte ~nde der zwei Jahre andauernden, offenen Staatskrise.

Der erste Wahlgang hatte bei der Opposition keine Hochstimmung aufkommen lassen, rechneten doch viele mit gewaltsamen Attacken der Ratsirakatreuen politischen Kräfte und Teilen des Militärs. Noch immer hatte schließlich der den Rang eines Admirals bekleidende Ratsiraka formell den Oberbefehl nicht nur über seine, in der Bevölkerung verhaßte, etwa eintausendköpfige Leibgarde, sondern auch über das restliche, dreißigfach größere Militär.

"Föderalisten contra" "Forces Vives"

Auf die anwachsende Oppositionsbewegung, die für einen an den Menschenrechten orientierten Wandel eintritt, reagierte Ratsiraka nach einer Periode stummer Ignoranz mit dem Schüren ethnischer und regionaler Konflikte - nach osteuropäischem Vorbild und parallel zu anderen schwarzafrikanischen Potentaten. Er, der jahrelang den bürokratischen Zentralismus auf allen Ebenen betrieb, entdeckte plötzlich sein Herz für die Provinzen, die örtlichen Clan-Chefs und inspirierte als neue politische Kraft die "Föderalisten", die aus dem Nationalstaat einen Staatenbund zwecks Erhaltung ihrer eigenen Machtansprüche zu formen beabsichtigten. Nicht nur die oppositionellen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, auch die in Madagaskar hochangesehenen christlichen Kirchen vermasselten dem Präsidenten seinen neuesten, gefährlichen Spleen und profilierten sich mit einem Konzept nationaler Einheit bei gleichzeitiger Stärkung der dezentralen Strukturen. Unter dem Druck wüster Drohungen der "Föderalisten" gegenüber den oppositionellen "Forces Vives" einigte sich die Opposition auf einen erneuten Schulterschluß und auf Albert Zafy als Kandidaten für den zweiten Wahlgang. Große Erleichterung herrschte als dieser Wahlgang - auch nach Meinung internationaler Beobachter - in hohem Maße korrekt ablief.

Albert Zafy gilt als Leitfigur der Opposition seit den Tagen des Generalstreiks im Sommer 1991 und damit auch als unerbittlichster Gegner Ratsirakas. Er hat seinen Wahlerfolg vor allem der landesweiten Verbreitung der oppositionellen "Forces Vives"-Basisorganisationen zu verdanken. Als bisher nicht in die Ratsiraka-Administration verstrickter Politiker ist er auch nicht gezwungen - wie andere Oppositionspolitiker - eine Glaubwürdigkeitslücke zu schließen. Er ist trotz seines fortgeschrittenen Alters ein "olon-baovao", ein neuer Mann und seinem Alter gebührt traditionell Ansehen.

Prestigeverlust Frankreichs

Frankreich hat in den vergangenen Jahren an politischem Prestige verloren. Die nach wie vor bestehende Dominanz Frankreichs im madagassischen Außenhandel und die großzügigen Hilfen an die madagassische Staatskasse sicherten der Mitterand-Regierung Einfluß auf alle politischen Kreise Madagaskars. Vornehmlich waren es die außergewöhnlich guten Kontakte zwischen der französischen und madagassischen Präsidentenfamilie, die über Mitterands Sohn Christian bis zu dessen Entmachtung als prä-

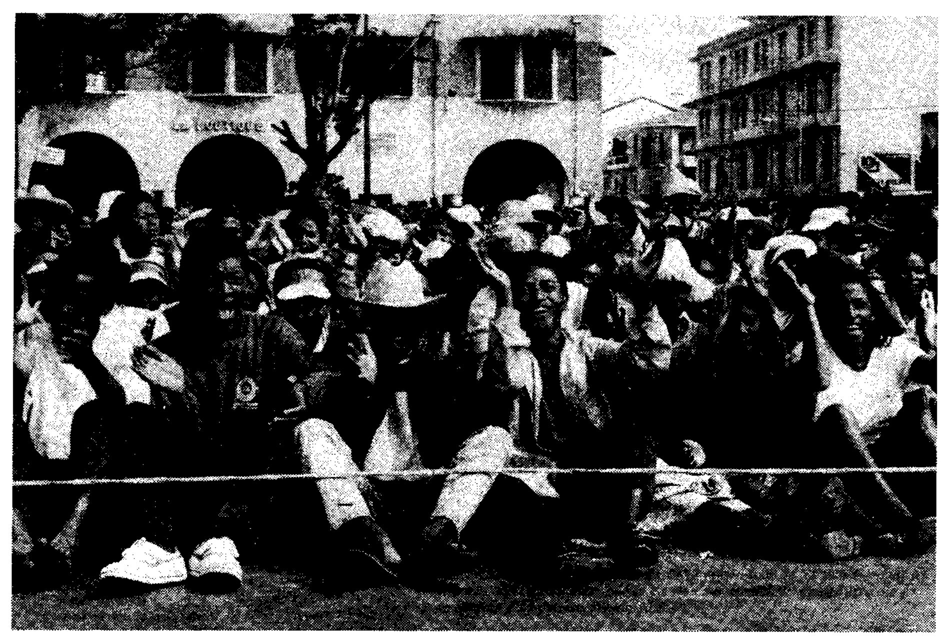
sidialer Afrika-Experte im Juli 1992 zugunsten Ratsirakas liefen. So drängte mitten im Generalstreik des Juli 1991 der französische Sonderbotschafter beide Konfliktparteien zu einem Kompromiß - aber unter Wahrung der Präsidentschaft Ratsirakas. In diesen Zeitraum fiel auch der Wechsel des französischen Botschafters. Zwar vermied der neue Amtsträger, Gilles d'Humières, sein Beglaubigungsschreiben bei Ratsiraka abzuliefern, doch zeigte er sich an anderer Stelle wieder "verbindlich". Für die Opfer des von Ratsirakas Garde am 10.8.1991 angerichteten Massakers an wehrlosen Demonstranten ließ er zwar auf der Trauerkundgebung der Opposition Kränze niederlegen, seinen Kondolenzbrief richtete er aber an den Auftraggeber der Mörder im Hintergrund, an Ratsiraka!

Später trugen Interventionen bei der mühsamen Kompromißsuche der Konfliktparteien im Herbst 1991 dem französischen Botschafter in den madagassischen Medien den spöttischen Titel eines "Prokonsuls" ein. Daß es nicht weit her war mit der Unterstützung der Demokratisierungsbestrebungen auf Madagaskar zeigt auch, daß Einrichtung und Abhaltung der "Nationalen Konferenz" aller Konfliktparteien um den Jahreswechsel 1991/92 ohne finanzielle und logistische Unterstützung Frankreichs auskommen mußte. Hier konnten sich Abgeordnete des Europäischen Parlaments sowie skandinavische, US-amerikanische und schweizer Regierungsstellen profilieren. Die "Paristroika" fand erst statt als die "Nationale Konferenz" eine voluminöse, an westeuropäischen Vorbildern orientierte Verfassung vorlegte und Frankreich nun die Abhaltung des Verfassungsreferendums im August 1992 für unterstützenswert hielt.

Die aktuelle, klare Absage an vordergründig frankreichfreundliche Politiker zeigt, daß die madagassische Bevölkerung ihre Erinnerung an das Versagen der politischen Kaste der ersten Republik bewahrt hat, die schon einmal durch die national-revolutionäre Erhebung des Mai 1972 eine deutlich Abfuhr erhalten hatte. Die erste Republik war unter Tsiranana (1960-1972) stark auf das "Mutterland" Frankreich ausgerichtet gewesen.

Sieg der Opposition bei Parlamentswahlen

Die Parlamentswahlen vom 16. Juni dieses Jahres bestätigen vollauf den Trend der Präsidentschaftswahlen. Entgegen vielerorts geäußerter Befürchtungen (in fast allen Wahlkreisen stellten sich mehrere Kandidaten der "Forces Vives" - Gruppen konkurrierend zur Wahl, besondere Uneinigkeit herrschte in A. Zafys UNDD - "Nationale Union für die demokratische Entwicklung") gelang es den "Forces Vives"-Gruppierungen, mit 76 von 138 Sitzen die absolute Mehrheit im



Hoffnung auf Madagaskar

Nationalen Parlament zu erringen. Die erklärte Opposition unter dem abgewählten Präsidenten D. Ratsiraka und dem soeben abgelösten Premierminister G. Razanamasy kam zusammmen mit der abgeschlagen plazierten RPSD-PSD (in der Tradition der ersten Republik) auf nur knapp 30 Sitze.

Noch überraschender verlief die Wahl des A. Zafy-Vertrauten Francisque Ravony zum neuen Ministerpräsidenten am 9. August: Aufgrund seiner persönlichen Niederlage in seinem Küstenheimatort Vohipeno bei den Parlamentswahlen trat F. Ravony aus einer Position der Schwäche heraus an und erhielt dennoch die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Bei der Abstimmung über das von ihm vorgelegte Regierungsprogramm am 25. August votierten erstaunlicherweise statt der erwarteten einfachen Mehrheit drei Viertel der Abgeordneten für ihn.

Für die Wähler und Wählerinnen war die Parlamentswahl der vierte Wahlgang innerhalb von zehn Monaten zu den Institutionen der neuen, dritten Republik. Die Wahlbeteiligung lag mit 64 Prozent der etwas mehr als 6,2 Millionen eingeschriebenen Wähler/innen (bei einer überdurchschnittlich jungen Gesamtbevölkerung von etwa 12 Mio. Madagass/innen) nur um annähernd 3 Prozentpunkte unter derjenigen des Präsidentschaftswahlganges vom 10. Februar 1993.

Die relativ hohe Wahlbeteiligung angesichts der auch den Wahlgängen abträglichen katastrophalen Infrastrukturbedingungen ist ein Indiz dafür, daß die Politisierung der Bevölkerung nicht allein die städtischen Teile erfaßt hat, sondern eine landesweite Verbreitung erfahren hat.

Kampf gegen die Korruption

Der neue Ministerpräsident Francisque Ravony konnte sich schon in der eineinhalbjährigen Übergangsregierungszeit als Vize-Premier profilieren und steht für wirtschaftspolitische Kompetenz und moralische Redlichkeit. So verlangt er von seinen MinisterkollegInnen, daß sie auf die Wahrnehmung wirtschaftlicher Spitzenpositionen während ihrer Regierungszeit verzichten und sich mit jeweils zwei Dienstwagen, die zudem besonders gekennzeichnet werden, begnügen. Er war es auch, der maßgeblich in den letzten Monaten die Korruptionsskandale der alten Regierung aufdeckte. Ravony hielt deren gerichtliche Klärung für vordringlich, während einige der Hauptbeschuldigten sich bereits ins Ausland absetzten. Vor unbequemen Wahrheiten schreckte Ravony nicht zurück. So prangerte er offen auch einige Ministerialbürokraten aus dem Umfeld der "Forces Vives" der Verstrickung in Korruptionsfälle an. Es scheint in den letzten zwei Jahrzehnten nicht ungewöhnlich gewesen zu sein, zwischen 10 und 50 Prozent empfangener Entwicklungshilfegelder und Kredite auf Ministerkonten "umverteilt" zu haben.

Deshalb ist bereits Ende Juli die früher einmal existierende Polizeiabteilung für Finanz- und Wirtschaftsdelikte wieder aktiviert worden, um das kürzliche Verschwinden eines 10 Mio. $-Weltbankkredits in obskure Kanäle aufzudecken. 400 bis 800 besonders schwere Fälle aus den letzten zehn Jahren sind bereits bekannt. Inwiefern die Ermittlung und Verurteilung der Schuldigen erfolgreich verlaufen wird, hängt vor allem davon ab, inwieweit die Strafverfolgungsbehörden mit den nötigen Kompetenzen und vor allem den notwendigen Mitteln ausgestattet werden.

Der von den Basisgrupppen vertretene moralische Rigorismus "Kein ehemals führender Politiker darf heute in Amt und Würden kommen" spiegelt sich weitgehend in der neuen Regierungszusammensetzung wider: Zum Innenminister ist ein Vertrauter A. Zafys, Charles Clement, ernannt worden.

Das Außenministerium übernimmt Jaques Sylla, ein Rechtsanwalt und Parlamentarier aus Toamasina, dessen Vater zu den Gründungsmitgliedern der alten PSD (Parti Social Démocrate) gehörte und der Minister unter dem ersten Präsidenten Ph. Tsiranana war.

F. Ravony hat zusätzlich das Verteidigungsministerium mit Hilfe zweier Staatssekretäre übernommen, während die wirtschafts- und finanzpolitischen Schlüsselstellungen in dem 25-köpfigen Kabinett von ausgesprochenen Technokraten übernommen werden, deren Ernennung erst erfolgte, nachdem Vertreter der Weltbank und des Weltwährungsfonds ihre Zustimmung signalisiert hatten.

Insgesamt deutet sich eine deutliche Stärkung der A. Zafy nahestehenden Kräfte in der Regierung an. Die im Oktober 1993 anstehenden Wahlen zu den Gebietskörperschaften und die für März 1994 anberaumten Wahlen für den, dem Bundesrat vergleichbaren, Senat, werden zeigen, ob sich dieser politische Trend verfestigt, oder ob die jetzige Präsidenten-Mehrheit sich zunehmend stärker politisch differenzieren wird, wofür einiges spricht.

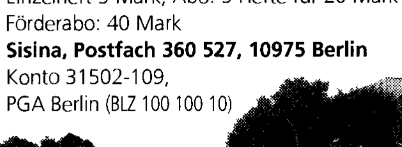
Mit dem Erfolg A. Zafys verbindet sich die große Hoffnung der Madagassen auf eine stabilere Zukunft. Besonders die anhaltenen Querelen innerhalb der bisherigen Opposition und das provokative Ausharren Ratsirakas in seinem Präsidentenbunker hatten Tendenzen der Politikverdrossenheit in großen Teilen der Bevölkerung bestärkt.

Auch jetzt noch fordert D. Ratsiraka für sich persönlich eine hundert Mann starke Schutztruppe. Weiterhin will er seinen Präsidentenbunker noch mindestens bis Ende des Jahres bewohnen! Ebenso brennend ist die Frage, ob sich Ratsiraka vor Gericht für die vielen Korruptionsfälle im Umkreis seiner Familie und vor allem für das Massaker seiner Leibgarde vom 10. August 1991 wird verantworten müssen.



Nr. 62 Sept / Okt 93

- Solingen – Revolte der Jugendlichen
- Aufstand in Crotone / Kalabrien
- Bischofferode: Zurück in die Zukunft
- Die Timex-Intifada
- Streik bei Opel-Bochum
- Postreform: Gelbfieber
- Was will die UNO in Somalia
- Interview: Türkei / Kurdistan
- Debatte – Wiederkehr des Proletariats


Einzelheft 5 Mark, Abo: 5 Hefte für 20 Mark
Förderabo: 40 Mark
Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Konto 31502-109,
PGA Berlin (BLZ 100 100 10)



Neue Akzente der neuen Regierung

Die neuen Regierungskräfte haben zwar bislang kein geschlossenes Programm vorgelegt. Deutlich ist allerdings, wo sie neue Akzente setzen wollen. So wird eine in sich kohärente Umweltgesetzgebung angestrebt und zu ihrer Vorbereitung eine Ad-hoc-Expertenkommission eingesetzt, die nicht nur verschiedene Maßnahmen vorschlagen, sondern auch einen Durchführungs- und Kontrollkatalog vorlegen soll. Damit einhergehend wird im Bereich der Tourismusentwicklung der Schwerpunkt auf den "Ökotourismus" gelegt und deutlich hervorgehoben, daß hier eine Marktchance für Madagaskar läge.

Wenn auch vielen Madagass/innen die großen ökologischen Probleme (Raubbau der Wälder und Vernichtung der natürlichen Lebensräume, Bodenerosion und -versteppung) immer bewußter werden und in den größeren Orten überall z.B. einheimische WWF-Gruppen arbeiten, so reagieren doch viele auf die Bestrebungen internationaler Organisationen, Madagaskar mit einem Netz von Naturschutzgebieten zu "entwickeln", mit Erbitterung, zeigen diese Projekte doch, wie sehr die madagassische Gesellschaft international als besonders harter Sozialfall abgeschrieben wird.

Die geringe Publizität, die der madagassische Wandel besonders in diesem Jahr in den westlichen Medien gefunden hat, muß für Madagassen wie eine Bestätigung ihrer Befürchtungen wirken.

Marshall-Plan für Madagaskar

Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage (die madagassische Auslandsverschuldung übersteigt die gesamten Exporte des Jahres 1992 um das 2,6-fache, bei einer gleichzeitigen Auslastung der madagassischen Betriebe von nur 15 bis 40 Prozent ihrer Kapazitäten) versucht die neue Regierung wirtschaftspolitisch so schnell wie möglich, ein dem Marshall-Plan vergleichbares Aufbauprogramm zusammenzuschustern (PREDES). Angestrebt wird ein Volumen von 1 Milliarde US-$ in Form von Krediten und Entwicklungshilfegeldern unterschiedlicher nationaler und internationaler Provenienz. Um die von der Regierung angestrebten 7 bis 8 Prozent Zuwachsraten zu erzielen, hofft man natürlich auf ausländische Investoren und ist bereit, entsprechende freizügige Kapitalverkehrsregelungen zu treffen, mehrere Freihandelszonen (besonders in der Nähe von Hafenstädten) einzurichten und unrentable Staatsbetriebe zu privatisieren. Die von der Weltbank für dieses Jahr zugesagten Mittel in Höhe von 32,7 Mio US-$ dürften allerdings erheblich hinter den Erwartungen der madagassischen Regierung zurückgeblieben sein.

Zusätzlich will die neue Regierung den (auch nicht ganz neuen) Plan einer Wirtschaftsunion des Indischen Ozeans verstärkt in Angriff nehmen. Als neue interessante Kapital- und Handelsmärkte werden bevorzugt Israel, Südafrika, Südkorea und der südostasiatische Raum genannt. Mit Südkorea sind bereits drei Joint-Venture-Abkommen im Bereich der Textil- und Mikroelektronikindustrie abgeschlossen worden. Doch mehr als um diese mittelfristig wirksam werdenden Maßnahmen muß es der madagassischen Wirtschaft darum gehen, für ihre traditionellen Exporte (gegenwärtig erzielen allein die vier Agrarprodukte Vanille, Kaffee, Krustentiere und Nelken 50 Prozent des Exportvolumens) endlich angemessene Erlöse zu erzielen und den in der Vergangenheit im eigenen Lande wild blühenden Schwarzmarkt mit diesen Produkten einzudämmen.

Schwerpunkt der Innenpolitik wird die stärkere Förderung der Regionen sein, um so die bisher von den Ratsirakatreuen "Föderalisten" politisch für sich genutzten Disparitäten zwischen dem fortgeschritteneren Hochland und den ärmeren Küstenregionen abzubauen. Nach der Aufgabe der Putschversuche der "Föderalisten" im Norden, dem Niederschlagen des Aufstandes in der Region Tulear unter dem selbsternannten Gouverneur, dem greisen Monja Joana, Anfang Juli, steht jetzt noch die Befriedung der Region um Toamasina an der Ostküste aus.

Modell Madagaskar ?

Für Afrika kommt den Ereignissen eine besondere Bedeutung zu: Madagaskar ist eines der wenigen Länder, in dem von einem Weg der realen Demokratisierung gesprochen werden kann. Wenn auch viele Kritiker den zähen Ablauf der Verhandlungen und der Umsetzung der neuen Verfassung anmahnten und über das langsame "mora mora-Prinzip" spöttelten, zeigt doch die Entwicklung, daß diese Langsamkeit mit ihrem kategorischen Beharren auf moralischen Kriterien in Politik und Gesellschaft dem Land einen blutigen Bürgerkrieg wie in Zaire, Angola usw. erspart hat. Doch vielleicht ist es noch zu früh, von einem madagassischen Modell zu sprechen, denn noch hat weder D. Ratsiraka seinen Bunker-Palast geräumt noch hat der erste Korruptionsprozeß stattgefunden. Jedoch scheint jetzt schon sicher: In dem nun über drei Jahre währenden Ringen um eine demokratisch gestaltete Zukunft haben die Basisbewegungen mit gravierenden Veränderungen in der politischen Kaste des Landes und mit einer breiten Politisierung nicht nur der städtischen Bevölkerung Zeichen für eine andere Entwicklung des Landes setzen können.

Karl Nebe

Ein taugliches Programm zur Armutsbekämpfung?

Kleingewerbeförderung in der Dritten Welt

Es mag vielleicht der Eindruck entstehen, daß die Förderung des informellen Sektors und des Kleingewerbes in den Ländern der Dritten Welt ein neuer Schwerpunkt der Entwicklungspolitik ist; aber ganz neu ist weder die Idee noch sind es die Konzepte. Unter dem Banner der 'Hilfe zur Selbsthilfe' gibt es seit Beginn der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit Ansätze, die die wirtschaftlichen Initiativen vor allem der ärmeren Bevölkerungsgruppen unterstützen und fördern.

Die entwicklungstheoretische und -politische Debatte war lange Zeit beherrscht von den großen Theorien und Konzepten, die an den Makrostrukturen und beim Staat ansetzten. Konkrete Ergebnisse im Sinne einer Zielsetzung hat diese jahrzehntelange Praxis der Entwicklungsförderung erwartungsgemäß nicht gebracht. Vor allem dem Anspruch, die Lebensbedingungen der Armen in den Ländern des Südens zu verbessern, wurde dieser Ansatz in keiner Weise gerecht.

Vor allem die Kanalisierung der Kooperation über den Staat und parastaatliche (um nicht zu sagen parasitäre) Institutionen, wie Entwicklungsbanken und zentrale Entwicklungsförderungsinstitutionen, erwies sich als wenig erfolgversprechend, da sie die bestehenden entwicklungshemmenden Strukturen eher stabilisierte und wenig zu ihrer Überwindung beitrug.

Die Hinwendung zur Mikroebene und die tendenzielle Zurückdrängung des Staates als Unternehmer sind vor dem Hintergrund der neuen weltpolitischen Entwicklungen zu sehen. Die weltweite Welle der Deregulierung und der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ebenso wie das Scheitern anderer bürokratischer Regime haben den Befürwortern der Privatinitiative in der Entwicklungspolitik neuen Auftrieb gegeben.

Der Staat soll sich demnach, wie es das neoliberale Verständnis vorsieht, auf seine genuinen Aufgaben konzentrieren und den rechtlich gesicherten Rahmen schaffen, in dem sich die wirtschaftliche Initiative entfalten kann. Die öffentlichen Institutionen sollen nicht mehr die zentrale Rolle in der Wirtschaft und bei der Förderung und Vergabe von Projekten spielen. Vielmehr wird von ihnen gefordert, daß sich ein neues Verhältnis zur Wirtschaft herausbilde, das den Nichtregierungsorganisationen und anderen Privatinitiativen genügend Raum und Entfaltungsmöglichkeiten garantiert.

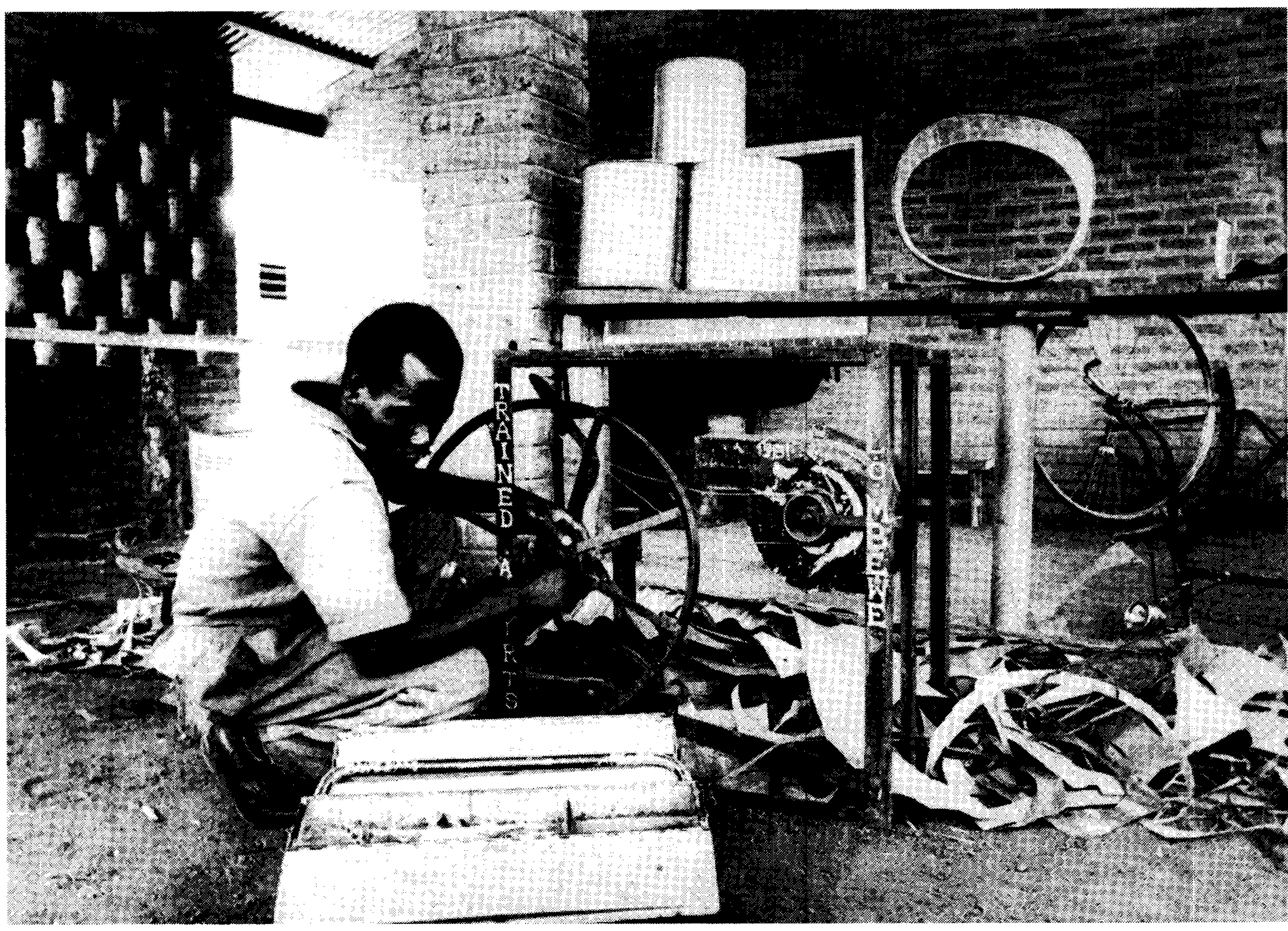
Ein Ansatz - verschiedene Förderungskonzepte

Der ordnungspolitische Grundgedanke des Konzepts ist damit klar; es geht um die Förderung der Privatinitiative und des dynamischen Kleinunternehmertums. Ausgangspunkt für eine Förderungspolitik ist eine genauere Begriffsklärung und Definition. Aufgrund der verschiedenen Ausgangsbedingungen weisen die Entwicklungsländer eine grundsätzlich andere Handwerks- und Gewerbetradition auf als die Industrieländer, insbesondere Europa. Während sich hier das Kleingewerbe vorwiegend aus dem Handwerk entwickelte, besteht in den meisten Entwicklungsländern weder eine formale Struktur von Handwerk noch ein vergleichbares Ausbildungssystem. Betriebe, die in Deutschland zum Kleingewerbe rechnen, zählen in der Statistik vieler Länder auf der Südhalbkugel schon zu den ausgewachsenen Industriebetrieben. Die entwicklungspolitisch relevante Definition kann also nicht einfach die Kriterien aus Europa übertragen.

Zielgruppe für die Programme der Kleingewerbeförderung sind im wesentlichen die Initiativen von Einzelpersonen und Gruppen, die im engeren ökonomischen Sinne eine 'Firma' betreiben oder gründen wollen. Das muß natürlich nicht immer ein amtlich registriertes Unternehmen sein, auch die informellen Existenzgründungen, für die der Begriff Firma zugegebenermaßen etwas zu anspruchsvoll klingt, werden angesprochen. Viele dieser kleinen Betriebe schlagen sich ohne einen strukturierten Betriebsablauf und oft ohne Buchführung und Preiskalkulation von einem Tag zum anderen durch. Auf die Frage nach ihrem Gewinn oder Einkommen aus dem Betrieb, wissen sie oft keine Antwort zu geben. Nicht selten ist die Kasse der Werkstatt die gleiche wie die für private Konsumausgaben. Andere haben den Sprung in den formalen Sektor bereits hinter sich. Sie haben leichteren Zugang zu Krediten und öffentlichen Förderungsprogrammen.

Die ungeheure Spannweite der Zielgruppe macht eine genaue Ausdifferenzierung der Instrumente notwendig. Die bisher aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Programme - in Brasilien sind fast alle öffentlichen Förderprogramme gescheitert - weisen darauf hin, daß einerseits zu sehr die rein ökonomischen Komponenten betont werden und andererseits der Beratungs- und Förderungsbedarf nicht immer korrekt eingeschätzt wurde. Das gesamte Instrumentarium reicht von der individuellen Beratung über Informationsvermittlung, Finanzierungsberatung über Aus- und Fortbildungsangebote sowie Technologieberatung bis hin zur Gründung und Beratung von Kooperationsformen wie Verbänden.

Die individuelle Beratung ist dabei sicher am besten geeignet, auf die spezifische Situation einzugehen; wobei neben den wirtschaftlichen Fragen besonders auf das gesellschaftliche Umfeld eingegangen werden muß. Informationsvermittlung ist vielleicht einer der wichtigsten Schlüssel für ein wirkungsvolles Förderprogramm. Der Bedarf an maßgeschneiderter Information über Absatzmöglichkeiten und Preise, aber auch gesetzliche Bestimmungen und bürokratische Vorgänge macht besonders deutlich, wie sehr die Instrumente für die verschiedenen Zielgruppen ausdifferenziert werden müssen. In engem Zusammenhang mit der Informationsvermittlung steht die Beratung von Zusammenschlüssen, wie



Kleinbetrieb in Malawi

Assoziationen und Verbänden. Diese erleichtern den Informationsfluß erheblich.

Das Problem der Arbeitsbeziehungen wird selten thematisiert, aber in vielleicht keinem Punkt unterscheiden sich die angesprochenen 'Unternehmer' stärker als in diesem. Während die kleinen Initiativen selbstbestimmt und oft gemeinschaftlich arbeiten, bildete sich in größeren Betrieben eine typische, nicht immer problemfreie Arbeiter-Unternehmer-Beziehung heraus. Bei genauerem Hinsehen wird schnell klar, daß es kein einheitliches Instrumentarium für den ziemlich komplexen Bereich 'Kleingewerbeförderung' geben kann.

Fragen an die Konzepte

Die ungeheure Bandbreite, die mit diesem Neuansatz angesprochen werden soll, birgt von vornherein einige Probleme und Fragezeichen in sich, die dieser Beitrag herausarbeiten und zur Diskussion stellen will.

Die Definition der Zielgruppe ist soweit gefaßt, daß im Prinzip wirklich jede Privatinitiative vom Straßenhändler bis hin zu gestandenen Industriebetrieben darin unterzubringen ist. Darin liegt aber auch schon das Problem; während letztere nach den allgemein üblichen Kriterien kaum als entwicklungspolitische Zielgruppe eingestuft werden dürften, sind mit dem präsentierten Instrumentarium die ersteren nicht immer zu erreichen. Es entbehrt nämlich nicht eines gewissen Zynismus, wenn alle, die sich in Ermangelung einer festen Anstellung oder anderen Alternativen auf eigene Rechnung im informellen Sektor durchzuschlagen versuchen, kurzerhand als Kleingewerbetreibende eingestuft und möglicherweise mit ihren früheren Arbeitgebern gleichgesetzt werden. Die meisten dieser Ärmsten der Armen sind z.B. weit davon entfernt, die Bedingungen für Kreditprogramme erfüllen zu können. Wenn die Beratungs- und Weiterbildungsmaßnahmen oder die Technologieberatung ähnliche sind wir für kleine Unternehmen, dann fehlen diesen, die eher als Überlebensalternativen einzustufen sind - so hart dies klingen mag - oft die Voraussetzungen und Ansatzpunkte. Ihnen fehlt das, was als unternehmerisches Denken verstanden wird, und was doch das ideologische Herzstück des Konzepts ist. Nicht selten fehlt sogar ein ökonomisches Bewußtsein, was ein Nutzen-Kosten-Denken voraussetzt.

Bei der einseitigen Betonung auf Privatunternehmertum bleibt ein ganz wesentlicher Teil im Netz der Überlebenssicherung im informellen Bereich außen vor, das Geflecht der sozialen Beziehungen, in das solche Initiativen eingebettet sind. Das Prinzip der gegenseitigen Hilfe ist in den Elendsvierteln durchaus noch vorzufinden und hat im ländlichen Raum eine lange Tradition. Dann wird eine Dienstleistung nicht zum Marktwert berechnet, sondern sie hat einen viel wichtigeren sozialen Wert, weil man in einem anderen Fall auf den Nachbarn bauen kann. Dem Handeln dieser kleinen Gewerbetreibenden, um die offizielle Definition zu verwenden, liegt eine andere als die unternehmerische Rationalität zugrunde. Diese Zusammenhänge zu verstehen, ist eine wichtige Grundlage für entsprechende Fördermaßnahmen, sie machen es aber gleichzeitig schwierig, die zwei unterschiedlichen Gedankenwelten miteinander in Einklang zu bringen. Wenn diese kleinen Initiativen sich ausschließlich nach der unternehmerischen Logik verhalten wollen, müssen sie sich darüber im klaren sein, was sie damit aufgeben. Ihre äußerst labile wirtschaftliche Basis ist oft zu viel zu schwach, als daß sie es sich leisten könnten, aus dem System von Nachbarschaftsbeziehungen auszuscheren - eine fürwahr nicht leichte Aufgabe für die Berater !

Zwar hat sich die idealisierende Welle des "small is beautiful" gelegt, doch gibt es in Bezug auf den informellen Sektor immer noch einige Illusionen, die nicht der harten Realität entsprechen. Wenn vom informellen Sektor und vom entstehenden Kleingewerbe erhofft wird, daß sie die durch Wirtschaftskrise und Sanierungsprogramme freigesetzten Arbeitskräfte absorbieren könn-

ten, dann kann dies leider nur als ein Wunschtraum bezeichnet werden. Die wachsende Bedeutung, die diesen Betrieben gesamtwirtschaftlich beigemessen wird, sollte trotz des Auftriebs, den dieses Kleinunternehmertum erlebt, nicht überschätzt werden. Den kleinen Betrieben, vor allem, wenn sie mit einfachen Produktionsmethoden arbeiten, sind deutliche Grenzen gesetzt.

Man muß im Prinzip davon ausgehen, daß die Wirtschaft in zwei ungleiche Welten geteilt ist, die sich wechselseitig beeinflussen, die aber teilweise über ihre eigene Dynamik verfügen. Es handelt sich um die kleinstbetriebliche Ebene, wo, oft mit alternativen Techniken und handwerklichen Methoden, nicht immer besonders produktiv gearbeitet wird, und dem modernen Industriesektor, in dem arbeitsteilig mit modernster Technologie die Massenproduktion von den Bändern rollt. Die volkswirtschaftlich relevante Güterproduktion erfolgt in den kapitalistischen Großunternehmen. Das Kleingewerbe steuert zwar heute in vielen Entwicklungsländern bereits einen bedeutenden Anteil zum Bruttosozialprodukt (BSP) bei, insgesamt ist aber besonders der informelle Sektor weitgehend auf Nischenproduktion mit einer ziemlich unsteten Nachfrage angewiesen. Bei der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte ist die führende Rolle dieses Sektors deutlich.

Am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen?

Die Stärkung der Wirtschaftskraft der besonders benachteiligten Bevölkerung ist unbestritten sinnvoll. Aber es werden Zweifel angemeldet in bezug auf den großen Optimismus hinsichtlich dieser selbständigen Erwerbsmöglichkeiten. Und es ist zu fragen, wie inmitten der allseits herrschenden Wirtschaftskrisen, in denen fehlende Kaufkraft die Industrie in die Rezession treibt, ausgerechnet Kleinproduzenten ausreichende Nachfrage vorfinden sollen. Die Regel ist eher das Gegenteil, denn die Kundschaft der informellen Kleinbetriebe ist häufig im eigenen, wirtschaftlich besonders schwachen, Umfeld angesiedelt. Als Krisenlösungsstrategie ist die Flucht in die Privatinitiative also nicht zwangsläufig erfolgversprechend. Kommt das nicht dem Versuch gleich, sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen?

Keineswegs sollte vergessen werden, daß diese oft hochgelobte Eigeninitiative mit einem gehörigen Schuß Selbstausbeutung verbunden ist. Die Arbeitszeiten in den Produktionseinrichtungen sind in der Regel viel länger als dies Arbeitszeitregelungen vorschreiben. Zusätzlich gefährdet der fehlende Arbeitsschutz die Gesundheit dieser auf keinerlei Weise abgesicherten Kleinstunternehmer. Natürlich muß man häufig auch alle ökologisch geschärften Augen zudrücken, wenn man sieht, wie in den Autowerkstätten das Altöl langsam im reichlich getränkten Werkstattboden versickert, um nur ein Beispiel zu nennen. Die nackte und unmittelbare Existenzsicherung diktiert das Handeln dieser Leute, für Argumente der Umwelt- und Sozialverträglichkeit sind viele der ganz Armen nur sehr schwer zugänglich. Diese Aspekte sind zwar in den Leitlinien überall aufgenommen, doch bei strenger Auslegung sind fast nur größere Betriebe in der Lage, darauf einzugehen. Die Unsicherheit, für den nächsten Tag disponieren zu können, macht kaum jemanden für längerfristige ökologische Überlegungen zugänglich, schon gar nicht, wenn die Finanzdecke nicht einmal zur Befriedigung der Grundbedürfnisse reicht und Arbeits- und Umweltschutz als teurer Luxus angesehen wird.

Der informelle Sektor kann bekanntlich keine eigene, von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung unabhängige, Dynamik entwickeln, um sich gegen Krisen zu immunisieren. Allerdings kann er, und das ist ein Teil seiner Überlebensstrategie, auf veränderte Situationen schnell und flexibel reagieren. Wenn das Förderungsprogramm die Betriebe aus der Informalität herausführt, könnte dies für manche nachteilige Konsequenzen mit sich bringen. Die Registrierung als Unternehmen ist zwar oft Voraussetzung für den Zugang zu Krediten, aber sie bringt auch Abgaben- und Steuerpflicht sowie Kontrollen und andere Vorschriften und bürokratische Zwänge mit sich. Viele dieser Kleinstbetriebe begründen aber ihre Flexibilität und die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit gerade darin, daß sie diesen Normen nicht unterliegen.

Zwar stellen die Programme nicht grundsätzlich die explizite Forderung nach Formalisierung, doch laufen sie, wenn sie ihre Ziele erreichen, zwangsläufig darauf hinaus. Viele rutschen im Projektverlauf in den formalen Sektor und entfernen sich von ihrem sozialen Umfeld, schon die Entwicklungszusammenarbeit stellt ja einen Schritt in die formalisierte Welt dar. Deutlich wird die ordnungspolitische Zielsetzung in Feststellungen, die in diesem Zusammenhang die Bedeutung eines privaten Kleinunternehmertums für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung hervorheben. Schließlich wird aber auch nicht verheimlicht, daß das Kleingewerbe nicht nur zur Absorption von Arbeitskräften und zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, sondern auch zur Erhöhung des Steueraufkommens einen größeren Beitrag leisten soll. In letzterem, was schwerlich ohne ein Formalisierung der Betriebe zu erreichen sein wird, ist die staatstragende Komponente dieses Förderungsansatzes deutlich erkennbar. Vor diesem Hintergrund fragt man sich nach der wahren Funktion dieser Förderungsprogramme, vor allem, weil sich die politischen Stiftungen so stark engagieren, die ja bekanntlich nichts ganz ohne politische Hintergedanken unternehmen. Soll hier ein Durchlauferhitzer für die moderne Industrie betrieben werden; oder ist das Beratungsprogramm gar als Ausleseverfahren gedacht, das für die Volkswirtschaft die Spreu vom Weizen trennen soll.

Die Kriterien, wie sie z.B. der "German Fund" aufstellt, machen Sinn zur Förderung eines produktiven Kleingewerbesektors, der bereits über ein bestimmte Stabilität verfügt. Als Programm der Armutsbekämpfung sind diese Kriterien eindeutig zu ökonomisch ausgerichtet. Nur wenige der privaten Initiativen in den Slumsiedlungen der Städte werden sich z.B. einen Kredit zu Marktbedingungen leisten können. Viele brauchen zunächst vielleicht Unterweisung in Lesen und Schreiben, bevor sie an Ausbildungskursen für Kleinunternehmer teilnehmen können, wenn sich diese auf der oben dargestellten rein fachlichen Ebene bewegen. Weiterbildung muß umfassend verstanden werden, an den wirklichen Bedürfnissen ansetzen und z.B. Alphabetisierungskurse einbeziehen. Neben der Frage nach dem Sinn eines solchen Förderungsprogramms für die Ärmsten der Armen steht auch die Frage nach dem Zugang. Ist aufgrund einiger der aufgestellten Kriterien und mancher der angebotenen Instrumente nicht schon eine Zutrittsschwelle aufgebaut, die nur etablierte Kleinbetriebe zu überwinden in der Lage sind?

Armutsbekämpfung ernst nehmen!

Angesichts des so weiten Auseinanderklaffens der Charakteristika und der Bedürfnisse der Zielgruppe sollten die Grundsatzpapiere und Konzepte das nachvollziehen, was die Projekt- und Beratungspraxis aufgrund der konkreten Anforderungen in vielen Fällen bereits vorexerziert: Der bisher unter einer Flagge segelnde Ansatz soll aufgeteilt werden in Wirtschaftsberatung für Kleinunternehmer und Hilfestellung für die wirtschaftlichen Initiativen der Armen. Diese klare Trennung erleichtert es, nicht nur die verschiedenen Instrumente zielgerichteter und effizienter einzusetzen, sondern sie ist auch auf der politischen Ebene die viel ehrlichere Verpackung des neuen Konzeptpakets und der Armutsbekämpfung, die vom BMZ zu einem der drei künftigen Schlüsselbereiche erklärt wurde.

Ein zentraler Kritikpunkt an der vom BMZ als Neuansatz verstandenen Kleingewerbeförderung ist die begriffliche und politische Vermischung sowie die fehlende Differenzierung der verschiedenen Zielgruppen und der spezifischen Instrumente. Vor allem ist die Bezeichnung "Armutsbekämpfung" für das gesamte Konzeptpaket mißverständlich, da einige der Instrumente ganz eindeutige Fördermaßnahmen für solche Unternehmer sind, die schwerlich als arm bezeichnet werden können.

Mit einem Plädoyer für eine Stärkung der produktiven Kräfte und eine Förderung dessen, was bei uns als Handwerk und Mittelstand bezeichnet wird, rennt man offene Türen ein. Für diese Gruppe sind Programme

wie German Fund wie maßgeschneidert. Sie haben sich im wirtschaftlichen Gefüge eines Landes meist schon einen Platz geschaffen, verfügen über sichere Absatzkanäle und eine mehr oder weniger strukturierte Betriebsorganisation. Diesen Kleinunternehmern können Kreditberatung, Technologieentwicklung und fachspezifische Weiterbildung Nutzen bringen. Für sie sind bürokratische Hindernisse und Vorschriftendschungel relevante Probleme.

Ernst genommene Armutsbekämpfung setzt aber nicht bei der Zielgruppe an. Die produktiven Fähigkeiten der Armen, denen schon die wirtschaftliche Basis für eine längerfristige Disposition fehlt, bedürfen anderer Unterstützung zu ihrer Entfaltung. Für sie ist oft nicht einmal der Verkauf ihrer Produkte oder Dienste gesichert. Nur wenige schaffen es, Zugang zur etablierten Wirtschaftswelt zu bekommen und beispielsweise als Zulieferer für die Industrie ein relativ sicheres Auskommen zu haben.

Diese Brücke zwischen den oben dargestellten zwei Welten der Wirtschaft zu schlagen, ist aus einer Reihe von Gründen nicht einfach. Wie überall, ist eine solche Verbindung für den schwächeren Partner nicht ohne Risiko. Aufträge für Zulieferbetriebe werden von der Großindustrie nach eindeutigem wirtschaftlichem Kalkül und oft mit harten Konditionen vergeben, womit das Produktionsrisiko i.d.R. beim kleinen Zulieferbetrieb liegt. Man muß also gut überlegen, ob diese Geschäftsverbindung für das vermeintlich sichere Einkommen wirklich immer so erstrebenswert ist. Die Produktionstechniken in diesen Werkstätten der Elendsviertel machen es den Leuten nämlich oft schwer, die von der Industrie geforderten Normen und Standards zu garantieren. Anderen fehlen aber, wie gesagt, schon die nötigen Informationen und Kontakte, um mit den Firmen ins Geschäft zu kommen. Vermarktungskanäle und -organisationen sind eine zentrale Schwachstelle des informellen Sektors, wenn er Zugang zu Märkten außerhalb seines direkten Umfeldes bekommen will. Die Erfahrungen z.B. in Brasilien zeigen, daß von den kleinen Alternativbetrieben nicht Kapitalmangel als Problem Nummer eins genannt wird, sondern Informationen über Absatzmöglichkeiten und Preise.

Die Überlebensfähigkeit der Kleinstbetriebe der am schlechtesten gestellten Bevölkerungsgruppen hängt also sehr stark von unmittelbarer, vielleicht manchmal schon fast banal erscheinender, Unterstützung ab, wie der Kenntnis, wem die gefertigten Produkte verkauft werden können und wie man sie dorthin schaffen kann - im formellen Sektor nennt man die anspruchsvollere Variante Marktanalyse. Erst in zweiter Linie sind hier strukturelle Reformen und Veränderungen der Rahmenbedingungen relevant.

Daß die gesellschaftlich-sozialen Rahmenbedingungen ein zentraler Einflußfaktor aller Entwicklungsprozesse sind, ist keine neue Erkenntnis des BMZ, sondern eher eine Binsenweisheit. Dies ändert nichts an ihrer Gültigkeit, bedarf aber im praktischen entwicklungspolitischen Zusammenhang einer Relativierung. Die Strukturen, die die Armut von heute verursachen, oder zumindest bisher nicht zu beseitigen in der Lage waren, sind doch erklärtermaßen schon seit mehr als drei Jahrzehnten Objekt der Entwicklungspolitik.

In die Reformwilligkeit der Herrschenden in den Entwicklungsländern mag außerdem kein rechtes Vertrauen aufkommen, wenn man die gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen genauer betrachtet. Warum sollen gerade diejenigen, die von den Entwicklungshemmnissen, wie Bürokratie und Korruption, ganz besonders profitieren konnten, jetzt bereit sein, diese aus dem Weg zu räumen, vor allem wo die Armen über kaum eine wirkungsvolle Lobby auf dieser Ebene verfügen?

Insgesamt scheint ein Konzept, das sich durch sein ausgesprochen technisch-wirtschaftliches Instrumentarium auszeichnet, ohnehin nicht dazu angetan, strukturpolitisch einen besonders intensiven Einfluß auszuüben. In diesem sehr instrumentellen Ansatz werden Aspekte wie wirtschaftliche Machtverhältnisse nicht ausdrücklich erwähnt; die Kleingewerbeförderung könnte sich deshalb den Vorwurf einhandeln, an den Symptomen herumzukurieren, ohne die Strukturen zu verändern.

Theo Mutter



isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente



Analysen des isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-reports
(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 25,- DM)
Der Gipfel, diese Weltwirtschaft? (März '92)
Mit Energie ins Treibhaus (Juni 1992)
EG - Vom Supermarkt zur Supermacht? (Oktober '92)
Friedensdividende oder neue Rüstungsrenditen? (Januar 1993)
isw-forum: Wirtschafts- und Militärmacht EG (April 1993)

isw-spezial
Kapitalmacht in Deutschland (August 1991), DM 7,- + Porto
Billigstrom für die Großindustrie (Oktober 1992), DM 5,- + Porto
Siemens Bilanz- und Konzernanalyse, 2. überarb. Aufl. (Mai '93), DM 5,-+ Porto
Reiche Industriestaaten - Arme "Dritte Welt" (April 1993), DM 5,- + Porto

isw-wirtschaftsinfo
Gegen die Asyllügen, DM 2,- + Porto
Solidarpakt, Sozialabbau, Standortdebatte DM 3,- + Porto

isw e.V., Georg-Wopfner-Straße 46, 80939 München . Konto Sparda Bank München Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Kerosin Mangos

Die Früchte, die jedes Jahr während der Regenzeit an diesem Baum wuchsen, waren anders als alle Mangofrüchte in der Stadt. Sie hatten einen leicht öligen Geschmack, der ihnen den Namen "Kerosin Mangos" einbrachte. Wir schlugen unsere scharfen, hungrigen Zähne in das gelblich-blaue Fleisch und kämpften mit unvorsichtigen Fliegen um den zuckersüßen, klebrigen Saft, der unsere gierigen Backen heruntertropfte.

Kerosin Mangos" titelte Bíyi Bandele-Thomas, ein 25-jähriger Schriftsteller aus Nigeria, seinen neuen Roman. Das Bild von den zuckersüßen Mangos mit dem leicht öligen Geschmack steht für die Widersprüchlichkeit der nigerianischen Metropole Lagos und ihrer Menschen: einerseits gewalttätig, roh und brutal andererseits lebenshungrig, lustvoll, erfinderisch und renitent. Bandeles Buch zählt zur sogenannten Großstadtliteraur und beschreibt den Kampf junger Leute um einen Platz in einer zerrissenen Gesellschaft.

Der Protagonist der Geschichte heißt Rayo. Idealismus ist der Motor, der ihn antreibt. Mit Scharfsinn und Sensibilität spürt er die subtilsten Formen der Unterdrückung und Korruption auf. Sein Lebenshunger bringt ihn in die unmöglichsten Situationen. Leidenschaftlich kämpft er für Gerechtigkeit - sei es für eine ordentliche Pension für Baba Ayafa, der als *'night-soil man'* jahrzehntelang die Fäkalien einer Schule mit Eimern weggeschafft hat, sei es für bessere Studienbedingungen an der Universität.

Um Ideen, seine Vorstellungen in die Tat umzusetzen, ist er nie verlegen. Und er ist auch bereit, die Konsequenzen für sein politisches Engagement zu tragen, die in der Realität der nigerianischen Militärdiktatur hart sind.

Bandele-Thomas hält nicht sehr viel von der aktuellen nigerianischen Politik. Der Autor, der heute in London lebt, kritisiert, daß die nigerianische Gesellschaft keine Produktions-, sondern nur eine Konsumtionskultur hat. In einem Gespräch faßt er seine Ansicht zusammen: "Wir stellen nichts her. Wir kaufen nur. Und alles, was wir gekauft haben, funktioniert nicht richtig. Die Straßen sind miserabel, das Telekommunikationssystem ist null, die Stromversorgung schlecht. Dazu haben wir eine Regierung, die im besten Fall inkompetent ist."

Kritische Worte können in Nigeria verheerende Folgen haben. In 'Kerosin Mango' erlebt sie Rayo als Folter, die ihn beinahe zum Wahnsinn treibt: *"Da Nachdenken dort, wo ich war, verboten war, da Denken von den Mächtigen geächtet wurde, war es wohl so, daß man sogar seine Gedanken, nicht nur seine Worte, verschleiern, für ihre Ohren mit Honig versüßen mußte, und ich wußte - hatte kaum eine andere Wahl, als es zu glauben -, daß sogar das Verschlüsselungssystem meiner Gedankengänge am Ende war. Also war ich tot."*

Bandele-Thomas beschränkt sich jedoch nicht auf die Orte politischer Auseinandersetzung, sondern läßt seine Romanfiguren über Alltagserfahrungen und Gefühle aller Art sprechen. In der Erinnerung an die Nacht vor seiner Beschneidung erwachen in Rayo Kindheitsängste: *"Die sicherste Art, im Schlaf zu sterben, ist, mit gekreuzten Füßen zu schlafen. Wenn dich dann böse Wesen verfolgen, kannst du nicht mehr rennen."*

Weder moralisch noch um Verständnis werbend schildert der Autor den bitteren Überlebenskampf von Tere, der Geliebten von Rayo. Als Prostituierte bei einem alten, fettleibigen "Sugardaddy" verdient sie sich ihr Geld fürs Studium. Trotz der harten Bedingungen verbittert sie nicht. Bandele-Thomas weckt mit seinem Buch kein Mitleid, sondern ein Gespür für die Realitäten und das Absurde einer Metropolengesellschaft. Damit zieht er seine LeserInnen in Bann, stößt sie bisweilen vor den Kopf, läßt sie aber auch an den schönen und humorvollen Seiten des Lebens teilhaben. Tere nach einer Liebesnacht: *"Danach denke ich immer, Gott muß ein Geizhals sein", sagte sie. "Als er sich den Orgasmus ausgedacht hat, muß er zu sich gesagt haben: 'Nun, für ihre Vermehrung brauchen sie nur einen winzigen Tropfen. Das sollte nicht länger als eine halbe Sekunde dauern.'"*

Bandele-Thomas ist ein Talent der vielfältigen nigerianischen Literaturszene, die Schriftssteller von Weltruhm wie Wole Soyinka und Chinua Achebe hervorbrachte. Sein Buch besticht nicht allein wegen seiner aktuellen politischen Bedeutung, die klarmacht, warum so viele Leute Babangidas Militärregierung so endgültig satt haben oder wegen seiner Sprache: realistisch, frech, voller Witz und Ironie. Die Qualität des Romans liegt vor allem darin, daß er auf eine ausgesprochen feinfühlige Weise die zwangsweise Erfahrung von Schizophrenie und Absurdität in einer widersprüchlichen Großstadtgesellschaft schildert. Wir dürfen auf das nächste Buch von Biyi Bandele-Thomas gespannt sein.

Sigrid Weber

Kerosin Mangos, Biyi Bandele-Thomas, dipa-Verlag 1993, 36.-DM.

AJS e.V.
Läufertsmühle
69437 Neckargerach
Tel. 06263/ 1643
Fax 06263/ 9491

Läufertsmühle
Tagungs- und Bildungsstätte

- Vollwertküche (Lebensmittel aus kontr.-bio. Anbau)
- Übernachtung (59 Betten)
- Ruhige Lage (Odenwald, Neckarseitental)
- Seminarprogramm
- Forellenzucht

AJS e.V.
Arbeitskreis zur Förderung internationaler Jugend- und Sozialarbeit e.V



Das "Aktionshandbuch Süd-Nord" soll Erfahrungen bündeln und für alle Gruppen greifbar machen, Einzelpersonen helfen, die sich engagieren wollen, eine kritische Bilanz der bisherigen Dritte-Welt-Arbeit ziehen, durch Beispiele zur Weiterarbeit ermutigen und Verbindungen zwischen Problemen in Industrie- und "Entwicklungs"-Ländern herstellen. So formuliert Siegfried Pater sein Vorhaben bei der Herausgabe des jüngst erschienenen Handbuches.

In der Einleitung findet man kurze Beiträge zu den Chancen entwicklungspolitischen Engagements und der aktuellen Situation in der "Dritten Welt", im Kapitel "Global denken-lokal handeln" wird die Arbeit der Nord-Süd-Foren verschiedener Städte erläutert und Handlungsvorschläge für entwicklungspolitisches Engagement in der BRD gemacht. Beispielhafte Aktivitäten und Initiativen sowie überregionale Organisationen werden vorgestellt und Tips für Aktionen und Veranstaltungen sowie zur Finanzierung entwicklungspolitischer Arbeit gegeben. Ein kurzes Literatur- und Adressenverzeichnis runden das Buch ab.

Siegfried Pater hat ein nützliches und wichtiges Nachschlagewerk verfaßt. Vor allem für Einzelpersonen und Gruppen, deren Interesse an und Engagement im Bereich 'Dritte Welt' gerade begonnen hat, die Ideen und Orientierungshilfe für ihre Arbeit und praktische Hinweise brauchen. Das alte "Aktionshandbuch Dritte Welt" des BUKO (von 1987!) gab schon lange keinen Überblick mehr über die aktuellen entwicklungspolitischen Aktivitäten in der BRD.

Es ist von Vorteil, daß das Handbuch kein umfassendes Nachschlagewerk sein will und Siegfried Pater Adressen und Beispiele ausgewählt hat. Dadurch wird Solidaritätsarbeit anschaulich und konkret. Etwas zu vage hält sich der Autor im Beitrag "Das Kreuz des Südens", der "aktuelle Umbrüche in den Beziehungen zwischen Nord und Süd" aufzeigen und "Einblicke in Zukunftsperspektiven" geben soll. Und die "kritische Zwischenbilanz" jahrzehntelanger Dritte-Welt-Arbeit hält nicht was der Titel verspricht - hier stand für Siegfried Pater zu stark das Bemühen im Vordergrund, Mut zu machen für entwicklungspolitisches Engagement. Doch Ermutigung braucht eine gründliche Bestandsaufnahme bisheriger Dritte-Welt-Arbeit und das Eingeständnis von Rat- und Hilflosigkeit, wo diese exisiert.

bm

Siegfried Pater, Aktionshandbuch Süd-Nord, Lamuv-Verlag, Göttingen 1993, 192 Seiten, 16.80DM.



Die Schnittblumen-Tagung im Mai 1993 in der Evangelischen Akademie Bad Boll wird im Juli-Heft von "epd-Entwicklungspolitik" auf 20 Seiten dokumentiert.

Zu erwähnen ist beispielsweise der Beitrag von Hartmut Fischer, der aus der Sicht eines Unternehmens des Blumenhandels die Frage der unternehmerischen Verantwortung und die Möglichkeiten von "Entwicklung durch Blumenhandel" beleuchtet. Sachliche Beiträge von Unternehmern, die sich mit Detailkenntnissen und Engagement mit den Produktionsbedingungen der von ihnen vertriebenen Produkte auseinandersetzen, sind nun einmal selten.

Dokumentiert ist auch der Redebeitrag der kolumbianischen Blumenarbeiterin Maria Ortiz vor der Jahreshauptversammlung (28.4.1993) der Bayer AG, einer Firma also, die viele hochgiftige Pestizide in alle Welt verkauft.

Daß die Blumenkampagne nicht ins Leere gegangen ist, zeigen auch die Beiträge zu dem vom Verband des Deutschen Blumengroß- und Importhandels angekündigten Selbstverpflichtungsabkommens. Der Geschäftsführer des Verbandes kündigte in Bad Boll an, daß man beabsichtige, in Zukunft Blumen nur noch von denjenigen kolumbianischen Produktionsbetrieben zu beziehen, die bestimmte soziale, arbeits- und gesundheitsrechtliche sowie umweltbezogene Mindestbedingungen einhalten. Dem Kontrollgremium sollen auch VertreterInnen der ArbeiterInnen und von Umweltschutzorganisationen angehören. Die Zukunft wird zeigen, wie erfolgreich diese Initiative umgesetzt wird.

Eine Auseinandersetzung mit der Blumenkampagne lohnt, wenn auch nicht vergessen werden darf, was Frank Braßel in seinem Beitrag so formulierte: "An dem grundsätzlichen Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd würde selbst eine Durchsetzung sämtlicher menschenrechtlicher und ökologischer Mindeststandards nichts ändern, doch auf der anderen Seite gilt: Eine Weltwirtschaft, die diese menschenrechtlichen Mindeststandards akzeptiert, würde eine andere und gerechtere als die bestehende sein." **br**

epd-Entwicklungspolitik, Heft 14/93; Juli 1993; DM 5,50 zzgl. Versand; Bezug: epd, Postfach 50 05 50, 60394 Frankfurt.



Die Blumen-Problematik wurde in Heft 34 der Reihe explizit-Unterrichtsmaterialien auch für die Bearbeitung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen thematisiert. Schwerpunkte auch dieser Publikation sind die Zwänge des Weltmarktes für den Blumenanbau in der Dritten Welt, die Arbeitsbedingungen der BlumenarbeiterInnen in Kolumbien, Kenia und Südafrika sowie die ökologischen und gesundheitlichen Folgen des Pestizideinsatzes.

Vom Ansatz her wird aber versucht, weiter auszuholen. Blumen dienen oft nur als Bindeglied zwischen den einzelnen Themenbereichen. So steht z.B. im Baustein Südafrika die Apartheid im Vordergrund und nicht Detailinformationen über den Blumenanbau im Land. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in Kolumbien werden gleich gewichtet wie die Arbeitsbedingungen in der kolumbianischen Blumenindustrie. Denn ohne diesen Hintergrund ist nicht zu verstehen, wie die üblen Arbeitsbedingungen in der Blumenproduktion durchgesetzt und aufrechterhalten werden können. Über das Stichwort "Blumen" lassen sich so viele andere Themen aufgreifen und exemplarisch bearbeiten. Die Vorbereitung wird vielleicht dadurch erschwert, daß der Zusammenhang der einzelnen, in den Bausteinen nachgedruckten Texte, nicht immer deutlich wird. **br**

explizit-Unterrichtsmaterialien Nr. 34: Weltmarkt Blumen, Autor: Richard Brand, 1991, 50 Seiten, DM 12, plus Porto, Bezug: Horlemann Verlag, Postfach 1307, 53568 Bad Honnef.



Langsam erwacht bei uns Interesse auch an der modernen Kunst der Dritten Welt. Mehrere Völkerkunde-Museen und in der letzten Zeit auch verschiedene Kunsthallen zeigen die Arbeiten zeitgenössischer Künstler, die nicht dem Kunstbetrieb der westlichen Metropolen zugeordnet werden können.

Mit dem Bändchen will die Autorin der These nachgehen, daß diese Kunst "ein Defizit der abendländischen Gegenwartskunst ausgleicht", spirituelle Lebensbereiche unbekümmerter darstellt und einer popularen Kultur dieser Länder lebendigen Ausdruck verleiht. Nach einer allgemeinen Einführung in die Probleme, die einer Anerkennung der Drittwelt-Kunst (noch) entgegenstehen, stellt Ströter-Bender schwerpunktartig einige Bereiche vor. Die Malerei der Uraustralier, die "Schwarze Kunst" in Jamaica, äthiopische Volksmalerei, Kunst aus Kenia, Nigeria, Senegal, Tansania sowie die indische und indonesische Moderne finden dabei Beachtung.

Die Auswahl scheint an der verfügbaren Literatur orientiert zu sein; natürlich läßt sich immer bemängeln, daß bestimmte Bereiche nicht berücksichtigt wurden. Aber man erhält in jedem Fall einen guten Überblick mit zahlreichen Illustrationen und vielen Literaturhinweisen. Leider ist das Auffinden der Belegstellen nur über einen absurden Zahlenschlüssel möglich.

Die Darstellung erfolgt im wesentlichen biographisch: knapp und verständlich werden die (Haupt-) Werke der wichtigsten Künstler der neun Länder vorgestellt. Meist gibt ein kurzer historischer Abriß die nötige Information zur Einordnung in die Besonderheiten der regionalen Kunstszene. So ist es möglich, die vorgestellten Künstler und Künstlerinnen den entsprechenden Kunstrichtungen zuzuordnen. Beim Lesen und Betrachten wird sehr deutlich, daß der Kolonialismus zwar eine kulturelle Katastrophe war (weil er die "klassische" afrikanische Kunst vernichtet hat), daß aber ganz offensichtlich damit die Kreativität der Völker der Dritten Welt nicht gebrochen werden konnte.

Das dürfte der Hauptwert des Taschenbuchs sein. Es zeigt die Synthese von einigen Ele-

menten der Tradition mit der Wirklichkeit des modernen Lebens - wie unerwünscht diese für manche Entwicklungsromantiker auch sein mag. Wir erleben so die Welt der Peripherie in einer Kraft und einem Selbstbewußtsein, die uns in der Dritte-Welt-Laden-Szene mit ihrer Orientierung auf Hilfe viel zu oft entgeht. Bilder bieten sich da als ästhetische Verdichtung gesellschaftlicher Verhältnisse an.
Schade daß die abstrakte Kunst kaum Erwähnung findet. Die Betonung der Kunst, die wir als "naiv" bezeichnen, erweckt den Eindruck, als sei die Kunst der Dritten Welt in der Regel figürlich und expressiv. Die begrenzte Rezeption dieser Kunst in den vergangenen Jahren fand tatsächlich fast ausschließlich über solche Werke statt. Ich persönlich bin aber der Auffassung, daß der Weg der Annäherung über die sehr komplexen Werke der intellektuellen Künstler ebenso ergiebig sein kann. **Norbert Aas**

Jutta Ströter-Bender, Zeitgenössische Kunst der "Dritten Welt", dumont Taschenbücher 265, 28,- DM.



Bereits der Untertitel 'Vorder- und Hintergründe der österreichischen Wahrnehmung eines zentralamerikanischen Landes' macht es unmißverständlich klar: hier wurde kein oberflächliches Buch über Guatemala geschrieben, schon gar nicht eines über das pittoreske Guatemala der Vulkane, des Hochlandes und der 'indigenas'. Vielmehr handelt es von der spezifischen Wahrnehmung dieses Landes - die AutorInnen machen ihre Wahrnehmung und die ihrer 'Vorfahren' zum Untersuchungsgegenstand. Auch der Titel 'Projekt Guatemala' wurde nicht gedankenlos gewählt. Als die AutorInnen, ausgestattet mit dem immerhin handfesten Auftrag, eine Studie über die Beziehungen Österreichs zu Mittelamerika durchzuführen, in Guatemala ankamen, merkten sie, daß dieses Guatemala, von dem ihre offiziellen Gesprächspartner immer wieder so hochtrabend erzählten, nur als Fiktion existierte: eben als Projekt, zusammengesetzt aus einer Vielzahl von kleinen Projekten, also "Fiktionen, die irgendwer projektierte, um andere oder unbewußt sich selbst zu täuschen (...). Die meisten dieser Projekte waren also schon Kadaver, als sie auf die Schreibtische der Beamten kamen. Überall in der sogenannten 'Dritten Welt' stinken heute diese Kadaver von Entwicklungsprojekten zum Himmel" (aus der Einleitung).
Neben, ja hinter dem 'Projekt Guatemala' entdecken die AutorInnen später auch das 'Guatemala Profunda', wie sie es nennen; das Guatemala der konkreten Beziehungen zwischen Menschen: zwischen 'indigenas' und 'ladinos', aber auch zwischen GuatemaltekInnen und ÖsterreicherInnen. Wieder formulieren die AutorInnen angenehm vorsichtig und selbstreflexiv: "Unter dem Titel Guatemala Profunda maßen wir uns nicht an, das andere Guatemala, das indianische Leben, als Opposition zum Projekt Guatemala zu beschreiben, so als wären wir, die Autoren dieser Studie , in der Lage, 'das andere' klar zu zeigen; als ob diese beiden Bereiche gleich offensichtlich und darstellbar wären. Wenn wir das, wo wir von jenen sprechen, deren Lebensformen auf einer tausendjährigen Geschichte mesoamerikanischer Präsenz ruhen, Guatemala Profunda nennen, meint es nicht, bei den vordergründigen kulturellen, ökonomischen und sozialen Divergenzen (...) stecken zu bleiben (...). Es geht um die Hintergründe der Geschichte, die wir ausleuchten und erfahren wollen."
Wie sich das 'Guatemala Profunda' gegen das 'Projekt Guatemala' wehrt, welche Rolle zum Beispiel ein Land wie Österreich in diesem Ringen spielt, wird anhand der 'Entwicklungspolitik' detailliert dargestellt. Exemplarisch wird die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Österreich und Guatemala nachgezeichnet, wird dekuvriert, welche fatale Rolle Bildungsprojekte, also das 'Schul-Projekt' Guatemala, darin gespielt haben. Dabei bleiben die AutorInnen nie bei einem nur bildungspolitischen Diskurs stehen.
Nur konsequent ist es für die AutorInnen, im Epilog zu fordern, mit diesen ganzen Projekten doch endlich aufzuhören... Ein gelungenes Buch, dem ein günstigerer Preis und damit ein größerer LeserInnenkreis zu wünschen wäre.

Tom Beier

Markus Brunner, Wolfgang Dietrich, Martina Kaller, Projekt Guatemala, Vorder- und Hintergründe der österreichischen Wahrnehmung eines zentralamerikanischen Landes, Brandes & Apsel, Frankfurt 1993, 305 Seiten, 49,-DM.



Hubertus Adam verfolgte als Protokollant achtzehn Monate lang den offenen Diskussionsfluß einer festen Gruppe von Flüchtlingen aus verschiedenen Ländern. Im Zentrum der wöchentlichen Gesprächssitzungen stand die Auseinandersetzung mit der eigenen Situation sowie der Umgang untereinander im Kontext der bundesrepublikanischen Wirklichkeit. Ergänzend wurden Interviews mit Flüchtlingen in anderen Städten der Republik durchgeführt.
So konnten Flüchtlinge motiviert werden, Aussagen über ihr persönliches Erleben zu machen, die für ihre spezifischen Erfahrungen vor der Flucht als beispielhaft gelten können.
Dem Anspruch des Verfassers, ein besonderes Augenmerk auf die vielfältigen Aspekte der Wechselwirkung von Gesundheit/Krankheit und das psychische Erleben der Flüchtlinge in der Bundesrepublik zu legen, ist die Studie gerecht geworden. Damit wird ein außergewöhnlicher und auch für medizinische Laien verständlicher Beitrag zur Sensibilisierung zum Thema 'Die Situation von Flüchtlingen in der Bundesrepublik' geleistet.
Der Band ist für folgende Themenkreise unbedingt zu empfehlen: Medizin, Psychologie, Sozialpädagogik und Sozialarbeit.

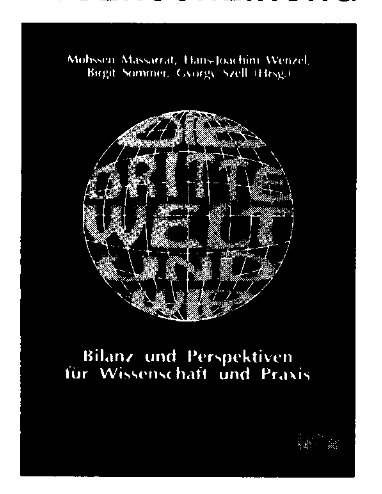
Horacio Riquelme

Terror und Gesundheit - Ein medizinischer Ansatz zum Verständnis von Folter, Flucht und Exil. Deutscher Studienverlag, Weinheim 1993, 223 Seiten, 38.-DM.



informationszentrum dritte welt · freiburg

NEUERSCHEINUNG



Die Dritte Welt und Wir

Beiträge von fünfzig Autorinnen und Autoren zu aktuellen Themen des Nord-Süd-Konflikts. Das Buch vermittelt für alle, die sich in Wissenschaft und entwicklungspolitischer Arbeit mit den Problemen der Dritten Welt befassen, einen Überblick über den neuesten Stand der Diskussion.

Juni 1993
512 Seiten · DM 28,–
ISBN: 3-922263-11-9

iz3w
postfach 53 28 · 79020 freiburg
Für den Buchhandel: Prolit, Gießen

Der Weltbank mit einer Beschwerdekommission beikommen?

Seit Jahren wird von KritikerInnen der Weltbank eine öffentliche Kontrolle der Projekte gefordert, z.B. in Form einer erweiterten Rechenschaftspflicht. In diese Richtung weist der konkrete, von KritikerInnenseite formulierte Vorschlag eines unabhängigen Beschwerdeverfahrens gegen einzelne Weltbank-Projekte.

Aufgrund eines im Oktober 1992 vorgelegten internen Weltbank- Berichtes, der auf erhebliche Mängel in der Erreichung der selbstgesteckten Ziele der Weltbank aufmerksam machte sowie aufgrund sich ausbreitende öffentliche Proteste gegen umstrittene Großprojekte durfte die Weltbank nicht untätig bleiben. Ein mehrmonatiger interner Diskussionsprozeß wurde angeleiert, der sich mit der Einrichtung einer Kontrollkommission beschäftigte.

Gedacht ist diese Beschwerdekommission als "Sicherheitsnetz" für die bestehenden Verfahren, auf die "nicht adäquat" eingegangen wurde. Sie soll versuchen, Beschwerden auf den Grund zu gehen, die sich auf Projekte mit möglichen oder bereits schon erkennbaren negativen Auswirkungen beziehen. Es handelt sich nur um eine nochmalige administrative Überprüfung, eine Entscheidungsbefugnis hat die Kommission nicht. Die ist dem Präsidenten und den Exekutivdirektor vorbehalten.

Die Beschwerden sollen von "direkt betroffenen dritten Parteien" oder einer Gruppe von mindestens sechs Exekutivdirektoren eingelegt werden können. Drei von der Bank unabhängige Personen unterschiedlicher Nationalität, die mit der Entwicklungsproblematik vertraut sein müssen, sind als Grundbesetzung für eine Amtszeit von drei Jahren vorgesehen. Die Besetzung erfolgt auf Vorschlag des Präsidenten durch das Exekutivdirektorium.

Offensichtlich ist, daß eine Beschwerdekommission in dieser Form weit von einer wirklich unabhängigen und glaubwürdigen Instanz entfernt ist. Das Mandat ist in wichtigen Punkten zu stark eingeschränkt. So müßte gewährleistet werden, daß die Kommission über die Nichteinhaltung von Bankrichtlinien hinausgehend auch eventuelle Verletzungen von Kreditvereinbarungen untersuchen kann. Sie sollte ausdrücklich berechtigt sein, die Aussetzung, den Abbruch oder die Umstrukturierung eines Projektes zu empfehlen. Als Beschwerdeführer sollten NROs auftreten, die direkt betroffene Einzelpersonen oder Gruppen vertreten können. Grundsätzlich erforderlich ist eine umfassende Kontrolle des Exekutivdirektoriums. So ist dafür Sorge zu tragen, daß eine von der Kommission zugelassene Beschwerde nicht vom Exekutivdirektorium gestoppt wird. Wichtig für eine unabhängige Arbeit der Beschwerdekommission wäre ein ungehinderter Zugang zu sämtlichen Unterlagen der Bank sowie eine großzügige Finanz- und Personalausstattung, was im bisherigen Vorschlag der Weltbank nicht vorgesehen ist. Die Rolle und die Rechte der Öffentlichkeit bleiben in den vorliegenden Formulierungen völlig unklar. Nicht einmal die Veröffentlichung der Kommissionsberichte ist sichergestellt. Um wirkliche Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, müssen in einem frühen Stadium aller Weltbankprojekte die direkt betroffenen Menschen gehört und ihre Anliegen in die Planung miteinbezogen werden. Auch das Beschwerdeverfahren selbst muß diesem Anspruch gerecht werden.

(aus: WEED-Positionspapier; World Economy, Ecology & Development Assoc.; Berliner Platz 1, 53111 Bonn)

Uranabbau beenden

Gegen die lebenszerstörenden Folgen des Uranerzabbaus formiert sich in Saskatchewan/Kanada der indigene Widerstand. Auf Kosten von Indianerland sind sechs neue Projekte in Planung, in deren Rahmen zwölf Uranbergwerke (bzw. -erweiterungen) und vier Uranerz-Aufbereitungsanlagen neu entstehen sollen.

Wieder werden die Lebens- und Landrechte der Indianer-Völker mißachtet, obwohl sie den Betroffenen von der kanadischen Regierung im 'Treaty No. 10' vertraglich garantiert worden waren. Das Recht der Bevölkerung, in diesem Gebiet zu Jagen und zu Fischen, wird durch den Uranabbau außer Kraft gesetzt.

Das Gebiet um den Wollaston Lake ist bereits masssiv geschädigt. Das Fisch- und Pflanzensterben nimmt zu, das Auftreten von Tier- und Pflanzenmutationen häuft sich. Die EinwohnerInnen der Region leiden zunehmend unter verschiedenen Erkrankungen; es kommt häufig zu Fehlgeburten.

Wie in Saskatchewan findet der Uranabbau weltweit zum Großteil in Gebieten statt, die von Menschen bewohnt sind, welche eng mit der Natur zusammenleben. Über die Gefährdung durch den Uranabbau werden sie nur unzureichend informiert, geschweige denn ausreichend dagegen geschützt. Der Abbau hinterläßt eine zerstörte, aus strahlenden Abfallhalden bestehende Landschaft.

Diese Umweltschäden gehen auch auf das Konto von deutschen Firmen. In Kanada ist es vor allem die Uranerzbergbaufirma Wesseling, u.a. Tochter der Rheinbraun und damit der REW. Auch die Stromriesen Badenwerk, Energieversorgung Schwaben und PREAG sowie der STEAG-Konzern sind über Minderheitsanteile an der COGEMA-Deutschland, Tochter des staatlichen französischen Atomkonzerns COGEM, im Uranbergbau weltweit, so auch in Kananda, aktiv.

Der BUND und "Kettenreaktion Hanau" starten für die BRD die Solidaritäts-Kampagne 'Beenden wir den Uranabbau'. Sie bitten um Unterstützung bei ihrer Unterschriftensammlung sowie um Geldspenden. Im einzelnen fordern die ErstunterzeichnerInnen des Appells von der Bundesregierung, den längst überfälligen Atomenergieausstieg zu vollziehen sowie jeglichen Import von Uran zur Energiegewinnung in Deutschland und die Beteiligung deutscher Firmen an Uranabbauprojekten zu untersagen. Grundlage für diese Verbote ist die von der Bundesregierung bisher nicht umgesetzte Vereinbarung der ersten Umweltkonferenz von Stockholm 1972, die alle Länder verpflichtet, jegliche Aktivitäten zu unterlassen bzw. zu verbieten, welche die Umwelt anderer Länder schädigen. An die Provinzregierung von Saskatchewan und an die kanadische Bundesregierung wurde die Aufforderung gerichtet, den bestehenden Uranabbau einzustellen und die Erweiterungspläne nicht zu verwirklichen.

Schon beim World Uranium Hearing im Sept. 1992 in Salzburg und auf der 2. Weltkonferenz der Strahlenopfer in Berlin forderten RepräsentantInnen betroffener UreinwohnerInnen einhellig "keine weitere Ausbeutung von Land und Menschen durch Uranabbau, nukleare Energieerzeugung, Atomwaffentests und radioaktive Abfallbeseitung".

Aufruf und Unterschriftenliste können beim BUND, Dunantstr. 16, 79110 Freiburg und bei der "Kettenreaktion Hanau", c/o H.-J. Lemme, Wolfsgangstr. 2, 60322 Frankfurt/M., gegen Rückporto von DM 1,- bezogen werden.

Erpresserische Aushungerung von Jumma-Flüchtlingen in Indien

Schon mehrfach im Verlauf der letzten zehn Jahre haben Menschenrechtsorganisationen die jeweiligen Regierungen von Bangladesch beschuldigt, mit Hilfe des Militärs, das wiederum unterstützt wurde durch bewaffnete bengalische SiedlerInnen, Völkermord an den in den Chittagong Hill Tracts (CHT) im Südosten des Landes lebenden Bergvölkern begangen zu haben. Auch nach dem Sturz des Militärregimes Ende 1990 halten die Menschenrechtsverletzungen an.

Hintergrund ist der Versuch, das als 'rückständig' bewertete Gebiet der CHT für den nationalen und internationalen Markt in Wert zu setzen. Es gilt, sich die Ressourcen 'Land' und 'Arbeitskraft' im Interesse der 'nationalen Entwicklung' anzueignen. Die extensive nomadenhafte Bewirtschaftung des Bodens durch die einheimische Bevölkerung der Jummas wurde sukzessive durch Obst- und Nutzholzplantagen verdrängt, in

denen die Jummas zur Arbeit angehalten wurden. Um die Jumma- Bevölkerung besser kontrollieren zu können, wurde sie in Dörfern in unmittelbarer Nähe von Militärcamps angesiedelt. Sie steht nämlich in Verdacht, die Shanti Bahini, die Guerilla der Bergvölker, zu unterstützen. Die sog. Entwicklungspolitik für CHT wurde als ein Element der Counter-Insurgency-Strategie eingesetzt. Viele moslemische SiedlerInnen drangen noch während des Unabhängigkeitskampfes in die CHT ein, vertrieben gewaltsam die Jumma-Völker und eigneten sich deren Besitz an.

Im Verlauf der letzten Jahre gab es nach schweren Massakern, die an den Jummas begangen wurden, immer wieder starke Flüchtlingsströme in den benachbarten indischen Bundesstaat Tripura. Der letzte größere Schub war 1992, als mehr als 3.000 Jummas in den sechs grenznahen Flüchtlingscamps Zuflucht suchten. Insgesamt müssen dort ca. 54.000 Flüchtlinge unter schwierigsten Umständen ausharren.

Die Situation hat sich vor kurzem erneut zugespitzt. Die indische Regierung ist dazu übergegangen, die Verpflegungsrationen zu kürzen und zudem sehr unregelmäßig auszugeben. Zwar spricht sich die indische Regierung offiziell gegen eine unfreiwillige Rückführung und Wiedereingliederung der Jummas aus, sie versucht aber, mit der Einschränkung der Lebensmittelmengen und deren unregelmäßiger Ausgabe auf die Lagerinsasssen massiven Druck zur Rückkehr auszuüben.

Trotz dieser äußerst prekären Lage verweigern die Jummas so lange eine Rückkehr, bis sich die politische Situation in den CHT verbessert hat. In einem 13-Punktekatalog des CHT-Jumma-Flüchtlings-Hilfswerks werden im einzelnen die Bedingungen festgelegt, unter denen eine Rückkehr stattfinden kann. Grundlage ist eine politische Lösung der CHT-Krise. Der mittlerweile ausgehandelte Waffenstillstand ist keine Garantie dafür, daß es zu keinen weiteren Menschenrechtsverletzungen mehr kommt. Dagegen stehen allein schon die Stationierung von 10.000 Soldaten sowie die Ansiedlung von ca. 500.000 muslimischen SiedlerInnen. Bricht der Dialog zwischen der Regierung von Bangladesch und der Jana Samhati Samiti, einer politischen Organisation der Jummas, ab, würden die Flüchtlinge erneut zwischen die Fronten geraten.

Unverzichtbar ist der Rückzug aller militärischen und paramilitärischen Kräfte sowie die Abschaffung der erwähnten militärisch kontrollierten Dörfer. Desweiteren muß gesichert sein, daß auch die Flüchtlinge unter die allgemeine Amnestie fallen. Das Leben und das Eigentum der Rückkehrenden muß garantiert werden. Die Flüchtlingsorganisation fordert die Beendigung des Ethnozids, die Abschaffung der Sondergerichte, die Einstellung der willkürlichen Verhaftungen, der Vergewaltigungen, Brandstiftungen und Plünderungen. Verlangt wird die Aufklärung der Massaker durch ein unparteiisches Gericht. Eine weitere wichtige Forderung der Jumma-Flüchtlinge ist die, daß die Rückführung und Ansiedlung der Flüchtlinge unter der Aufsicht von UN-Beobachtern, des Internationalen Roten Kreuzes, Vertretern der indischen Regierung, einer CHT- Organisation und weiteren internationalen Organisationen statfinden muß. Die Mitwirkung Dritter wurde von der Regierung Bangladeschs in den bisherigen Verhandlungen abgelehnt. Keine Lösung stellt der von ihr angebotene Rückzug der moslemischen SiedlerInnen auf die Berghöhen dar. Die Flüchtlingsorganisation verlangt ihren völligen Rückzug.

Zur Unterstützung der CHT-Flüchtlinge startete das Humanity Protection Forum, eine Menschenrechtsorgansiation indigener Völker mit Sitz in Indien, aufgrund der verschärften Situation in den Lagern eine Briefkampagne. Die ministeriellen Verantwortlichen sollen aufgefordert werden

- den internationalen Flüchtlingsstatuten Rechnung zu tragen und die erpresserischen Kürzungen der Essensrationen einzustellen
- die UNHCR in den Prozeß der Repatriierung und Wiederansiedlung der Flüchtlinge miteinzubeziehen
- die UNHCR und die NGOs bei der finanziellen Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen.

Protestschreiben sollten an folgende Adressen gerichtet werden:

1. Sri P.V. Narasimha Rao, Prime Minister of India, New Delhi 110001, India; Fax: 011-3016857
2. Begun Khaleda Zia, Prime Minister of Bangladesh, Sugundha House, Dhaka, Bangladesh
3. Sri Desharath Deb, Chief Minister of Tripura, Agartala 799001, Tripura, India

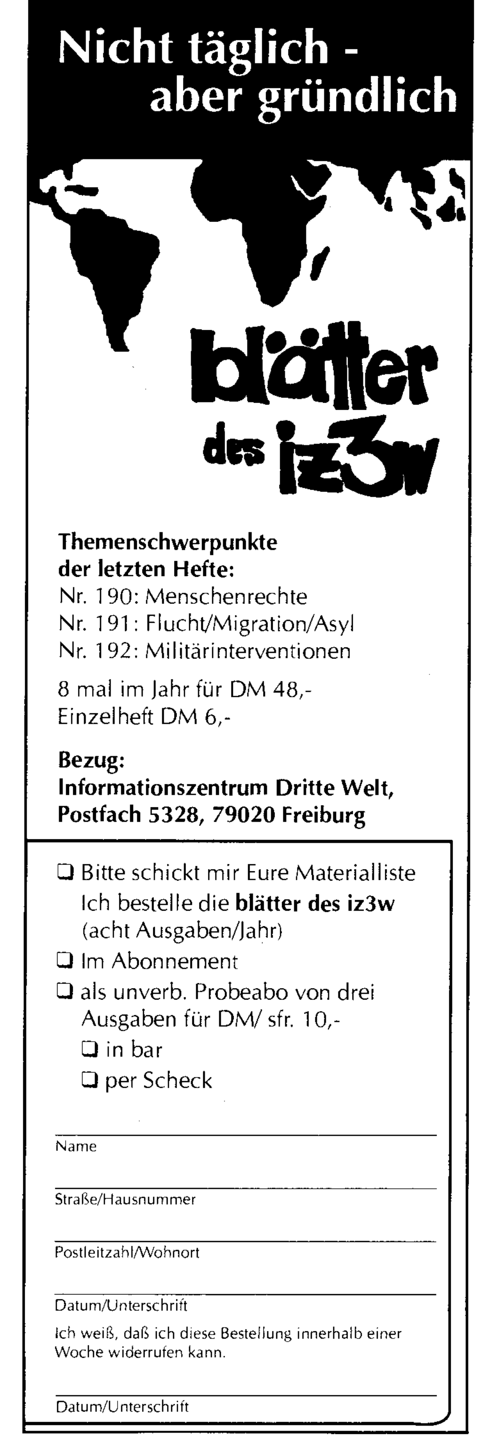
Neues vom Ökomedia-Institut

Das Institut für ökologische Medienarbeit hat Anfang September das Medienkursbuch Ökologie in der dritten Auflage neu herausgegeben. Das bekannte Nachschlagewerk über umweltbezogene Medien enthält das ganze Spektrum ökologischer Filme bis hin zu aktuellen Fernsehproduktionen. Vorgestellt werden insgesamt 617 Filme, 745 Videos, 216 Diaserien, 76 Tonbildschauen und 120 Foliensätze zu allen ökologischen Themenbereichen. Kurze Inhaltsangaben und Bewertungen sowie die genauen Verleihadressen machen das neue Medienkursbuch zu einem wichtigen Hilfmittel in der ökologischen Bildungsarbeit. Das Buch kostet 24.80 DM und kann über das Ökomedia-Institut bezogen werden.

Ein neues Projekt des Ökomedia-Institutes ist die Umweltfilmdatenbank. Die Datenbank ermöglicht den schnellen und aktuellen Zugriff auf alle dem Institut bekannten Filme und Videos und die entsprechenden Adressen. Gespeichert sind gegenwärtig etwa 2.000 Produktionen aus der ganzen Welt.

Vom 17.-21.November wird in Freiburg das 10. Ökomedia-Filmfestival stattfinden. Gezeigt wird u.a. eine Retrospektive vom Umweltfilmen aus den letzten 20 Jahren. Einen weiteren Schwerpunkt bilden auch in diesem Jahr wieder Umweltfilme aus Ländern des Südens. Anmeldung für das Festival sowie weitere Informationen bei:

Ökomedia-Institut **Tel. 0761/52024**
Habsburgerstr.9a **Fax. 0761/555724**
79104 Freiburg



Politische Ökologie



Wohin – aber wie?

Positionen und Perspektiven der Umweltbewegung (Nr. 31 1993)



Hin und weg

Hat der sanfte Tourismus eine Zukunft? (Nr. 32 1993)



Lebensstil oder Stilleben

Lebenswandel durch Wertewandel (Nr. 33 1993)

Politische Ökologie:
Die Zeitschrift für ökologische Politik. Mit Hintergrundinformationen und Perspektiven.

- Politische Ökologie
- Cosimastr. 4/II
- 81927 München
- Tel.: 089/91 79 40
- Fax: 089/910 15 17

Lateinamerika Nachrichten Sept./Okt. '93, Nr. 231/232:
Schwerpunkt Bevölkerungspolitik: „Linke Fortpflanzung" statt reproduktive Rechte" * Vom „indianischen Versuchskaninchen" zum Selbstbestimmungsrecht * Thomas Robert Malthus - Ein Geist, der nicht totzukriegen ist * Rückkehr zu Malthus - Die bevölkerungspolitische Debatte heute * Gedanken über Mutterschaft * Kampf gegen die Ausgegrenzten - Bevölkerungspolitik in den 90er Jahren * Glossar Bevölkerungspolitik * Die Bevölkerungsbombe im Kopf - Der Super GAU des SPIEGEL * Machtbarkeitswahn und Apokalypse
Außerdem: Haiti: Gelingt der Demokratisierungsprozeß? * Bolivien: Zum Amtsantritt der neuen Regierung * USA/Freihandelsabkommen: „Stop NAFTA-NOW!!!" Nicaragua: Coup gegen die Armee * Chile: Die Regierung beugt sich dem Druck der Militärs * Brasilien: Den deutsch-brasilianischen Atomvertrag kündigen! - Das Morden geht weiter - Interview mit Jorge Barros von der Straßenkinderhilfsorganisation CAPM * El Salvador: FMLN-KandidatInnenkürmarathon
Preis: DM 6,50 (im ABO DM 55,- pro Jahr, Institutionen DM 70,-)
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 10961 Berlin

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen 175/76
Schwerpunkt „Der Krieg geht - die Minen bleiben": Vieles über die Killerwaffe Nr. 1 sowie die Antiminenkampagne * Das Waffenübereinkommen der UN von 1981 und die Probleme der Regierungen damit * Interview über Landminen mit der Vorsitzenden der Vietnam-Veteranen * Interview mit einem Minensucher über seinen „langweiligen Job" * Interview mit GRÜNEN-Landtagsabgeordneten über das Minenproblem in Irak-Kurdistan * Dynamit Nobel: Portrait eines Minenherstellers sowie Interview mit dem Dynamit Nobel Pressechef * Dazu: 5 vor 12 für die Menschenrechte - über die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien * Immunologische Kontrazeptiva: Wie funktionieren sie? sowie Bericht über die Internationale Konferenz über immunologische Verhütungsmittel
Bezug: FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, Tel.: 0421/325156, Fax: 0421/3378177.

Bolivia Nr. 102, Juli-September 1993
Das neue politische Szenarium * Tabelle der Wahlergebnisse in den Departmenten * Kurswechsel in der amerikanischen Drogenpolitik - Betrachtungen über die bilaterale Drogen-Außenpolitik * Letzte Hypothese von Jaime Paz: Attacken gegen Chile oder „Zuerst das Meer, danach das Meer und immer das Meer".
Preise: Einzelheft: DM 3,-, Abo ab DM 18,-
Bezug: Bolivia, Kottbusser Damm 101, 10967 Berlin

EPK Heft 3/93
Mode Macht Märkte.
Textil- und Bekleidungsproduktion weltweit
Michael Köhler: Die Dritte Welt liegt an der Straßenecke * Dietlind Hübner: Eine Welt - auch modisch * Hermann Josef Wirtz: „Leute machen Kleider..." Textilien und Bekleidung in der Weltwirtschaft * Kumudhini Rosa: Ihren Weg organisieren. Arbeiterinnen in den Freihandelszonen von Sri Lanka * Gisela Burckhardt: C & A - die schweigsame Dynastie * Meike Ried: Was heißt hier noch Natur? Auswirkungen von Textilchemikalien auf Mensch und Umwelt * Bruni Weißen: Es stinkt zum Himmel ... . Lederproduktion in Indien * Renate Hücking: Flexibilisierung der Arbeit - das Beispiel Benetton * Carina Weber: Kapselraupen, Pestizide und Öko-Label * Klaus Enderle: Entsorgung der Kleiderschränke * Christian Fischer / Inge Remmert-Fontes: Freihandelszone an der Grenze von Mexiko zu den USA * Katja Meyer: Kanga und Vitenge - Indische Händler in Ostafrika * Erhard Brunn: Der Arbeitskampf bei Flair Fashion * Gisela Burckhardt: „Saubere Kleidung" - Zwei engagierte Bewegungen.
Preis: DM 6,- (im Abo DM 24,- pro Jahr, Institutionen DM 40,-)
Bezug: EPK, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/390 52 21

informationsdienst südliches afrika Nr. 4 Juli/Aug. 1993
Schwerpunkt: Frauen in Südafrika und Simbabwe. Gewalt gegen Frauen * Nationale Frauenkoalition gegründet * Rural Women's Movement * ANC-Frauenliga nimmt am Verhandlungsprozeß teil * Frauenausbildungsinstitut Witi * Frauen und Strukturanpassung in Simbabwe * Die Rache der Witwe - ein simbabwischer Film über Erbschaftskonflikte * Südafrika: Inkatha boykottiert Verhandlungen * Wählen will gelernt sein: Voters Education * Meinungsmonopol beendet? Die Reform des südafrikanischen Rundfunks * Malawi: Votum für Pluralismus - Das Referendum * Bittere Freiheit: Vera Chirwa aus dem Gefängnis entlassen * Zaire: Eingreifen gegen Mobutu? Beigeheftet der sadec-Brief „Frauen, Krieg und Umwelt"
Preis pro Heft: DM 8,- Abo (6 Ausgaben): DM 50,-
Bezug: Informationsstelle Südliches Afrika, Königswinterer Str. 116, 53227 Bonn

Zimbabwe Netzwerk Rundbrief Nr. 26, Juni 1993
Schwerpunktthema: Umwelt und Entwicklung. Zimbabwische Ansätze der Verbindung von Umwelt und Entwicklung * Washingtoner Artenschutzabkommen und Elefantenschutz in Zimbabwe * das CAMPFIRE-Programm * außerdem: Interview mit Finanzminister Chidzero * Dürre und Strukturanpassung - wie hält Frau das aus? * Preis: DM 5,00 (in Briefmarken)
Bezug: Zimbabwe Netzwerk, Gänsheidestr. 43, 70184 Stuttgart.

Charles Pauli, **Osteuropa - Vom Elend des Marktes**, isp-Verlag, Köln 1993, 159 Seiten, 19.80DM.

Ulrich van der Heyden, Ilona und H.-G. Schleicher (Hg.), **Die DDR und Afrika zwischen Klassenkampf und neuem Denken**, Lit Verlag, Hamburg 1993, 278 Seiten.

Asit Datta, **Welthandel und Welthunger**, dtv, München 1993, aktualisierte Neuauflage, 293 Seiten, 14.90DM.

---

terre des hommes (Hg.), **Bevölkerungspolitik - Antwort auf welche Frage?** (Tagungsdokumentation), terre des hommes, Osnabrück 1993, 67 Seiten, kostenlos, Bestelladresse: Postfach 4126, 49031 Osnabrück.

---

von Troil (Hg.), **Changing Paradigms in Development - South, East and West**. A meeting of minds in Africa, Nordiska Afrikainstitutet, Uppsala 1993, 200 Seiten, 20.00 US-$, Bestelladresse: P.O.Box 1703, S-75147 Uppsala, SWEDEN.

Philippinenbüro (Hg.), **Guerilla, Generäle und gerechter Frieden?** Friedensbemühungen in den Philippinen, Philippinenbüro e.V., Köln 1993, 150 Seiten, Bestelladresse: Postfach 250408, 50520 Köln

---

Michael Fremerey (Hg.), **Kultur der Entwicklung**, Zur Fragwürdigkeit von Entwicklungsparadigmen, IKO-Verlag, Frankfurt 1993, 178 Seiten, 34.-DM, Bestelladresse: Postfach 900965, 60449 Frankfurt.

Mohssen Massarrat, **Endlichkeit der Natur und Überfluß in der Marktökonomie.** Schritte zum Gleichgewicht, Metropolis-Verlag, Marburg 1993, 272 Seiten, 26.80DM, Bestelladresse: Postfach 1748, 35007 Marburg.

Lissy Schmidt/Thomas Meinhardt, **Tatort Kurdistan II**, Komzi- Verlag, Idstein 1993, 42 Seiten DinA4, 8.-DM, Bestelladresse: Kreuzgasse 33, 65510 Idstein.

Susanne N. Klein/Barbara Dreis (Hg.), **Dokumente und Materialien. Regionalismus und Kooperation in Südostasien**: Die Assoziation Südostasiatischer Staaten (ASEAN). Johannes Gutenberg Uni, Inst. für Politikwissenschaft, Mainz 1993, 90 Seiten.

Martha Kuhl-Greif (Hg.), **Stolpersteine**. Literatur und Kinderbücher der südlichen Kontinente im Unterricht. Peter Hammer Verlag/Deutsche Welthungerhilfe, Wuppertal 1993, 180 Seiten, 19.80DM.

Uwe Kleinert, **Weltwirtschaft und transnationale Unternehmen:** Gruppen and Institutionen im Überblick. Werkstattbericht Nr.13, Werkstatt Ökonomie Heidelberg 1993, 52 Seiten, 8.-DM, Bestelladresse: Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg

---

Hunger unter Palmen. Philippinische Kokosbauern im Kampf um Landreform oder unser Biowaschmittel auf Kosten der Dritten Welt? Seminar vom 5.-7.November in Freudenberg (bei Siegen). Infos: FIAN, Overwegstr. 31, 44625 Herne, Tel. und Fax: 02323/490099

Strukturanpassung für den Norden. Modelle und Aktionspläne für eine globalverträgliche Lebensweise in Deutschland und Europa. Tagung vom 5.-7.November in Loccum. Anmeldung: Ev. Akad. Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel. 05766/810

Der Öffentlichkeitsanspruch des Islam in Deutschland. Tagung vom 5.-7.November in Bad Boll und 'Die Sonne hat keine Lobby'. Welchen Beitrag können erneuerbare Energiequellen heute leisten? Tagung vom 5.-7.November in Esslingen. Anmeldung: Ev. Akad. Bad Boll, 73087 Bad Boll, Tel. 07164/790 Fax: 07164/79440

Demokratisierung in den ASEAN-Ländern. Tagung vom 5.-7.November in Dortmund. Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 32602 Vlotho, Tel. 05733-6800, Fax: 18154

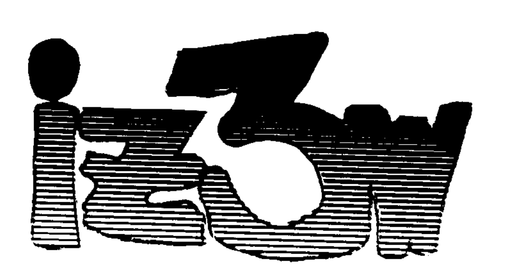
Weltbilder. Werkschau mit Filmen von Gordian Troeller, Marie- Claude Deffarge und Ingrid Becker-Ross vom 12.11.-13.12. im Kommunalen Kino Hannover.

"Wenn sie nicht so überbevölkert wären ...". DEAB-Konferenz vom 19.-21.November in Münstertal. Anmeldung: DEAB-Büro, Blumenstr.15, 70182 Stuttgart, Tel. 0711/243235 (donnerstags zw. 15.00 und 19.00h.

Rassismus im Alltag. Erfahrungen, Meinungen, Perspektiven von AusländerInnen und Deutschen. Kurs vom 19.-21.11. in Ellwangen/Jagst. Anmeldung: Informations- und Bildungsstätte der Comboni-Missionare, Postfach 1252, 73472 Ellwangen, Tel.07961/2036

Nachhaltige Hilfe? Entwicklungszusammenarbeit mit Zimbabwe. Seminar vom 26.-28.November in Bonn. Anmeldung: Zimbabwe Netzwerk, Gänsheidestr. 43, 70184 Stuttgart.

Deutschland ein Entwicklungsland? Wir hatten Konzepte für andere - haben wir Konzepte für uns? 1993er Regionalkonferenz entwicklungspolitisch engagierter Personen - Gruppen - Organisationen vom 17.-19.Dezember in Nordwalde. Anmeldung: Bischöfliches Jugendamt, z.Hd. Uli Jost, Rosenstr.16, 48135 Münster



Wir bieten an:

Recherchen im größten unabhängigen "Dritte Welt" Archiv in der BRD:

* **zu Ländern**
* **zu Themen** wie:
Entwicklungspolitik * Außenpolitik BRD * USA etc.* EG * IWF * Weltbank * Multis * Asyl * Migration * Rassismus * Frauen * Kultur * Medien * Ökologie * Rohstoffe * Gesundheit * Tourismus *
und viele mehr...

Kosten:
DM 20/Stunde
Aufträge telefonisch unter 0761-74003 oder Postkarte an das:
iz3w, Pf 5328
79020 Freiburg

11/ 411/ 1/193/56412

Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
79020 Freiburg
ISSN 0933-7733

Dieses Motiv kann als Plakat im A2-Format bei Wilfried Telkämper, MdEP, Habsburgerstr. 9, 79104 Freiburg, gegen Porto bestellt werden.

Auf dem Plakat steht folgender Text:
Nach dem Ende des Kalten Krieges toben derzeit über 40 Kriege weltweit. Militärische Interventionen stellen keine Lösungen dar.
Bündnis 90 / Die Grünen wollen eine Außenpolitik, die präventiv Konflikte vermeidet. Dazu gehört u.a. die Weiterentwicklung nichtmilitärischer Sanktionsmaßnahmen wie die Verhängung eines Handelsembargos, die Einstellung des Zahlungsverkehrs, die Aufhebung der Währungskonvertibilität, das Einziehen von Auslandsvermögen, die elektronische Zerschlagung von Kommunikationszentralen, Sabotage und Totalblockaden. Sanktionshilfefonds können dazu beitragen, daß aus ökonomischen Gründen Embargos nicht unterlaufen werden . . .

Weitere Informationen:

RIB
Rüstungs-Informationsbüro
Postfach 5261
79019 Freiburg

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
79020 Freiburg

V.i.S.d.P.
Wilfried Telkämper, MdEP
Die Grünen im Europaparlament
Habsburgerstr. 9, 79104 Freiburg

DIE GRÜNEN im Europaparlament informieren

Zivile Konfliktlösung statt militärischer Intervention

